

Haushaltsentwurf 2024

Informationsveranstaltung am 17.01.2024

- Es gilt das gesprochene Wort -

Ingo Hessenius * Dagmar Geschwind

Vorstellung des Haushaltsentwurfes 2024

Allgemeine Lage

Jugend

Differenzierte Umlagen

Städte und Gemeinden

Landschaftsumlage

Investitionen

Eckpunkte

Personal

Benennungsverfahren

Soziales

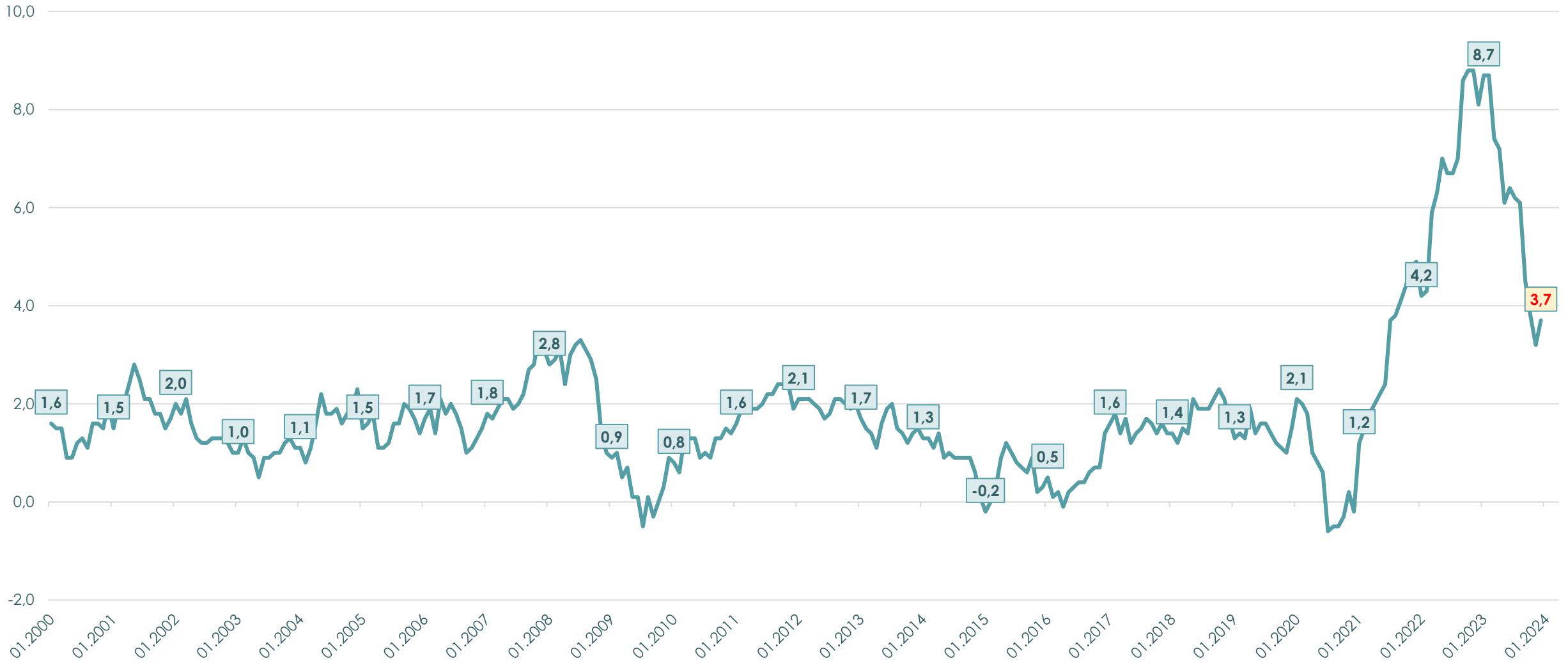
Schlüsselzuweisungen

Ausblick

Allgemeine Lage

Verbraucherpreisindex: Veränderung zum Vorjahresmonat

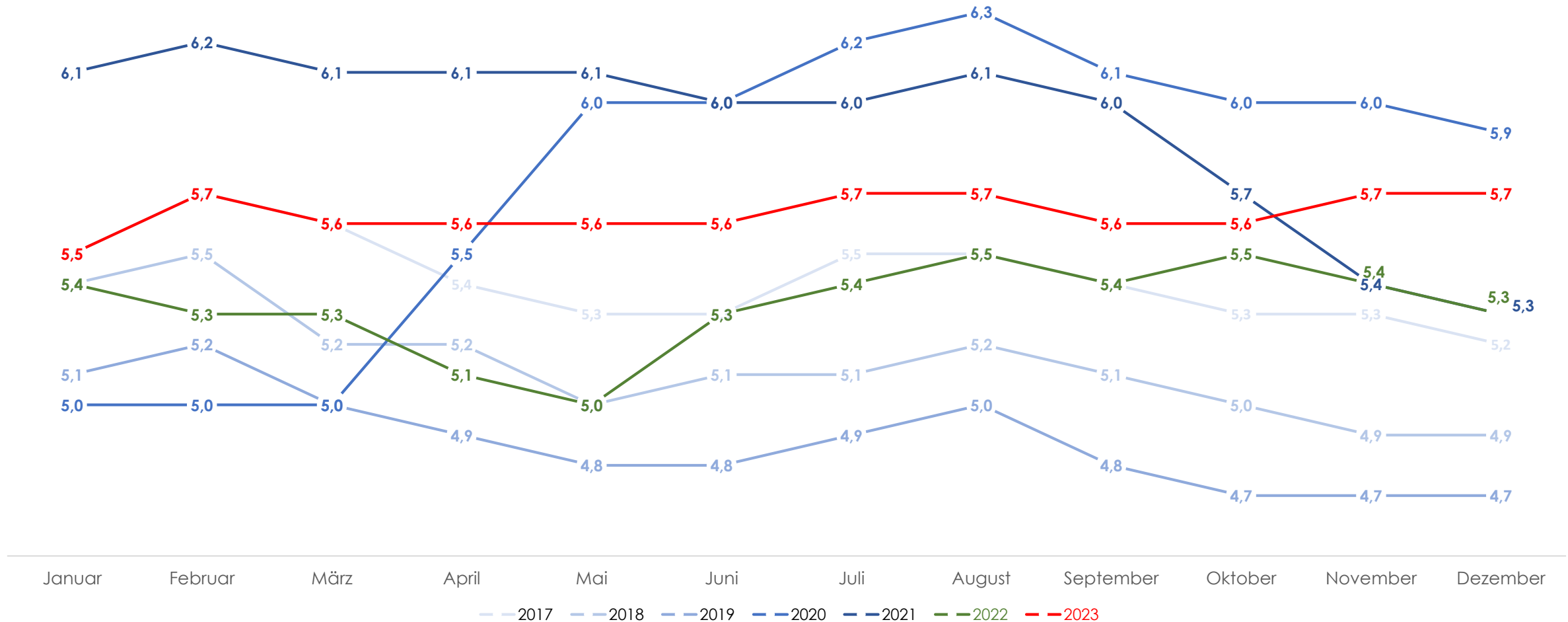
12.2023 (3,7): vorläufiger Wert



Quelle: © Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023 | Stand: 04.01.2024; eigene Darstellung

SGB II: Arbeitslosenquote

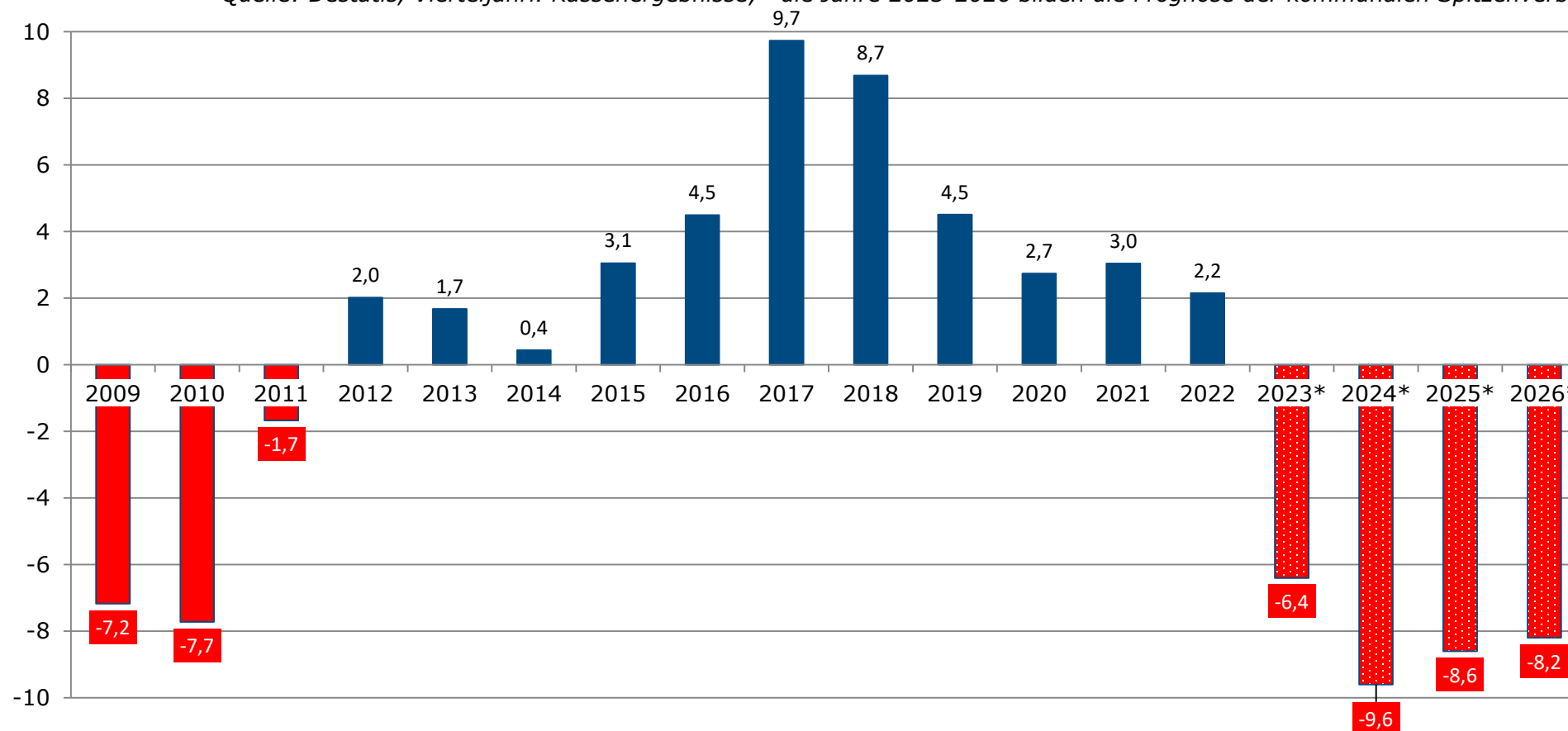
ARBEITSLOSENQUOTE BEZOGEN AUF ALLE ZIVILEN ERWERBSPERSONEN - MONATSWERTE JC EUSKIRCHEN



Finanzierungssaldo der Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland

Kernhaushalte, ohne Stadtstaaten, in Mrd. EUR,

Quelle: Destatis, Vierteljährl. Kassenergebnisse; *die Jahre 2023-2026 bilden die Prognose der kommunalen Spitzenverbände ab



SONDERSTELLUNG NRW IM BUNDESVERGLEICH (1)

Finanzierungssaldo der Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen

Kernhaushalte in Tausend EUR,

Quelle: Destatis, vierteljährliche Kassenergebnisse

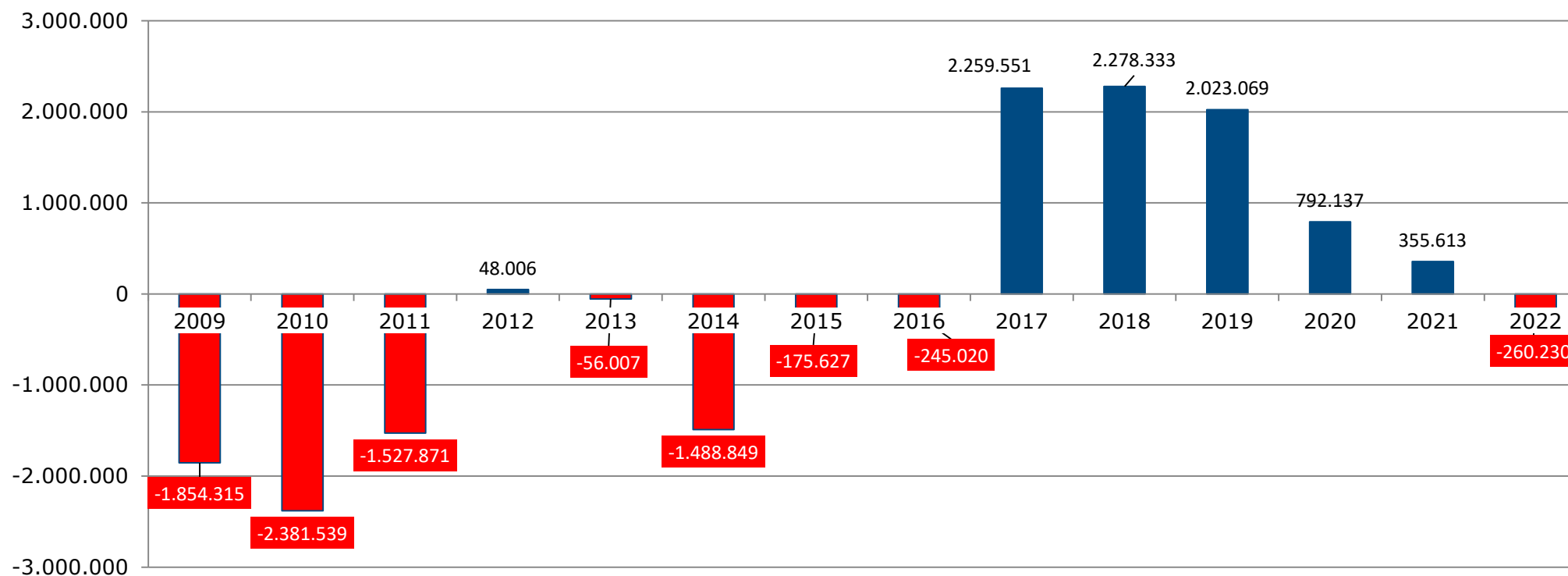
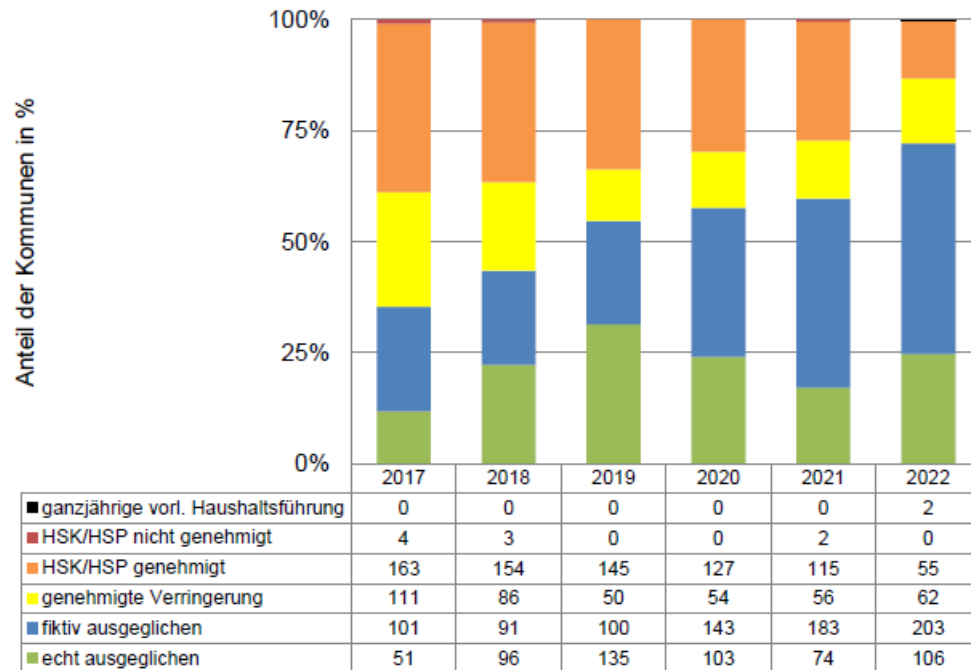


Abbildung: Haushaltsstatus der nordrhein-westfälischen Gemeinden und Kreise im Zeitraum 2017 bis 2022 (jew. Stand zum 31.12.)



Quelle: Haushaltsstatusabfragen des für Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen

Städte und Gemeinden im Kreis Euskirchen:



Besonderheit Bad Münstereifel in den Jahren 2022 und 2023: Genehmigung, Veröffentlichung HH-Satzung/Wegfall HSK gem. 2. VO hh-recht. Verfahrensweisen Hochwasser

Städte und Gemeinden im Kreis Euskirchen:

Abbildung: Haushaltsstatus der nordrhein-westfälischen Gemeinden und Kreise im Zeitraum 2017 bis 2022 (jew. Stand zum 31.12.)

Anteil der Kommunen in %

... aber:
Vergangenheitsbetrachtung

■ ganzjährige vorl. Haus	2017	2018	2019	2020	2021	2022
■ HSK/HSP nicht genehmigt	4	3	6	6	2	6
■ HSK/HSP genehmigt	163	154	145	127	115	55
■ genehmigte Verringerung	111	86	50	54	56	62
■ fiktiv ausgeglichen	101	91	100	143	183	203
■ echt ausgeglichen	51	96	135	103	74	106

Quelle: Haushaltsstatusabfragen des für Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen



Besonderheit Bad Münstereifel in den Jahren 2022 und 2023: Genehmigung, Veröffentlichung HH-Satzung/Wegfall HSK gem. 2. VO hh-recht. Verfahrensweisen Hochwasser

Haushaltslage der Kommunen

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)

-3-

Drucksache 433/23

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

(Steuermehr- / -mindereinnahmen (–) in Mio. Euro)

Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹⁾	Kassenjahr					
		2023	2024	2025	2026	2027	2028
Insgesamt	- 7 035		- 2 650	- 7 895	- 10 185	- 7 590	- 4 100
Bund	- 2 631		- 1 064	- 2 865	- 3 539	- 2 774	- 1 788
Länder	- 2 473		- 998	- 2 711	- 3 298	- 2 617	- 1 726
Gemeinden	- 1 931		- 588	- 2 319	- 3 348	- 2 199	- 586

¹⁾ Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von 12 Monaten

Gemeinden	- 1 870	- 546	- 2 291	- 3 281	- 2 163	- 583
-----------	---------	-------	---------	---------	---------	-------

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses des Bundestages

Bundesrat

Drucksache 433/23 (Beschluss)

20.10.23

Stellungnahme des Bundesrates

- e) Der Bundesrat betrachtet besonders die Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf das Gewerbesteueraufkommen der Kommunen mit Sorge. Die drohenden Mindereinnahmen werden für Städte und Gemeinden angesichts ihrer schwierigen Finanzlage nicht ohne Weiteres zu verkraften sein. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, darzulegen, wie die Kommunen die nun vorgesehenen finanziellen Zusatzbelastungen bei gleichzeitigen krisenbedingten Ausgabensteigerungen bewältigen sollen.

Drucksache 20/9341

15.11.2023

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Bundesrat

Drucksache 433/23 (Beschluss)

**Wenn den Kommunen Lasten
aufgebürdet werden,
müssen diese auch ausgeglichen
werden !**

Länder							
Gemeinden	- 1 931	- 588	- 2 319	- 3 348	- 2 199	- 586	

¹⁾ Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von 12 Monaten

Gemeinden	- 1 870	.	- 546	- 2 291	- 3 281	- 2 163	- 583
-----------	---------	---	-------	---------	---------	---------	-------

Drucksache 20/9341

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses des Bundestages

15.11.2023

Haushaltslage der Kommunen

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Drucksache 20/8292

11.09.2023

Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen
(Zukunftsfinanzierungsgesetz – ZuFinG)

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Drucksache 20/8668

06.10.2023

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2523
des Rates zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung
und weiterer Begleitmaßnahmen

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

(Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. Euro)

Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹⁾	Kassenjahr				
		2024	2025	2026	2027	2028
Insgesamt	- 960	- 595	- 850	- 960	- 960	- 960
Bund	- 387	- 264	- 352	- 387	- 387	- 387
Länder	- 358	- 249	- 329	- 358	- 358	- 358
Gemeinden	- 215	- 82	- 169	- 215	- 215	- 215

¹⁾ Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von zwölf Monaten

(Steuermehr-/mindereinnahmen (-) in Mio. Euro)¹

Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ²	Kassenjahr				
		2024	2025	2026	2027	2028
Insgesamt	+20	.	- 25	+950	+650	+420
Bund	+80	.	- 4	+492	+383	+280
Länder	+79	.	- 2	+491	+383	+279
Gemeinden	- 139	.	- 19	- 33	- 116	- 139

Haushaltslage der Kommunen

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



31.10.2023

Stellungnahme

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)“

anlässlich der öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 6. November 2023

Schiefte in der Lastenverteilung

Eine Schiefte in der Belastungsverteilung des Wachstumschancengesetzes zeigt sich auch in folgender Zahl: Während Bund und Länder mit dem geplanten Gesetz auf nur rund 0,8 Prozent ihres Gesamtsteueraufkommens verzichten, sollen die Kommunen einen Steuerausfall von 2 Prozent ihres Gesamtsteueraufkommens tragen. Gemessen an der Steuerkraft sollen die Kommunen also mehr als 2,5-mal so viel zur Finanzierung der Fördermaßnahmen beitragen wie Bund und Länder.

Aufkommenswirkungen der von der Regierungskoalition geplanten sowie bereits beschlossenen Steuerrechtsänderungen für die Städte und Gemeinden in den Jahren 2024 bis 2027

	2024	2025	2026	2027
	Werte in Millionen Euro			
Wachstumschancengesetz ¹⁾	-588	-2.319	-3.348	-2.199
Zukunftsfinanzierungsgesetz ¹⁾	-82	-169	-215	-215
MinBestRL-UmsG ¹⁾	-	-19	-33	-116
Inflationsausgleichsgesetz 2022 ²⁾	-4.647	-4.996	-5.128	-5.249
Jahressteuergesetz 2022 ²⁾	-533	-391	-410	-448
Summe der von Koalition geplanten oder beschlossenen Mindereinnahmen der Kommunen	-5.850	-7894	-9134	-8.227
Gesamtsumme 2024 bis 2027				31.105
Durchschnitt 2024 bis 2027				-7.776

1. Die Haushaltslage der Kommunen in NRW verschlechtert sich.
2. Wir – die Kommunen in NRW – benötigen Geld.
3. Stattdessen soll das Regelwerk geändert werden: Lasten dürfen leichter in die Zukunft geschoben werden.
4. Zudem laufen Gesetzgebungsverfahren, die den Kommunen neue finanzielle Lasten kompensationslos aufbürden sollen.

Ziel des Landes: wir geben kein Geld, wir ändern lieber die Regeln

1. Vorlage des 3. NKFWG: Landtags-Drs. 18/7188 vom 06.12.2023

- Eintrittsregeln in Haushaltssicherungskonzept
- Veranschlagung und Vortrag von Fehlbeträgen
- Zuführung Ausgleichsrücklage, Veränderung allgemeine Rücklage

Zitat:

Das Gesetz **stärkt** die nachhaltige Finanzwirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände

??

2. KomHVO: ?

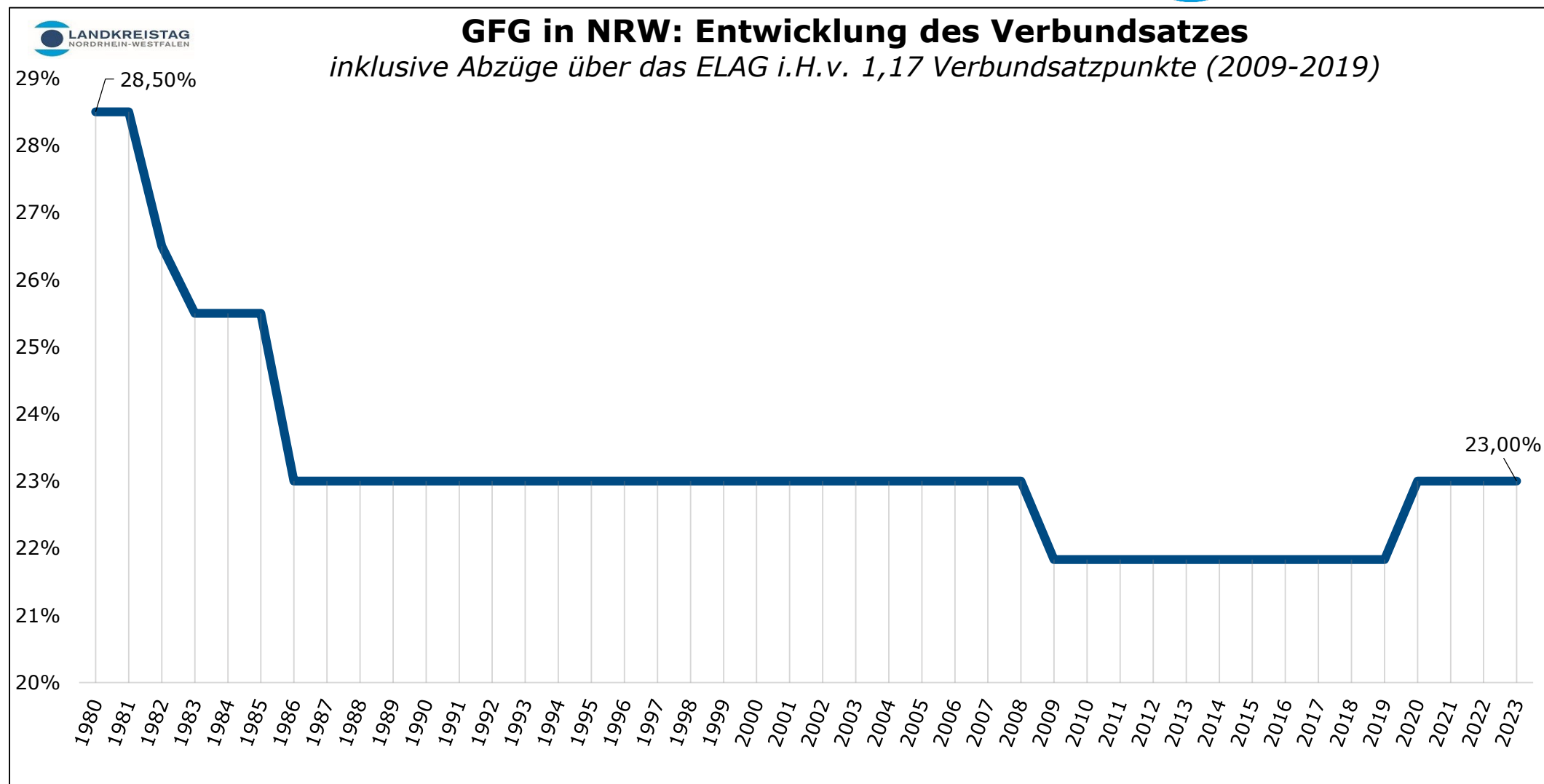
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen,
Stellungnahme vom 04.01.2024 zum 3. NKFVG, S. 3:

Eine Trendwende hin zum Abbau des strukturellen kommunalen Finanzierungsdefizits deutet sich nach wie vor jedoch nicht an. Das Land insistiert derzeit darauf, dass es selbst keinerlei finanziellen Spielräume habe, um die kommunale Finanzausstattung zu verbessern – obwohl, wie wir in unserer Stellungnahme zum Landeshaushalt 2024 festgestellt haben, dessen Volumen gegenüber dem Vorjahresansatz um ca. 7 % steigt, während die Haushaltsmittel zugunsten der Städte, Gemeinden und Kreise nur minimal um 0,3 % steigen.

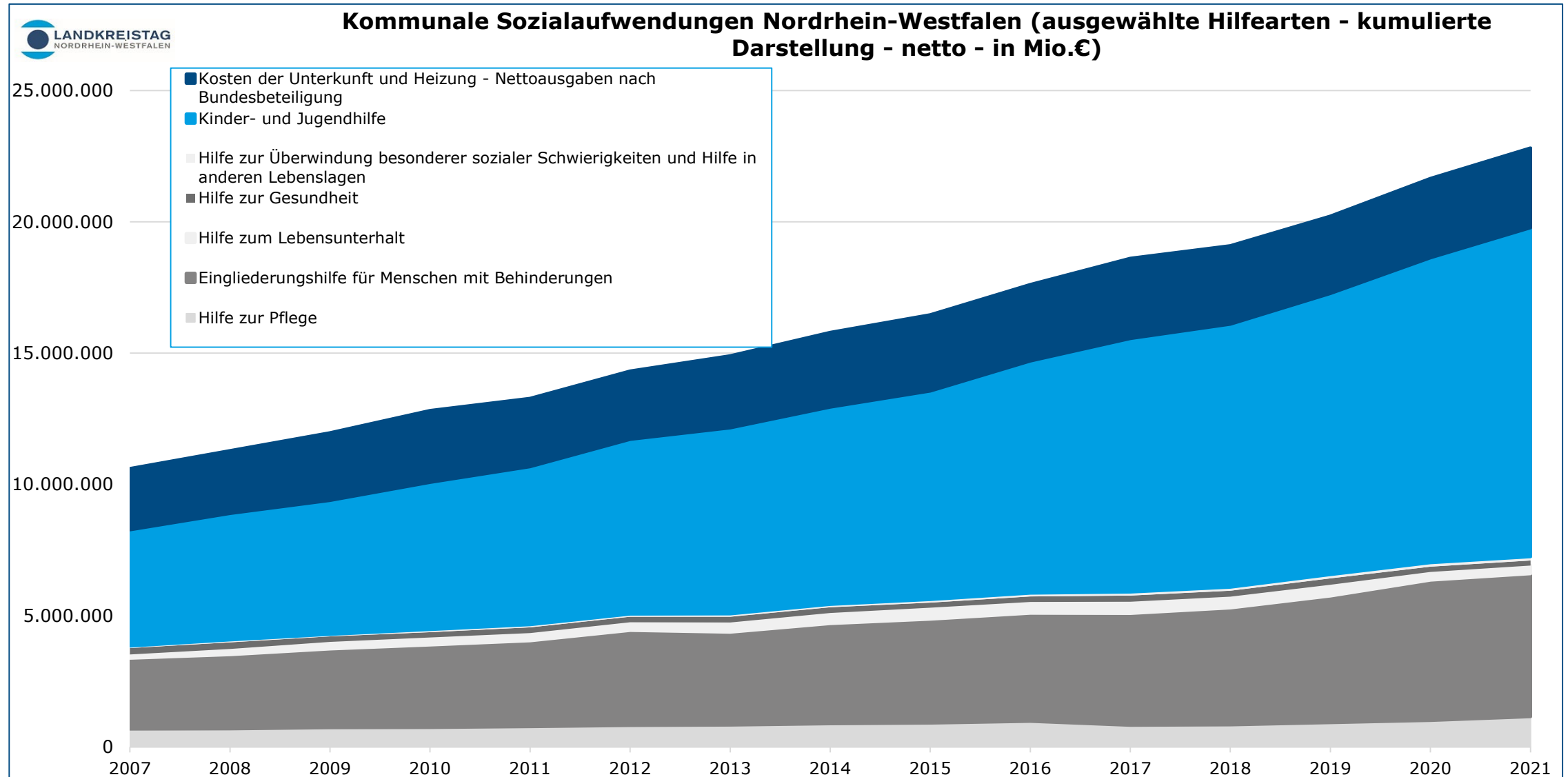
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen,
Stellungnahme vom 04.01.2024 zum 3. NKFVG, S. 1:

- 1. Die Städte und Gemeinden benötigen dringend frische Mittelzuweisungen. Änderungen des kommunalen Haushaltsrechts stellen keinen adäquaten Ersatz hierfür dar.**

SONDERSTELLUNG NRW IM BUNDESVERGLEICH – URSACHEN (3)

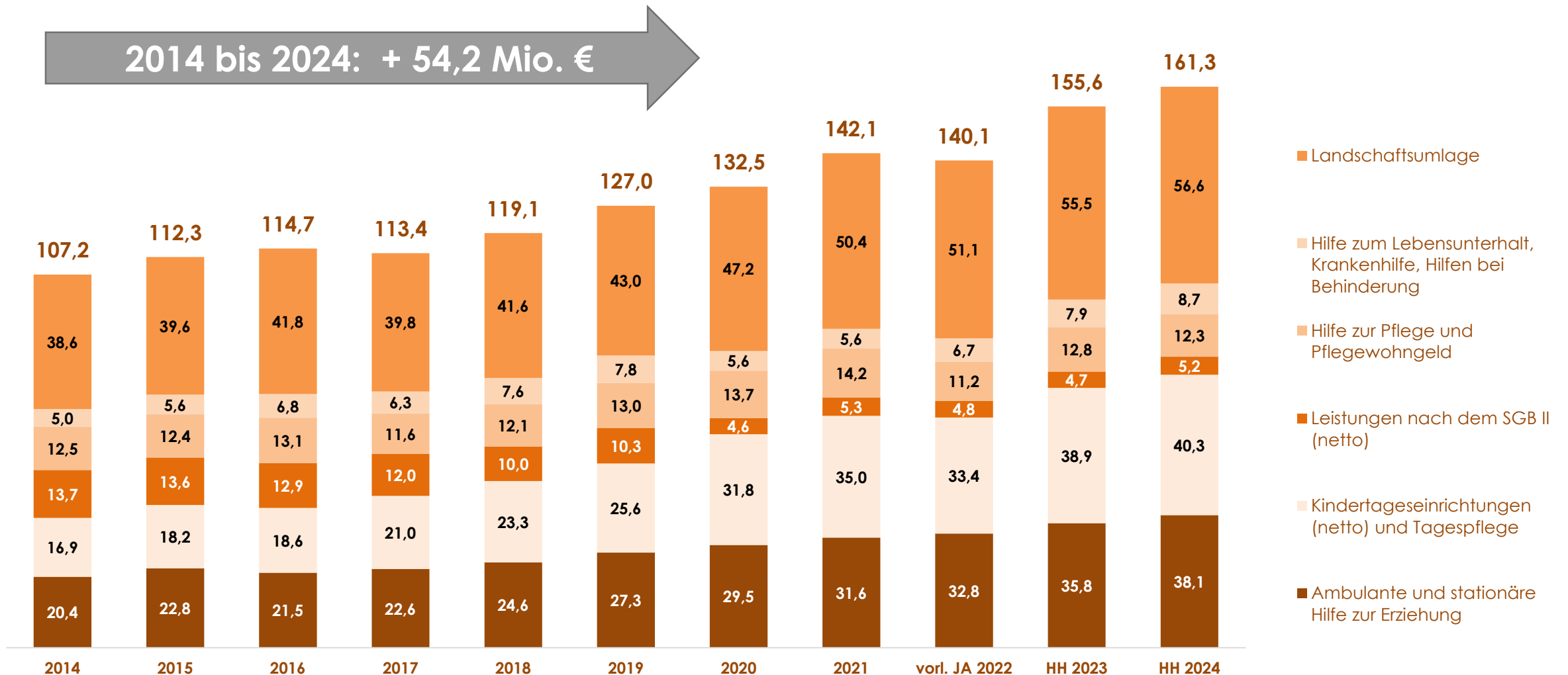


SONDERSTELLUNG NRW IM BUNDESVERGLEICH – URSACHEN (1)



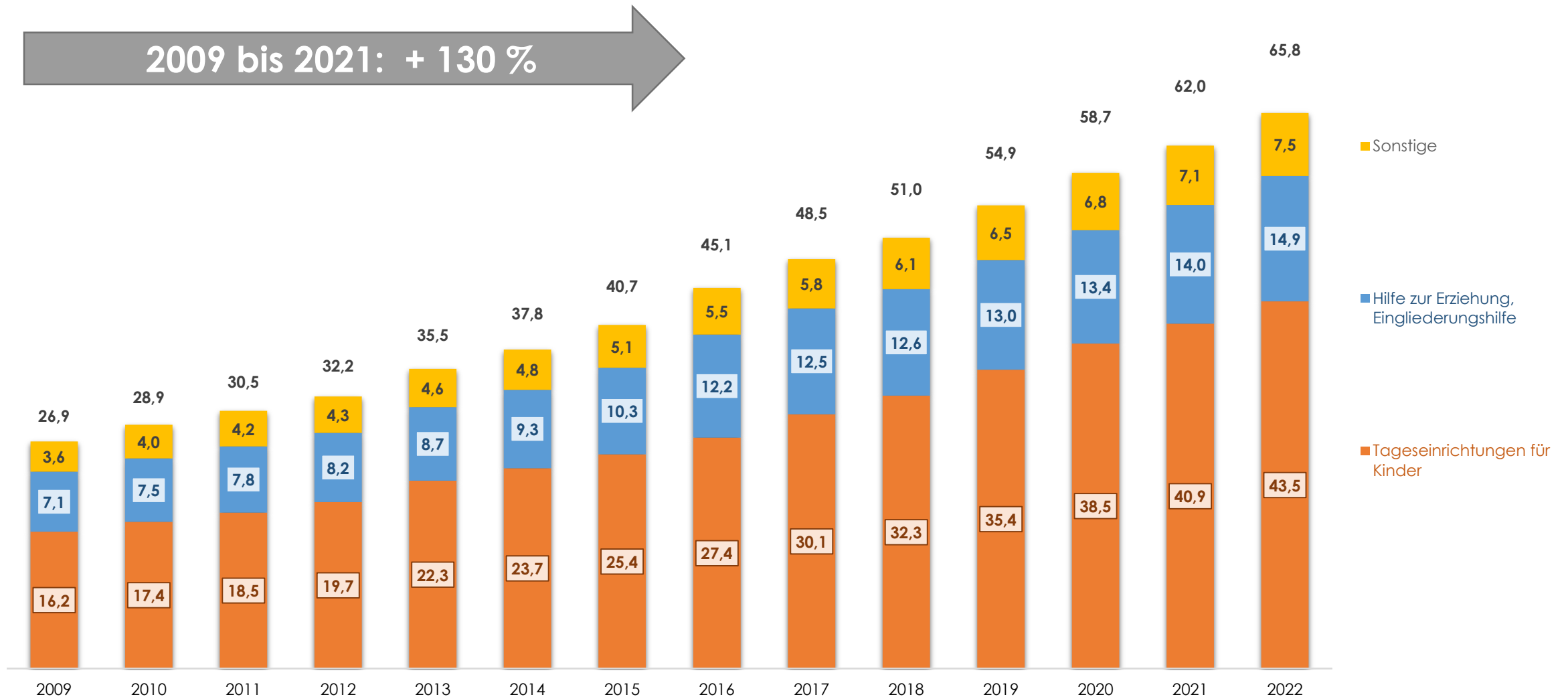
Entwicklung der wesentlichen sozialen Leistungen

2014 bis 2024: + 54,2 Mio. €



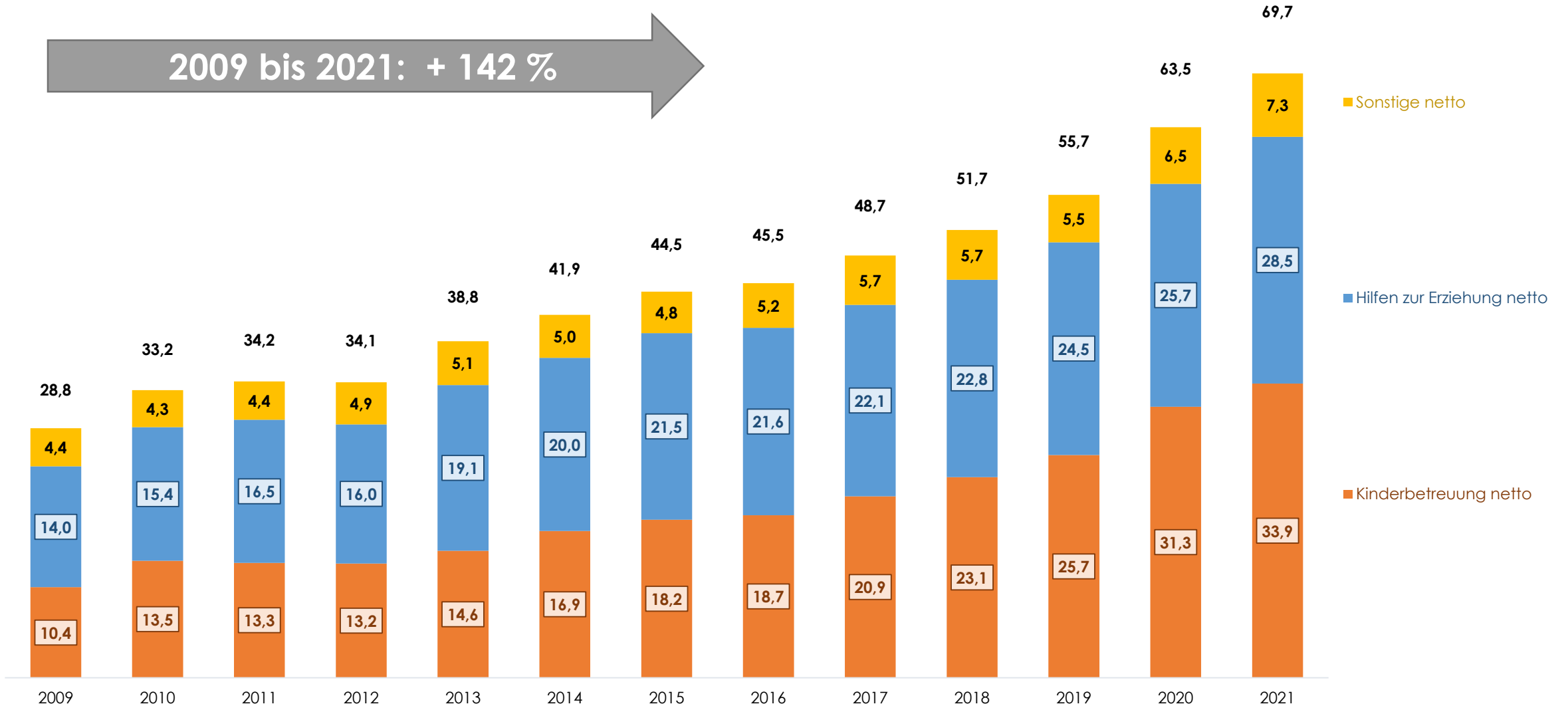
Bundesweite Bruttoausgaben der öff. Jugendhilfe (in Mrd. €)

2009 bis 2021: + 130 %



Zuschussbedarf Budget Jugend Kreis Euskirchen (in Mio. €)

2009 bis 2021: + 142 %



Ewiges Lamento ??

Nein !

Die Daten sprechen eine klare Sprache.

Städte und Gemeinden

Haushaltsstatus – Stand Januar 2024

Stand: 08.01.2024

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Bad Münstereifel	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	Genehmigung der Verringerung Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO / Gen. Veröffentl. HS / Wegfall HSK	Genehmigung der Verringerung Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO / Gen. Veröffentl. HS	
Blankenheim	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO
Dahlem	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	
Euskirchen	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	
Hellenthal	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO
Kall	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	
Mechernich	Genehmigung der Verringerung der Allg. Rücklage gem. § 75 IV GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	
Nettersheim	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO
Schleiden	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO
Weilerswist	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	Doppelhaushalt 2019/2020	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	genehmigtes HSK gem. § 76 II GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	
Zülpich	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	Anzeigepflicht gem. § 80 V GO	

Erläuterungen:

Anzeigepflicht nach § 80 V GO (struktureller Ausgleich)	Genehmigungspflicht nach § 75 IV GO - Verringerung der Allg. Rücklage	vorl. HH-führung gem. § 82 GO
Anzeigepflicht nach § 80 V GO (fiktiver Ausgleich)	Genehmigungspflicht nach § 76 II GO - HSK	Genehmigung, Veröffentlichung HH-Satzung/Wegfall HSK gem. 2. VO hh-recht. Verfahrensweisen Hochwasser

Verschuldung – 2021 / 2022

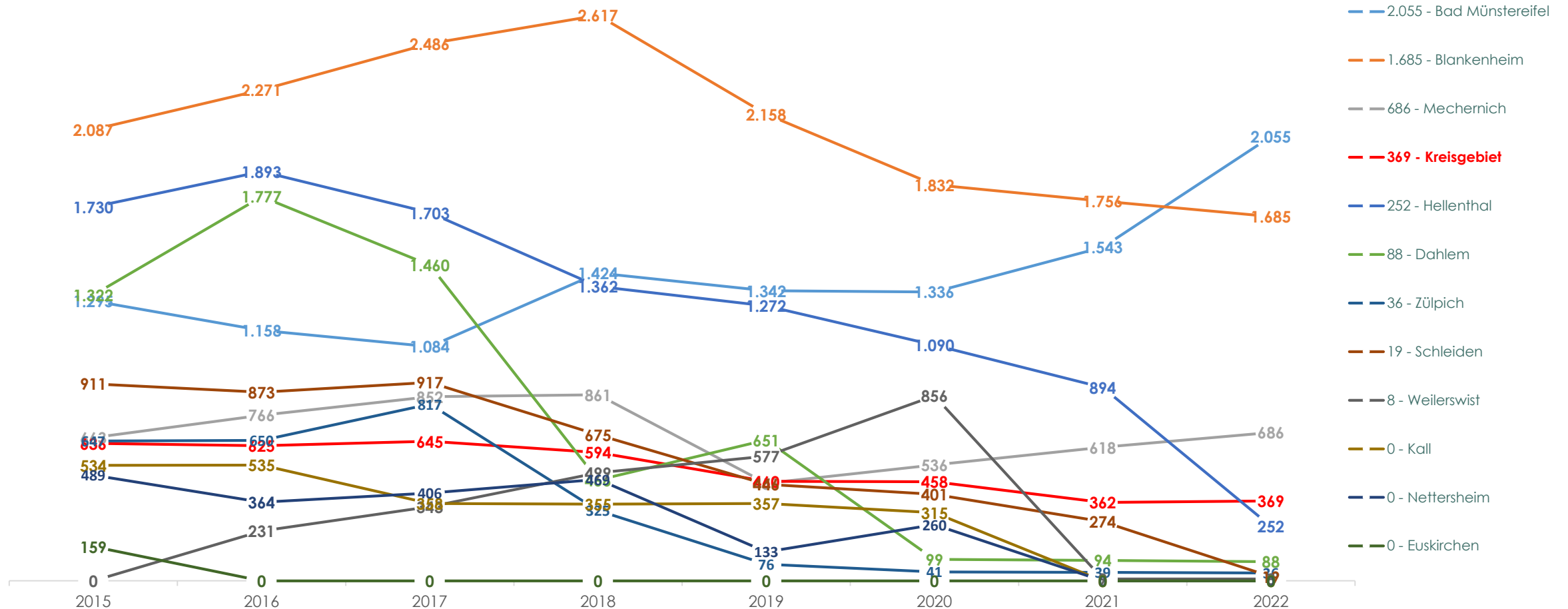
Kernhaushalt - je Mio. € - 31.12.2021	Kredite, Wertpapier- schulden	Kassen- kredite	Summe
Bad Münstereifel	14,4	26,5	40,9
Blankenheim	8,4	14,6	23,0
Dahlem	1,9	0,4	2,3
Euskirchen	53,7	0,0	53,7
Hellenthal	5,7	7,0	12,7
Kall	22,0	0,0	22,0
Mechernich	45,3	17,5	62,8
Nettersheim	5,3	0,0	5,3
Schleiden	25,3	3,6	28,8
Weilerswist	16,7	0,2	16,9
Zülpich	14,6	0,8	15,4
Städte und Gemeinden gesamt	213,3	70,5	283,9

Kernhaushalt - je Mio. € - 31.12.2022	Kredite, Wertpapier- schulden	Kassen- kredite	Summe
Bad Münstereifel	13,8	35,5	49,3
Blankenheim	11,3	14,2	25,5
Dahlem	1,7	0,4	2,1
Euskirchen	49,9	0,0	49,9
Hellenthal	4,9	2,0	6,9
Kall	20,4	0,0	20,4
Mechernich	48,6	19,6	68,2
Nettersheim	4,9	0,0	4,9
Schleiden	27,3	0,3	27,6
Weilerswist	15,9	0,1	16,1
Zülpich	13,8	0,8	14,5
Städte und Gemeinden gesamt	212,6	72,9	285,4

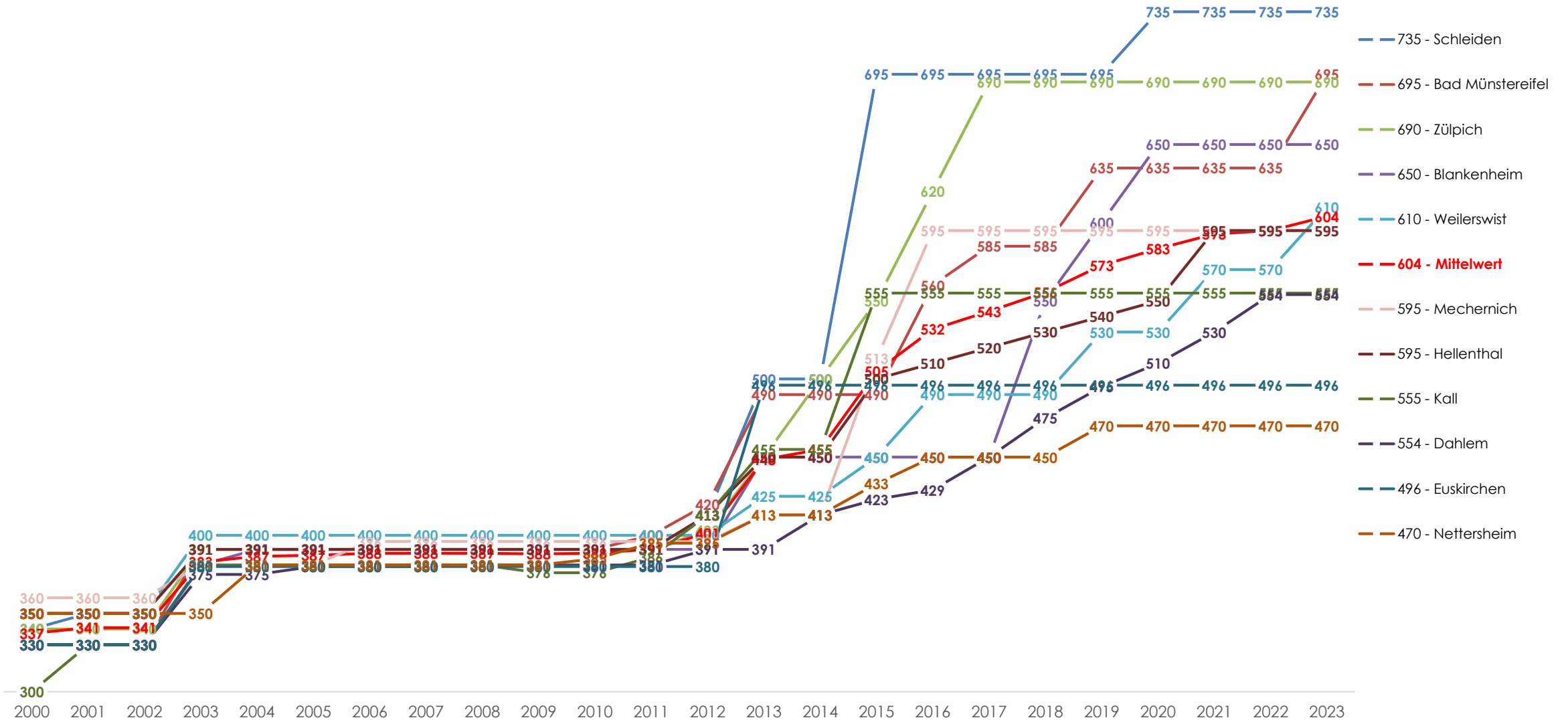
Quelle: IT.NRW, Datenabruf: Januar 2024, eigene Darstellung

Kassenkredite Kernhaushalte je Einwohner

KASSENKREDITE KERNHAUSHALT JE EINWOHNER AM 31.12.

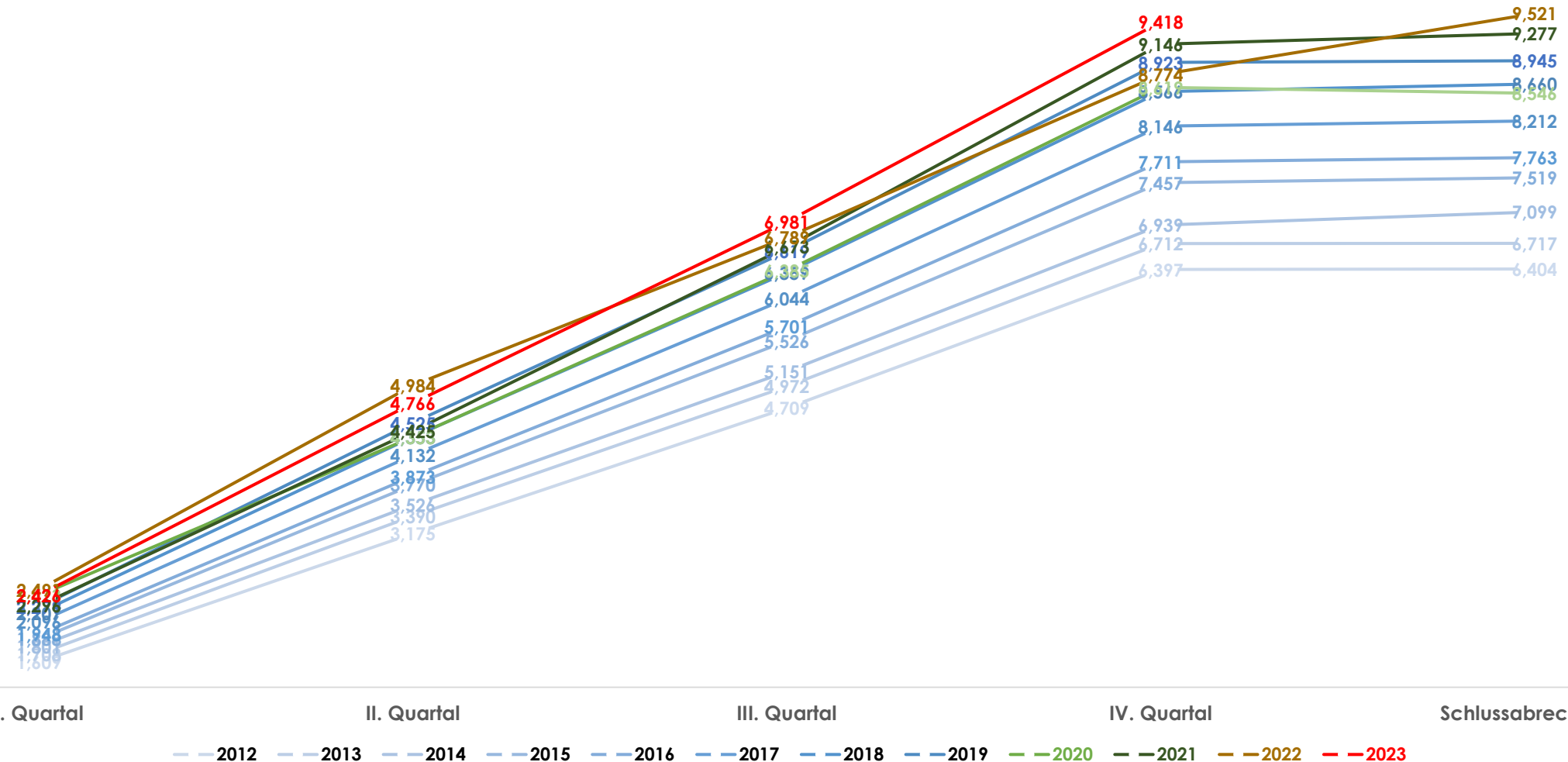


Hebesätze Grundsteuer B



Entwicklung Einkommen- u. Umsatzsteuer (II)

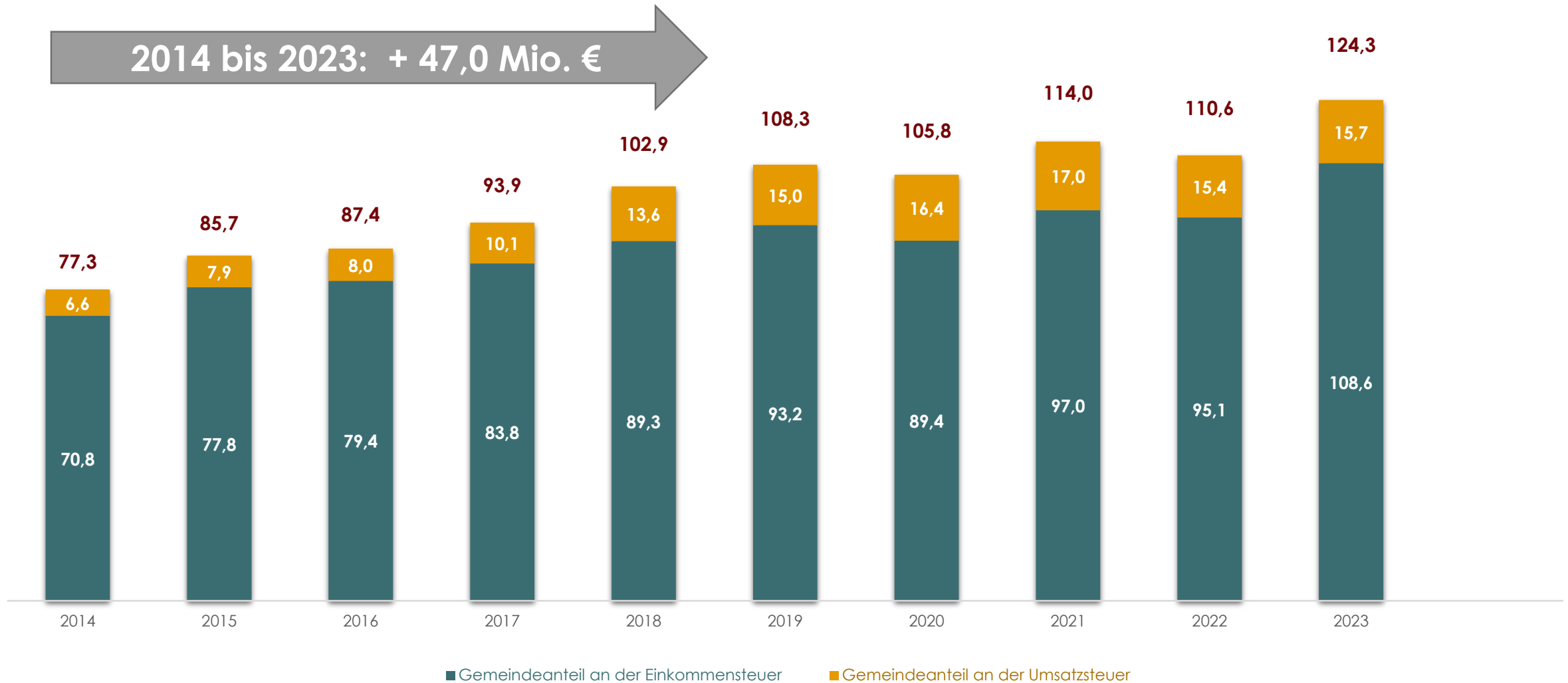
GEMEINDEANTEIL AN DER EINKOMMENSTEUER (NRW, IN MRD. €)



Entwicklung Einkommen- u. Umsatzsteuer

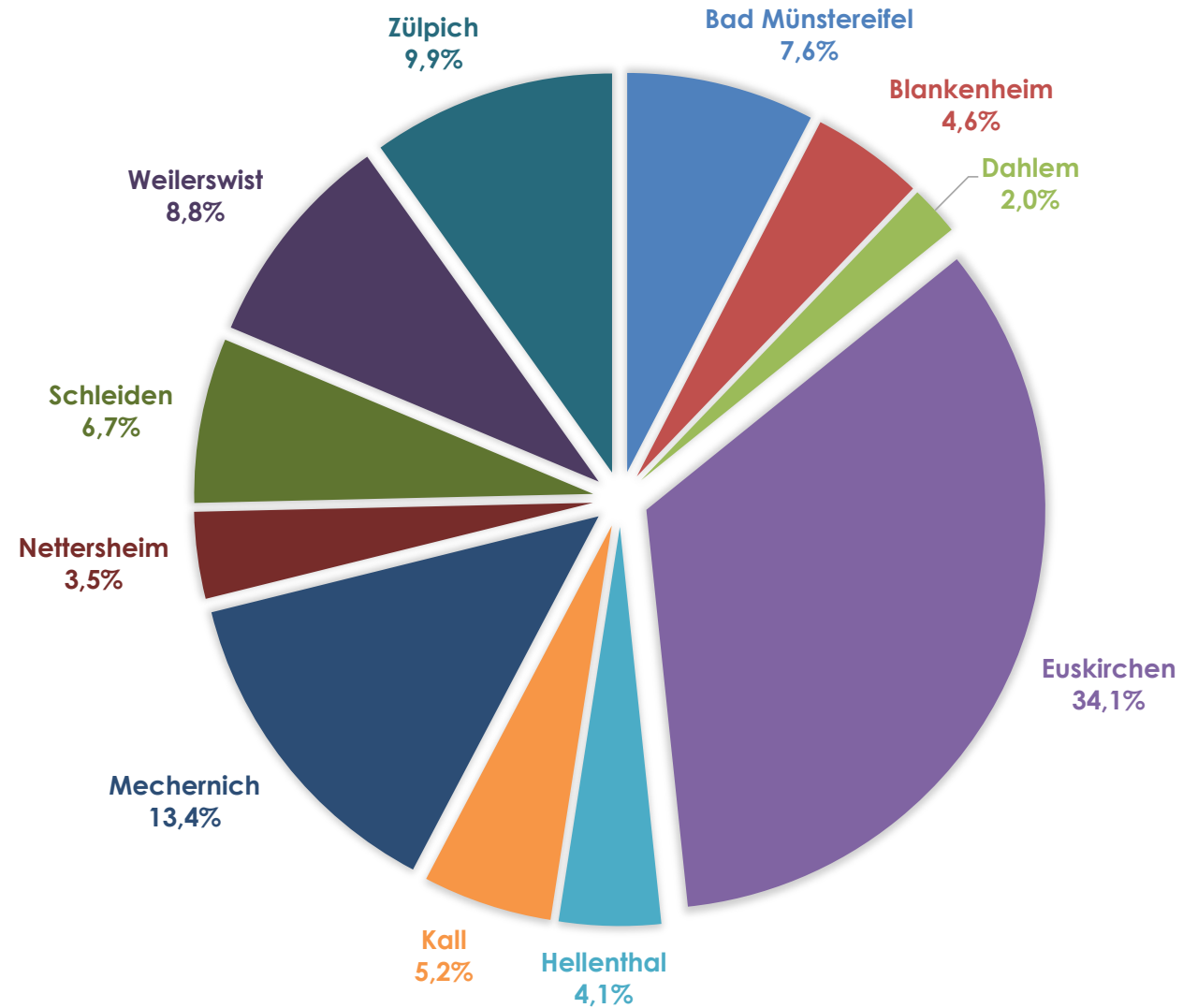
Entwicklung Einkommen- und Umsatzsteuer (Ist) im Kreis Euskirchen in Mio. €

2014 bis 2023: + 47,0 Mio. €



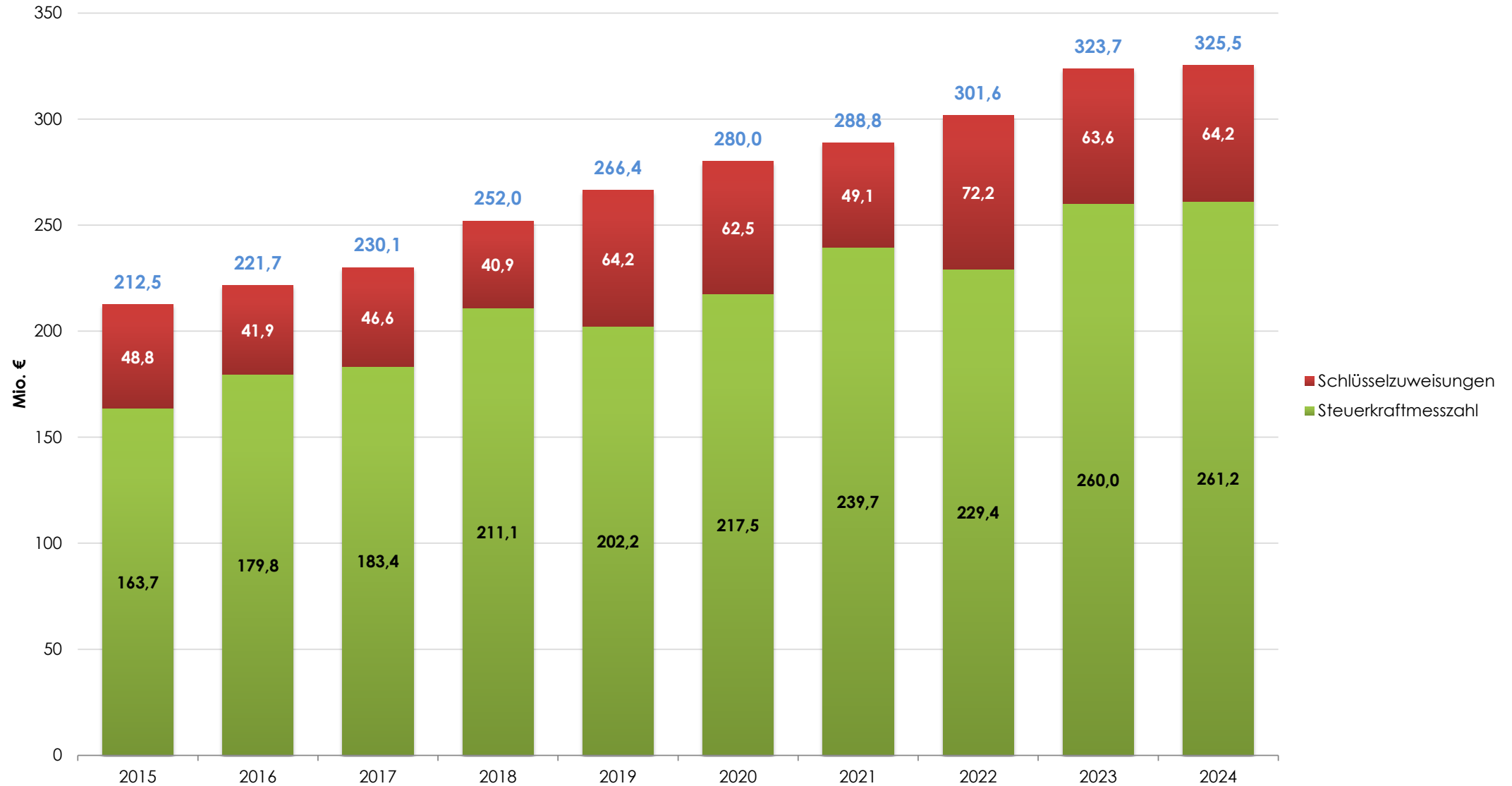
GFG

Umlagegrundlagen (I)



Basis: Modellrechnung MHKBD zum GFG 2024

Umlagegrundlagen (II)

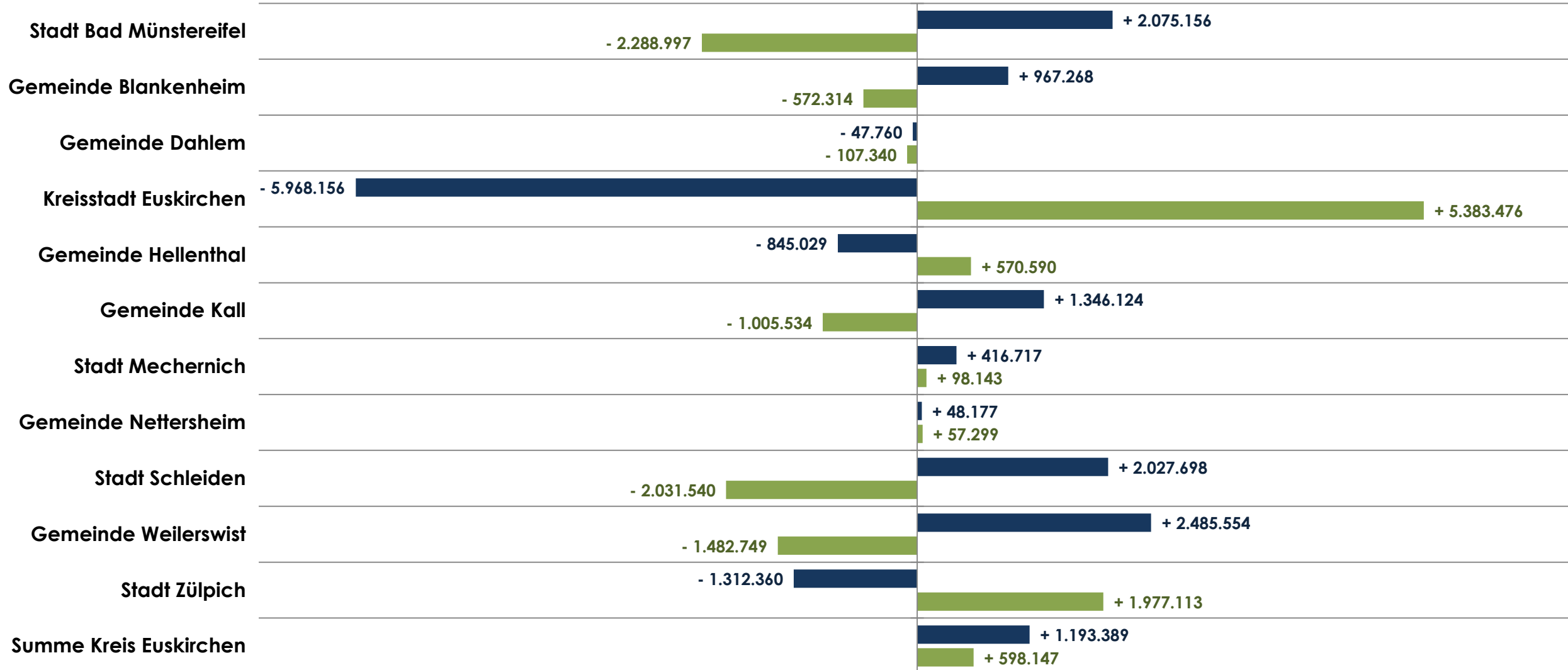


Umlagegrundlagen (III)

Veränderung von 2023 nach 2024

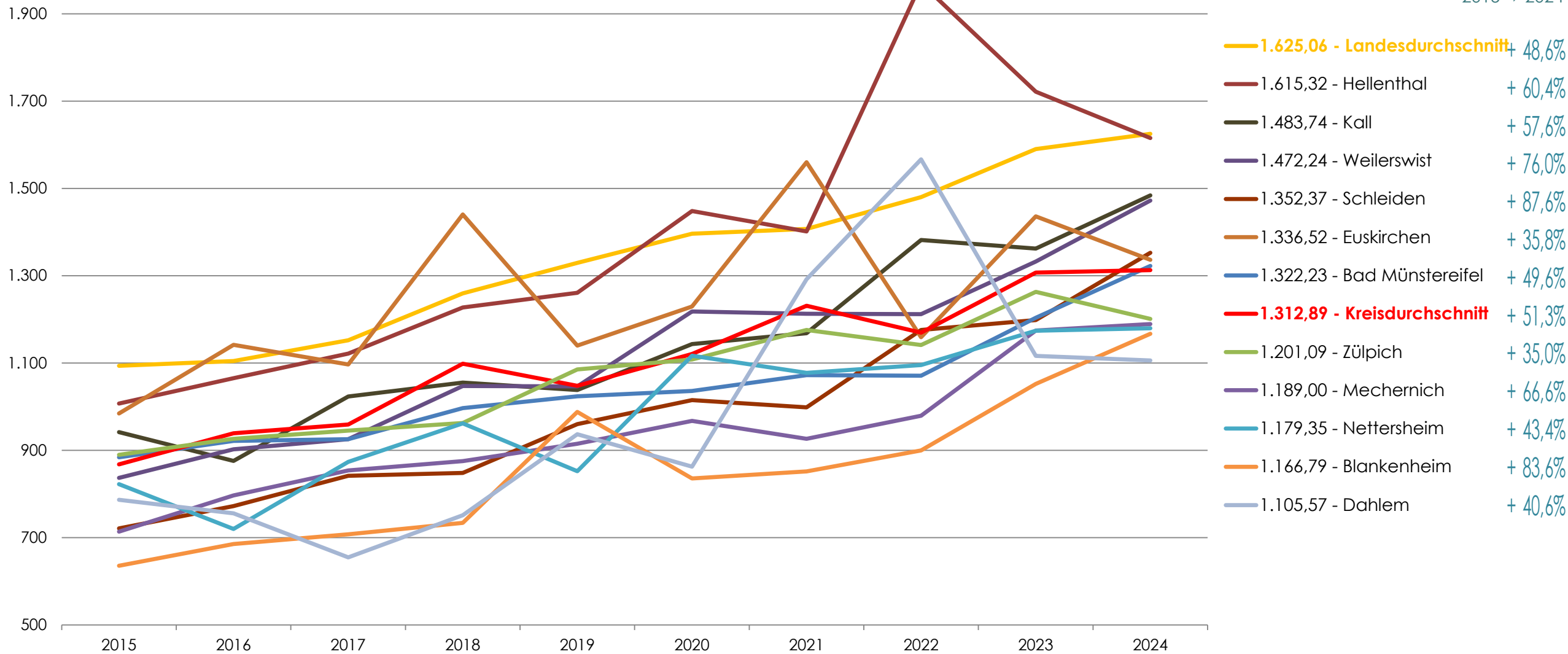
■ Steuerkraft

■ Schlüsselzuweisung



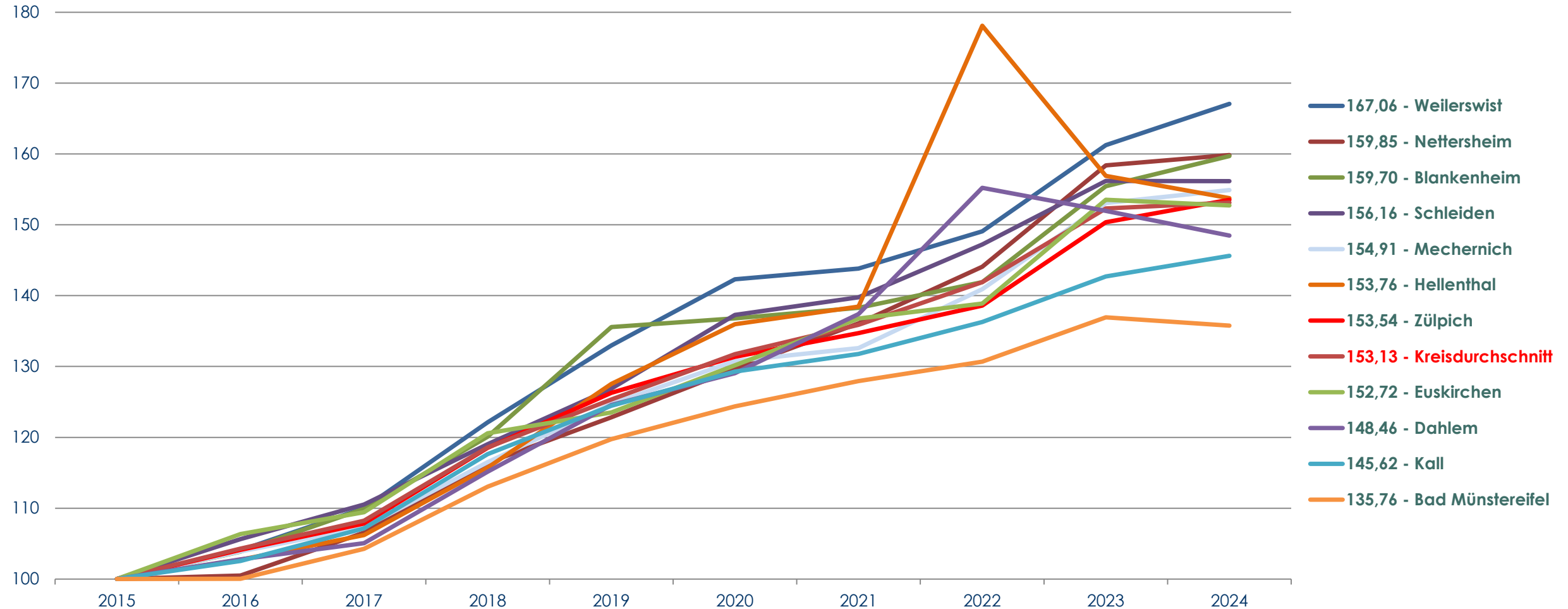
Steuerkraft (€) je Einwohner

2015 ⇒ 2024



Entwicklung Umlagegrundlagen (seit 2015)

Umlagegrundlagen-Vergleich
Basis: 2015 = 100



Eckpunkte

- steigende Schlüsselzuweisungen
- steigende Landschaftsumlage
- steigende Sozialaufwendungen – Regelungen NKF-CUIG ausgelaufen
- steigende Personalaufwendungen: Tarif- u. Besoldungserhöhungen, gesunkene Beihilfe- u. Versorgungsaufwendungen
- steigende Jugendaufwendungen, insbesondere Hilfen zur Erziehung
- steigende ÖPNV-Umlage
- Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage, einschl. Verbesserung 2023
- Allgemeine Umlage leicht gesunken
- Jugendamtsumlage steigt deutlich

	2023	2024	Diff. 2024/2023
Allgemeine Umlage	96.215.700	96.152.200	- 63.500
Jugendamtsumlage	83.082.700	88.183.000	+ 5.100.300
ÖPNV-Umlage	12.607.900	13.036.700	+ 428.800
Förderschulumlage	2.291.800	2.048.300	- 243.500
Summe	194.198.100	199.420.200	+ 5.222.100

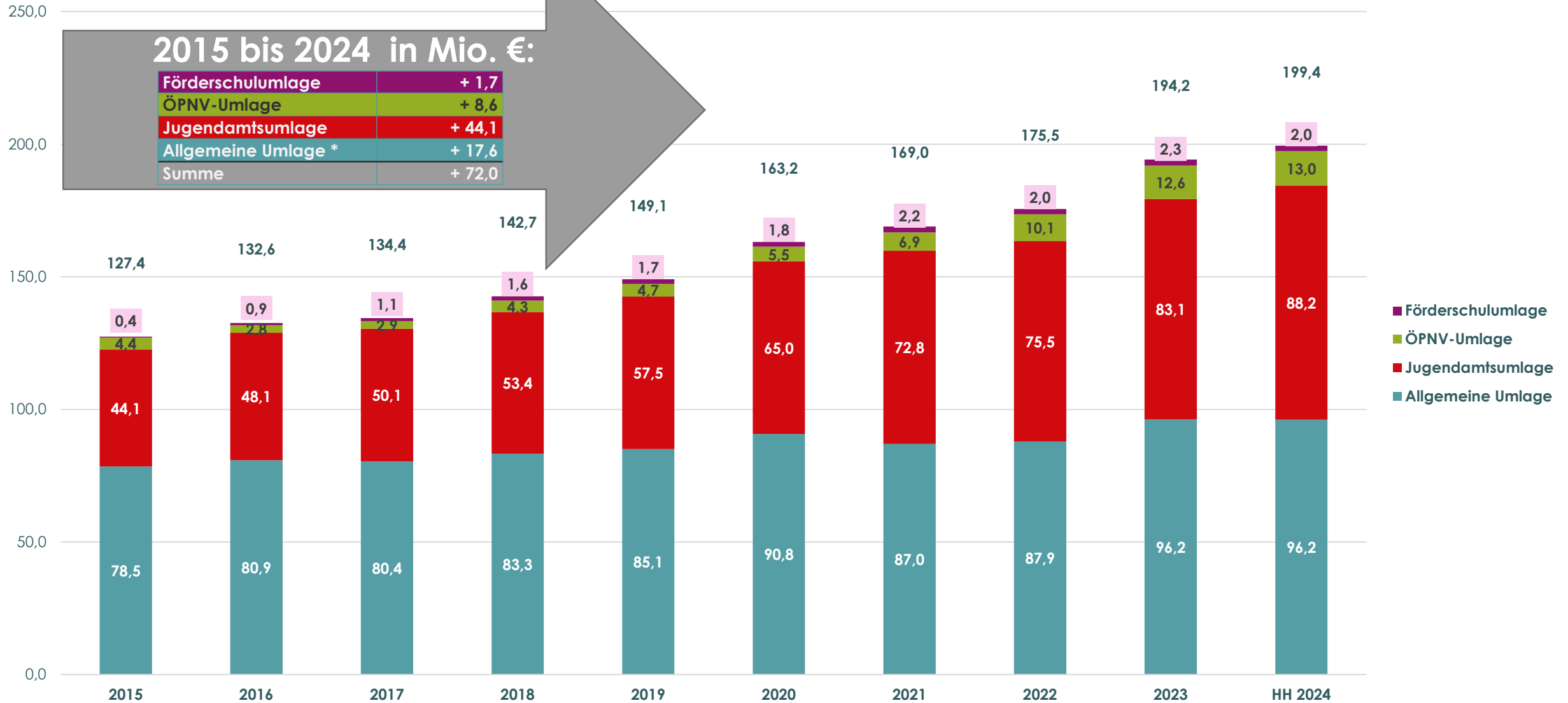
	2023	2024	Diff. 2024/2023
Allgemeine Umlage	29,73%	29,54%	- 0,19 %-Pkt.
Jugendamtsumlage	25,67%	27,09%	+ 1,42 %-Pkt.
Summe	55,40%	56,63%	+ 1,23 %-Pkt.

Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage	2023	2024	Diff. 2024/2023
→ zu Gunsten der Allgemeinen Umlage	12.000.000	12.800.000	+ 800.000
→ zu Gunsten der ÖPNV-Umlage	0	0	+ 0
Summe	12.000.000	12.800.000	+ 800.000

Entwicklung der Umlagen

2015 bis 2024 in Mio. €:

Förderschulumlage	+ 1,7
ÖPNV-Umlage	+ 8,6
Jugendamtsumlage	+ 44,1
Allgemeine Umlage *	+ 17,6
Summe	+ 72,0



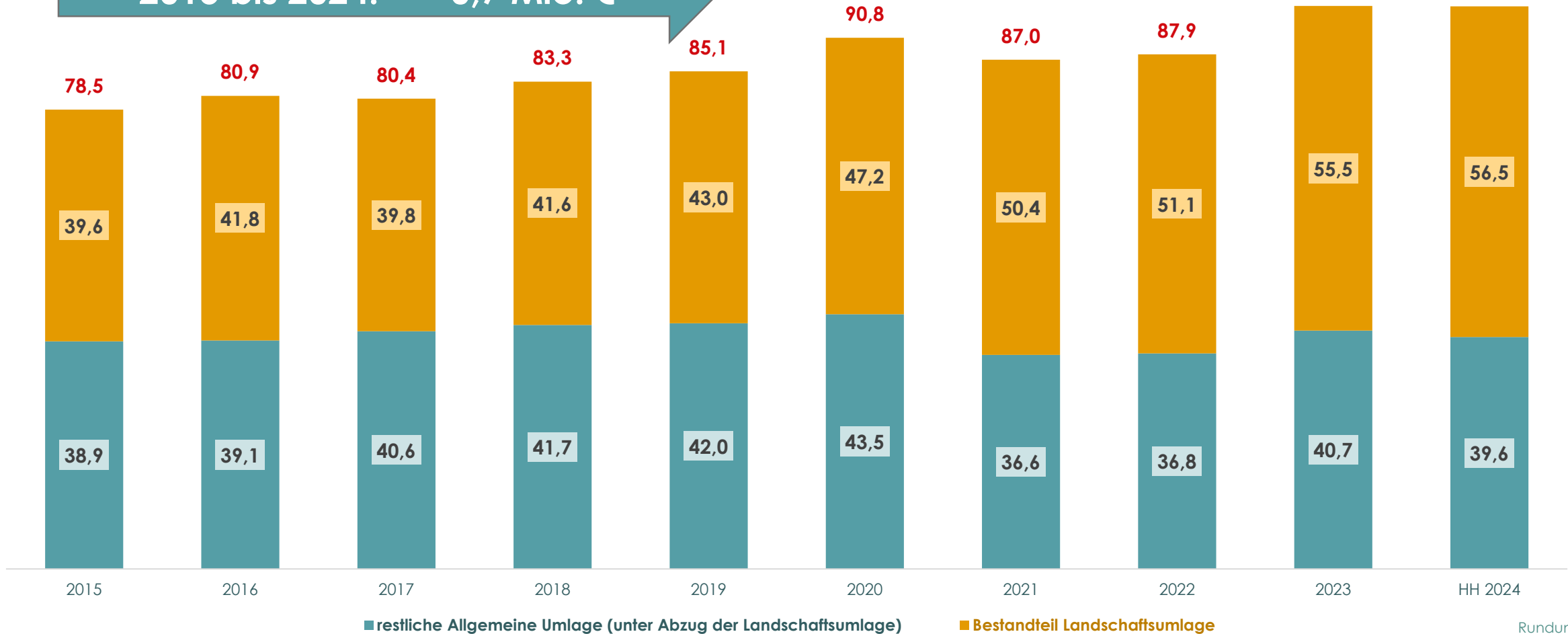
* Rundungsdifferenz

Allgemeine Umlage

2015 bis 2024: + 16,9 Mio. €

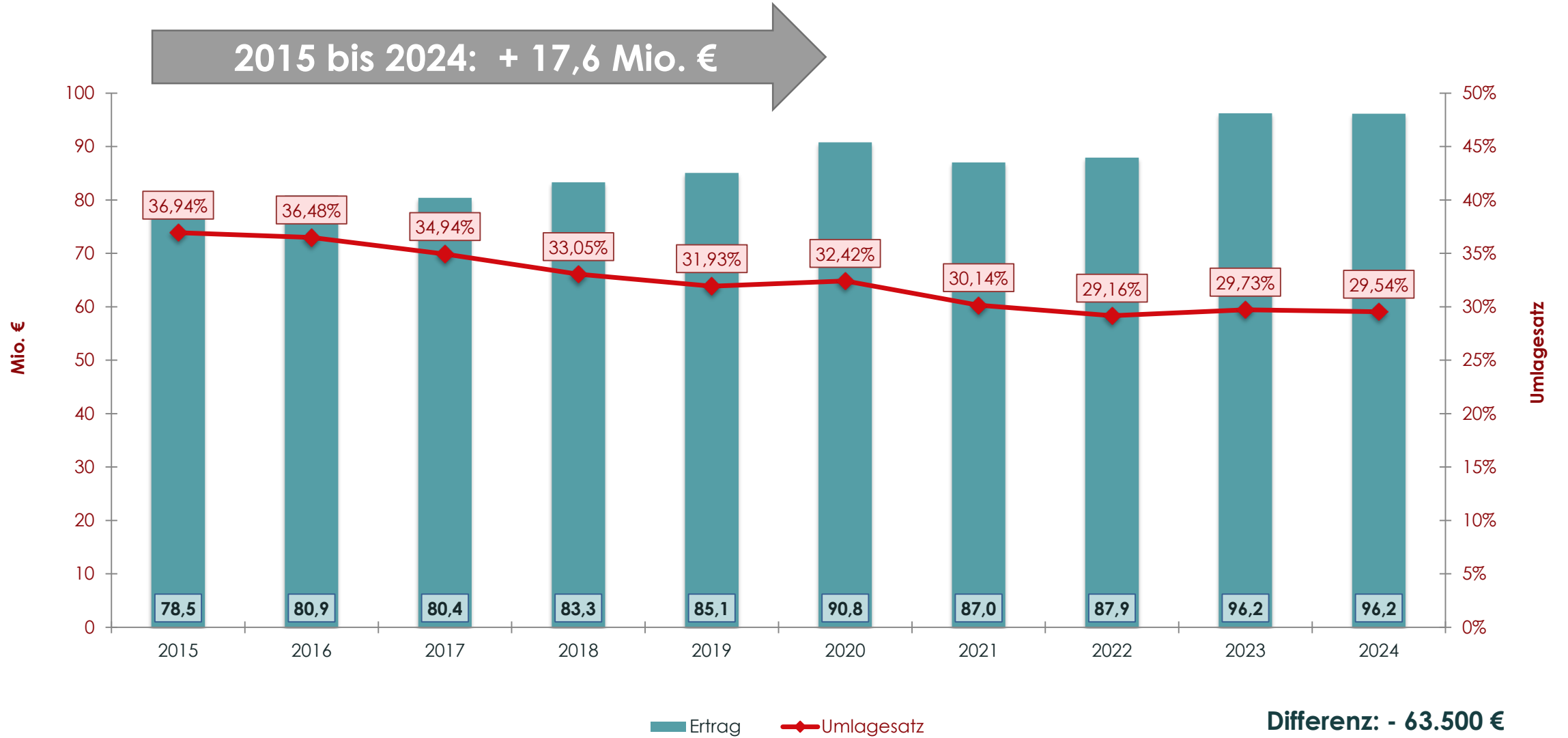
2015 bis 2024: + 0,7 Mio. €

58,8 %



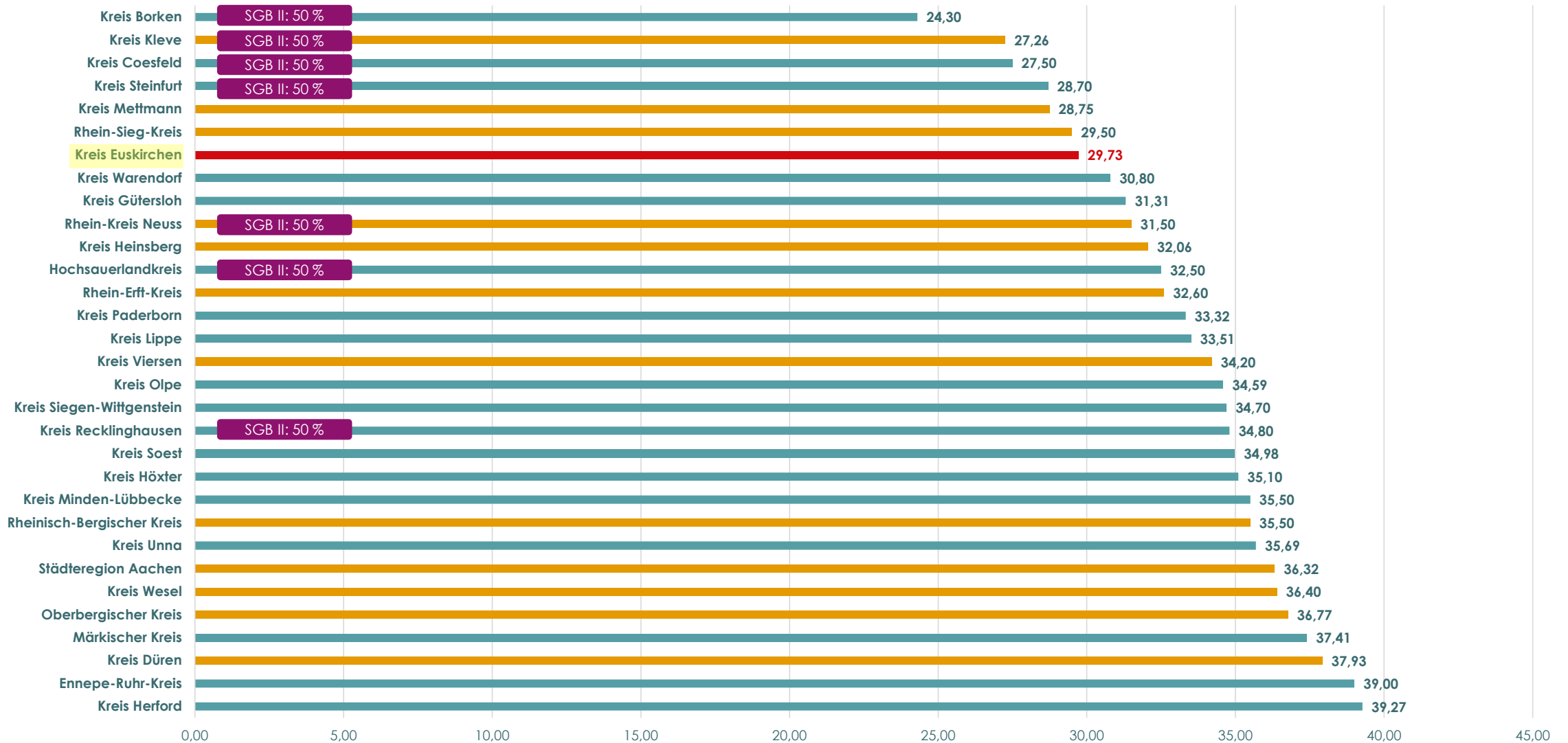
Rundungsdifferenz

Allgemeine Umlage



* Rundungsdifferenz

Allgemeine Kreisumlage 2023: Umlagesatz im Vergleich



Datengrundlage: LKT NRW, Stand 13.07.2023, eigene Darstellung

„Der Umlagebedarf des Kreises Euskirchen ist in den Jahren 2014 bis 2020 durchschnittlich um ca. 1,3 Prozent pro Jahr gestiegen. Das ist mit Blick auf die Entwicklung der allgemeinen Preissteigerung und hinsichtlich der Steigerungen in den Tarif- und Besoldungsabschlüssen der vergangenen Jahre ein geringer Wert.“

GPA NRW, Überörtliche Prüfung des Kreises Euskirchen 2022/2023, S. 69

Kreis Steinfurt

SGB II: 50 %

28,70

„Positiv ist der geringe Umlagebedarf des Kreises Euskirchen – auch nach Bereinigung der Erträge und Aufwendungen des Finanzausgleichs und der Soziallasten. Er belastet seine kreisangehörigen Kommunen im Verhältnis damit in geringerem Maße als drei Viertel der Kreise.“

GPA NRW, Überörtliche Prüfung des Kreises Euskirchen 2022/2023, S. 7

„Der **Umlagebedarf** des Kreises Euskirchen ist im interkommunalen Vergleich unterdurchschnittlich und zeigt, dass der Kreis seine kreisangehörigen Kommunen im Verhältnis weniger belastet als andere Kreise.“

GPA NRW, Überörtliche Prüfung des Kreises Euskirchen 2022/2023, S. 39

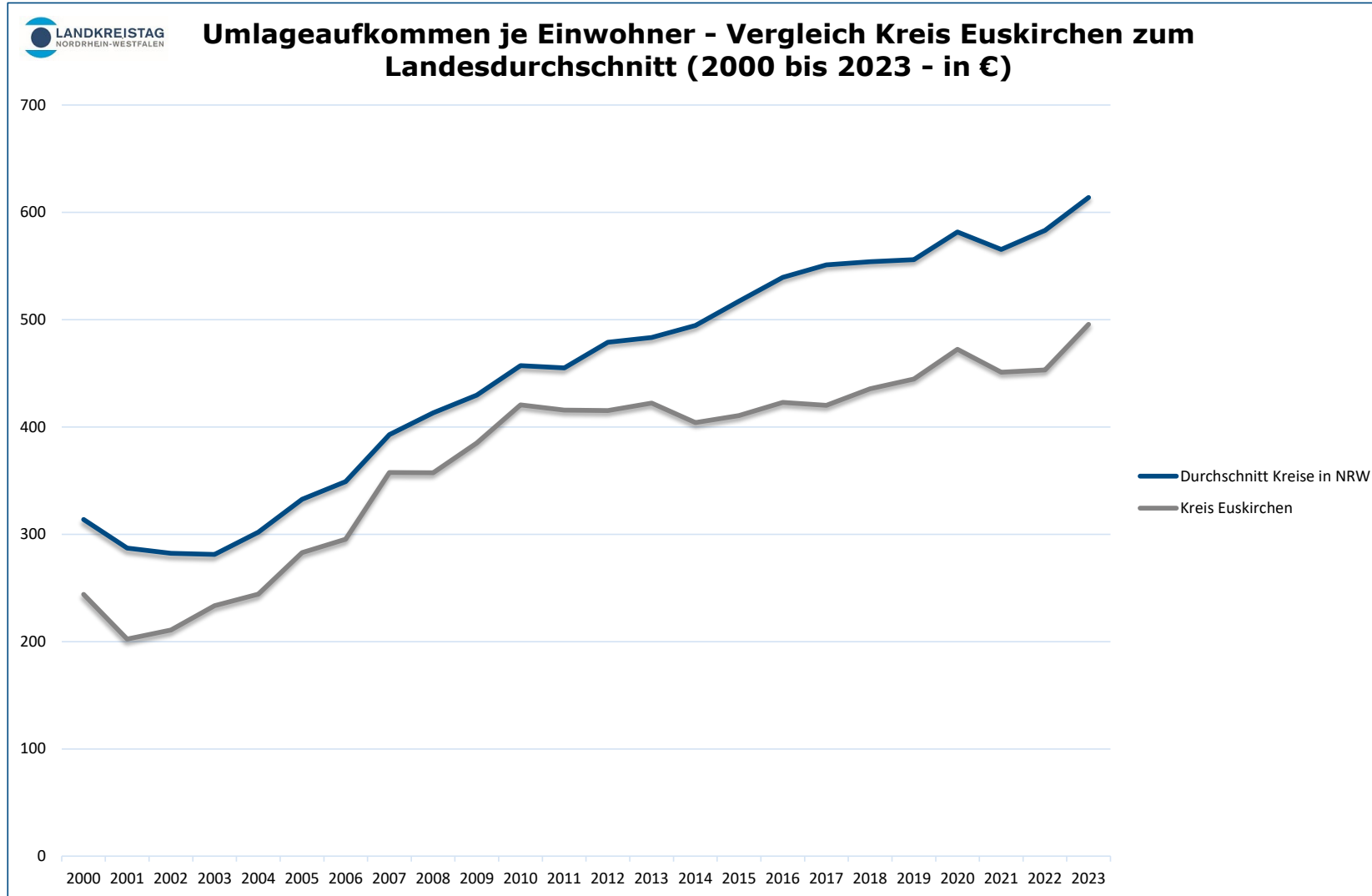
Kreis Minden-Lübbecke

35,50

„Ein Handlungsbedarf für den Kreis, durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen die Kreisumlage so gering wie möglich zu halten und damit Rücksicht auf seine kreisangehörigen Kommunen zu nehmen, ist aber nach wie vor gegeben.“

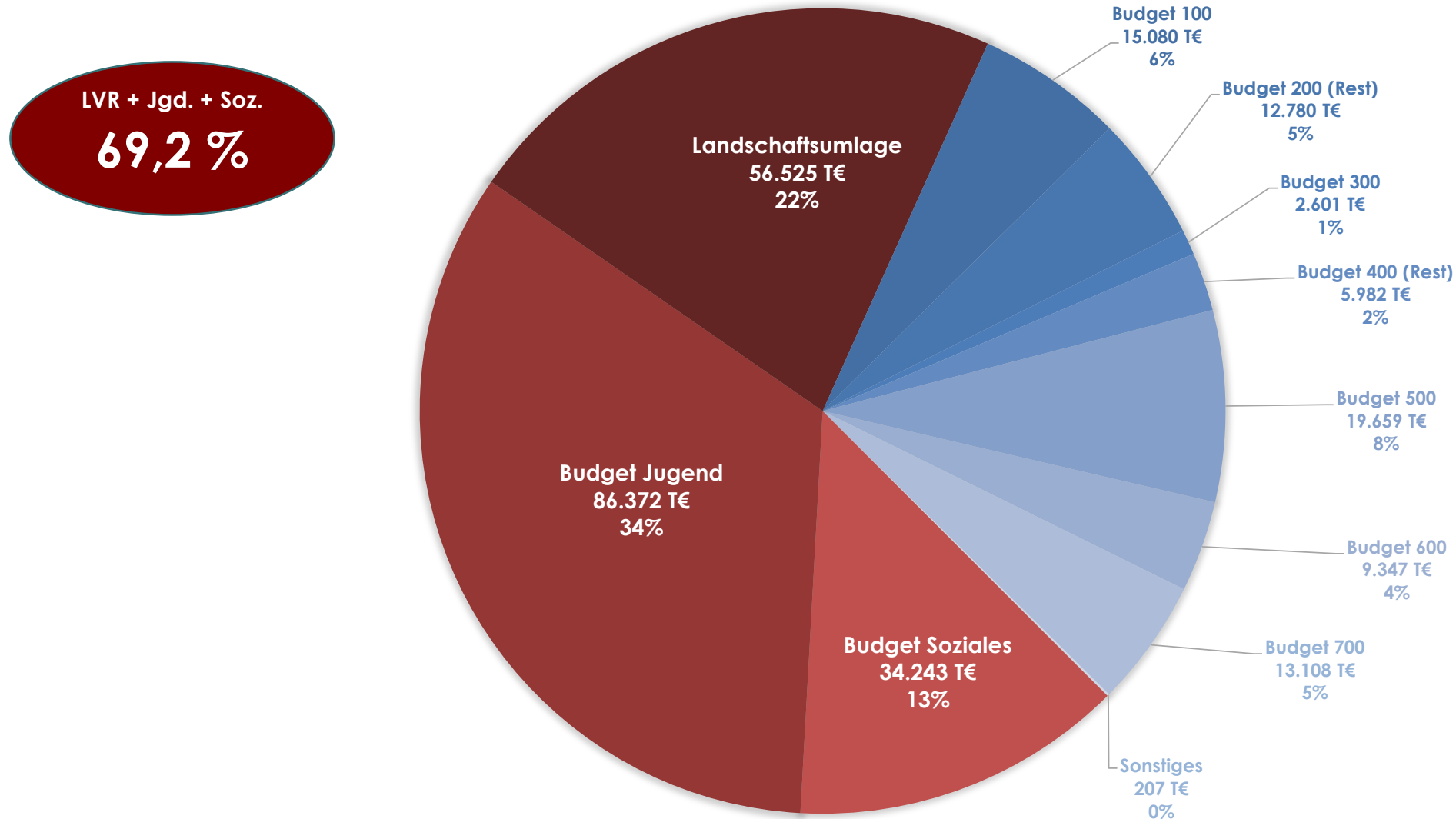
GPA NRW, Überörtliche Prüfung des Kreises Euskirchen 2022/2023, S. 39/40

Allgemeine Kreisumlage im Vergleich



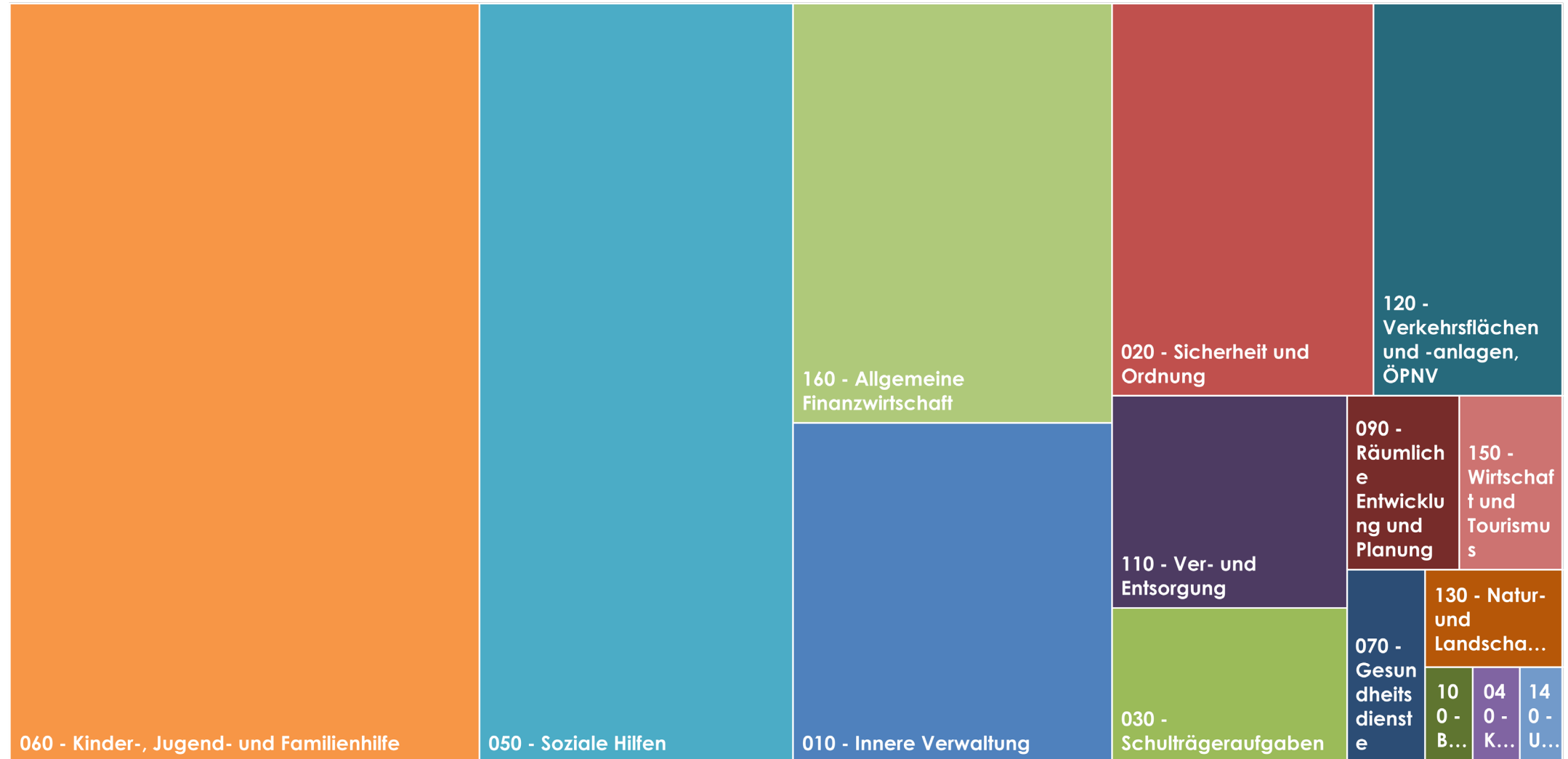
Datengrundlage: LKT NRW, Stand 13.07.2023, eigene Darstellung

Zuschussbedarf Ergebnishaushalt 2024



Produktbereiche: Brutto-Aufwendungen

HAUSHALTSENTWURF 2024: AUFWENDUNGEN NACH PRODUKTBEREICHEN



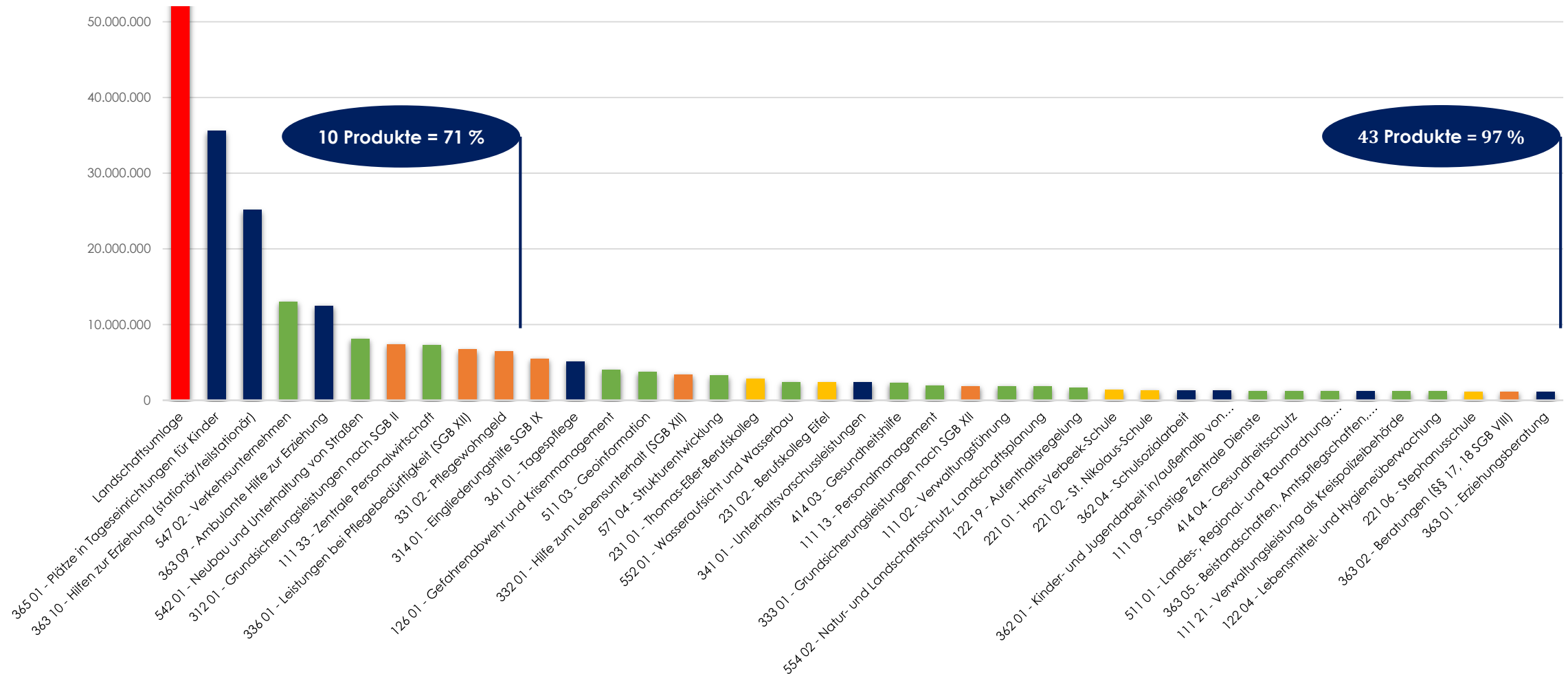
Überblick Produkte (I)

Ergebnishaushalt 2024 - Zuschussbedarf

Abt. 51					000 000 000 - Landschaftsumlage					Abt. 50					Abt. 10					Abt. 40												
										312 01 - Grundsicherungsleistungen nach SGB II, 7.433 T€		336 01 - Leistungen bei Pflegebedürftigkeit (SGB XII), 6.753 T€			111 33 - Zentrale Personalwirtschaft, 7.312 T€		111 13 - Person...		231 01 - Thomas-Eßer...		231 02 - Berufskolleg Eifel,...											
										331 02 - Pflegegeld, 6.451 T€		314 01 - Eingliederungshilfe SGB IX, 5.542 T€		332 01 - Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII),...			333 01 - Grundsicherung...		111 09 - So...		221 01...		221 06 -...		24...							
365 01 - Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder, 35.585 T€					363 10 - Hilfen zur Erziehung (stationär/teilstationär), 25.158 T€																											
363 09 - Ambulante Hilfe zur Erziehung, 12.499 T€			361 01 - Tagespflege, 5.135 T€		341 01 - Unterhaltsvo...	362 01 -...	363 05 -...	363...	3	3	Landschaftsumlage, 56.525 T€					Abt. 60					511 03 - Geoinformation, 3.783 T€		126 01 - Gefahrenabwehr und Krisenma...		11 1...	11...	122 19 -...	1				
						362 04 -...	363...	3	3	Stab 80											571 04 - Strukturentwicklung, 3.279 T€		5 7...	111 02 - Ver...		111 01...		351 03...	24 3...	11 1...	2...	
362 04 -...	363...	3	3	Stab 12		571 04 - Strukturentwicklung, 3.279 T€		5 7...	111 02 - Ver...		111 01...		351 03...	24 3...	11 1...	2...																

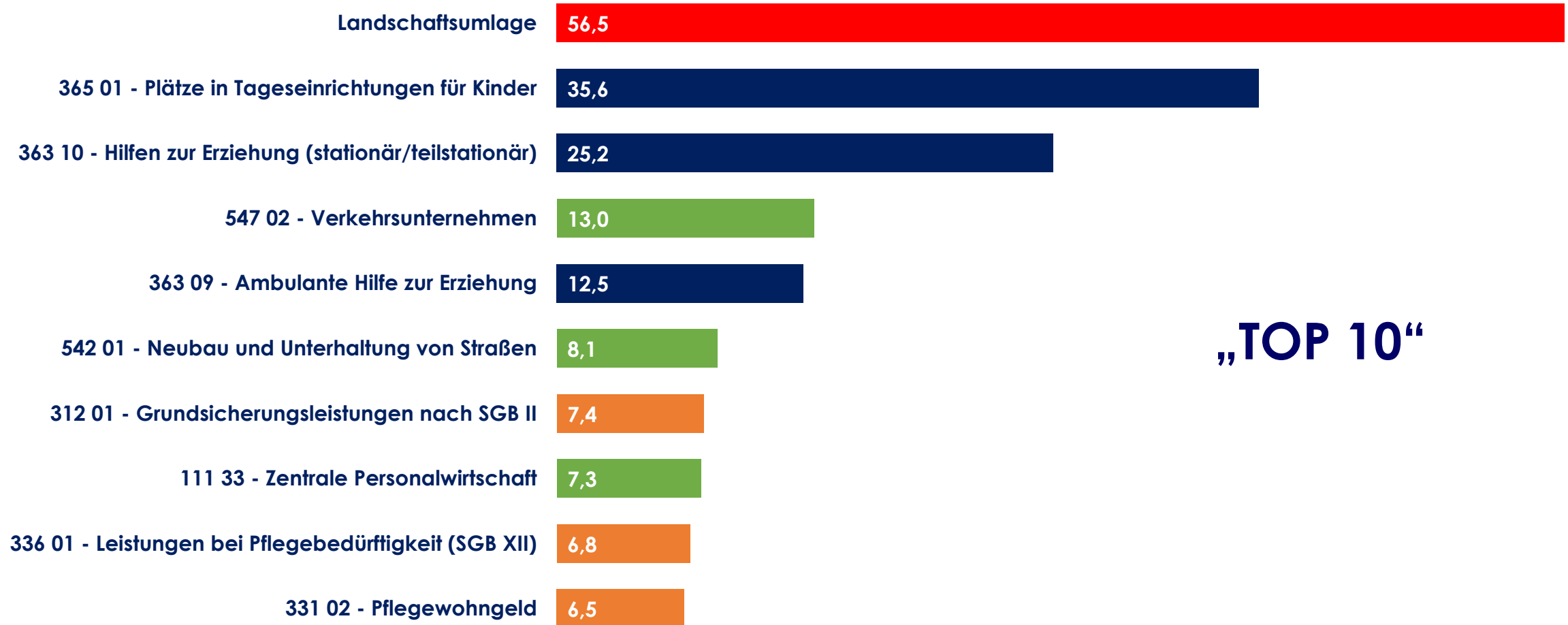
Überblick Produkte (II)

Teilergebnisse der Produkte - sortiert nach Ergebnishöhe
Ausschnitt Ansatz > 1 Mio. €



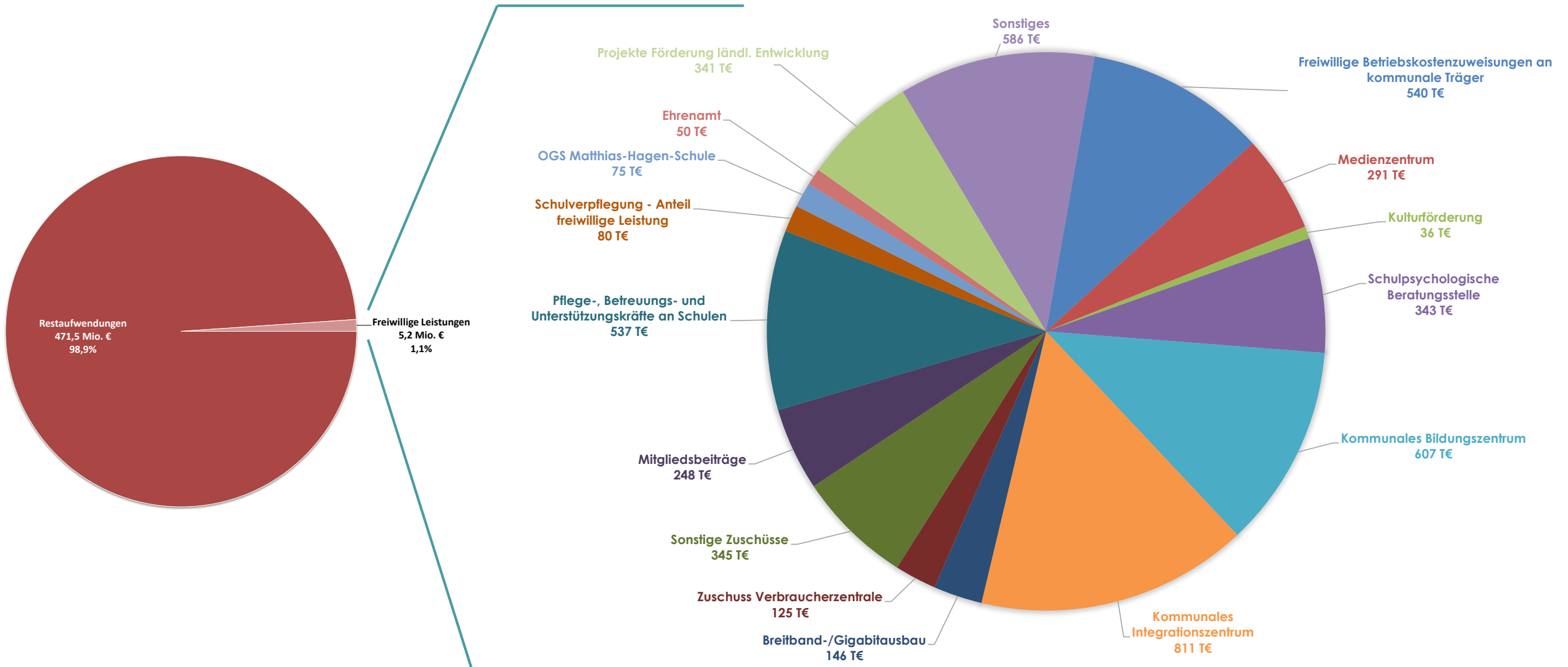
Überblick Produkte (III)

Teilergebnisse der Produkte - sortiert nach Ergebnishöhe Ausschnitt Ansatz > 5 Mio. €

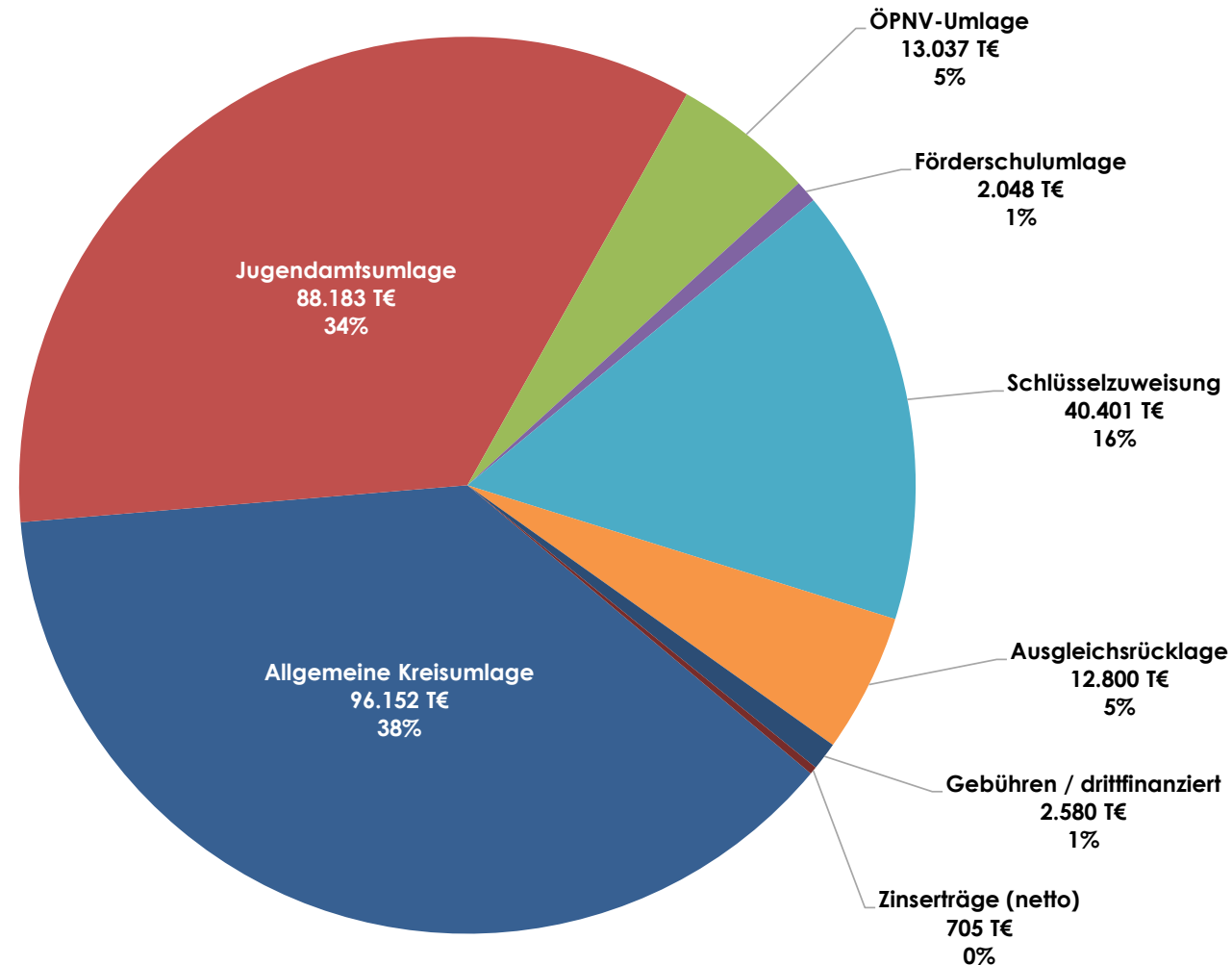


„TOP 10“

Freiwillige Leistungen

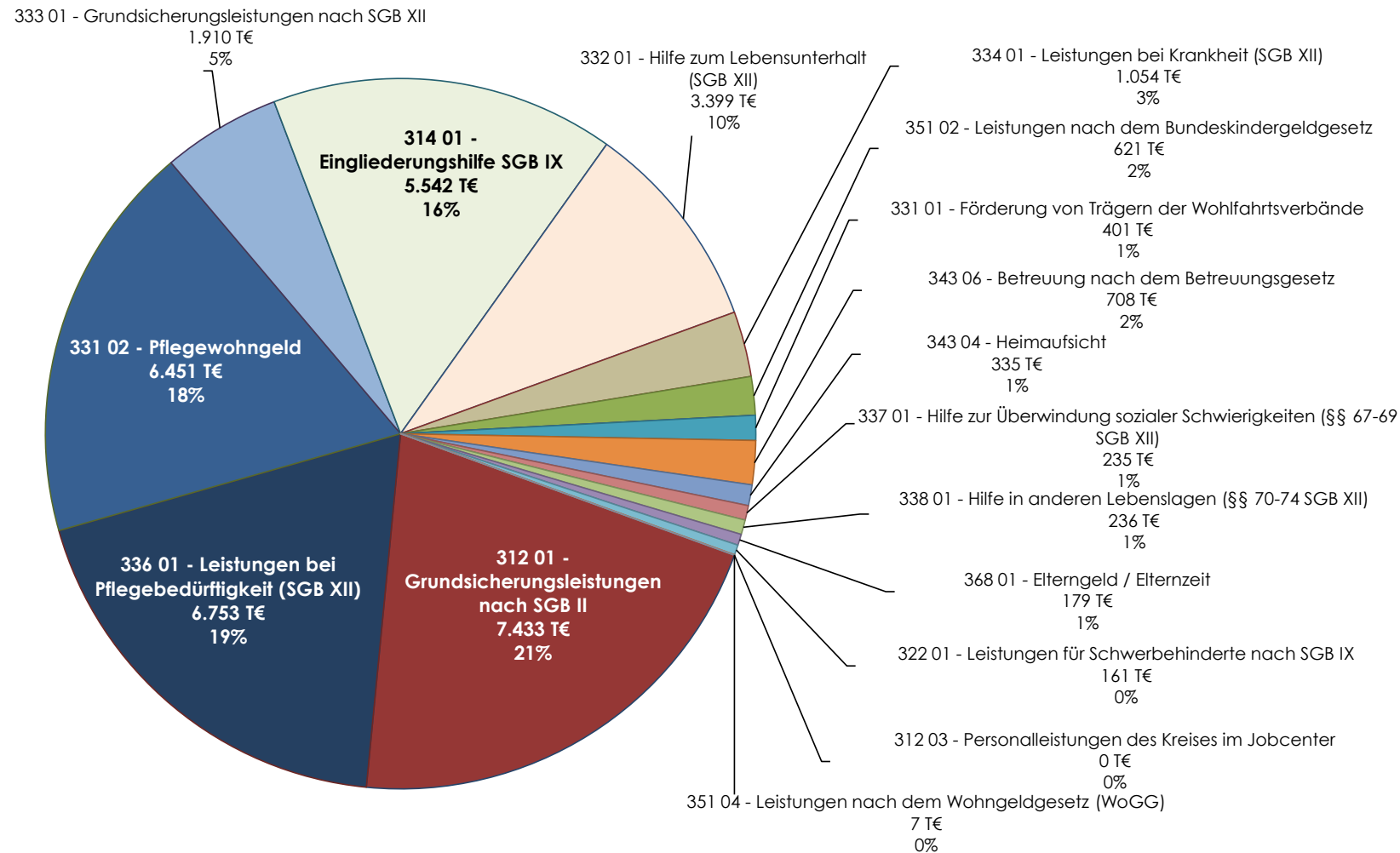


Deckung Zuschussbedarf 2024

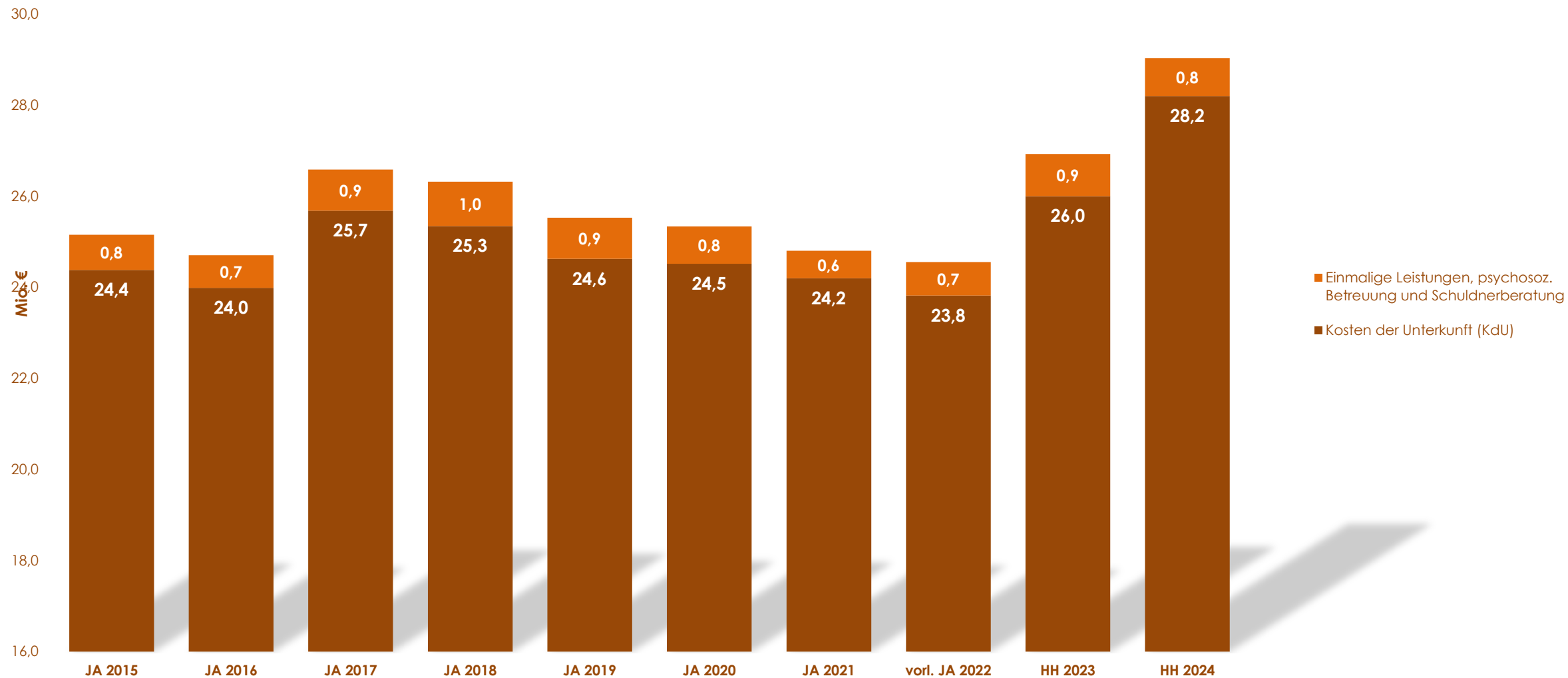


Soziales

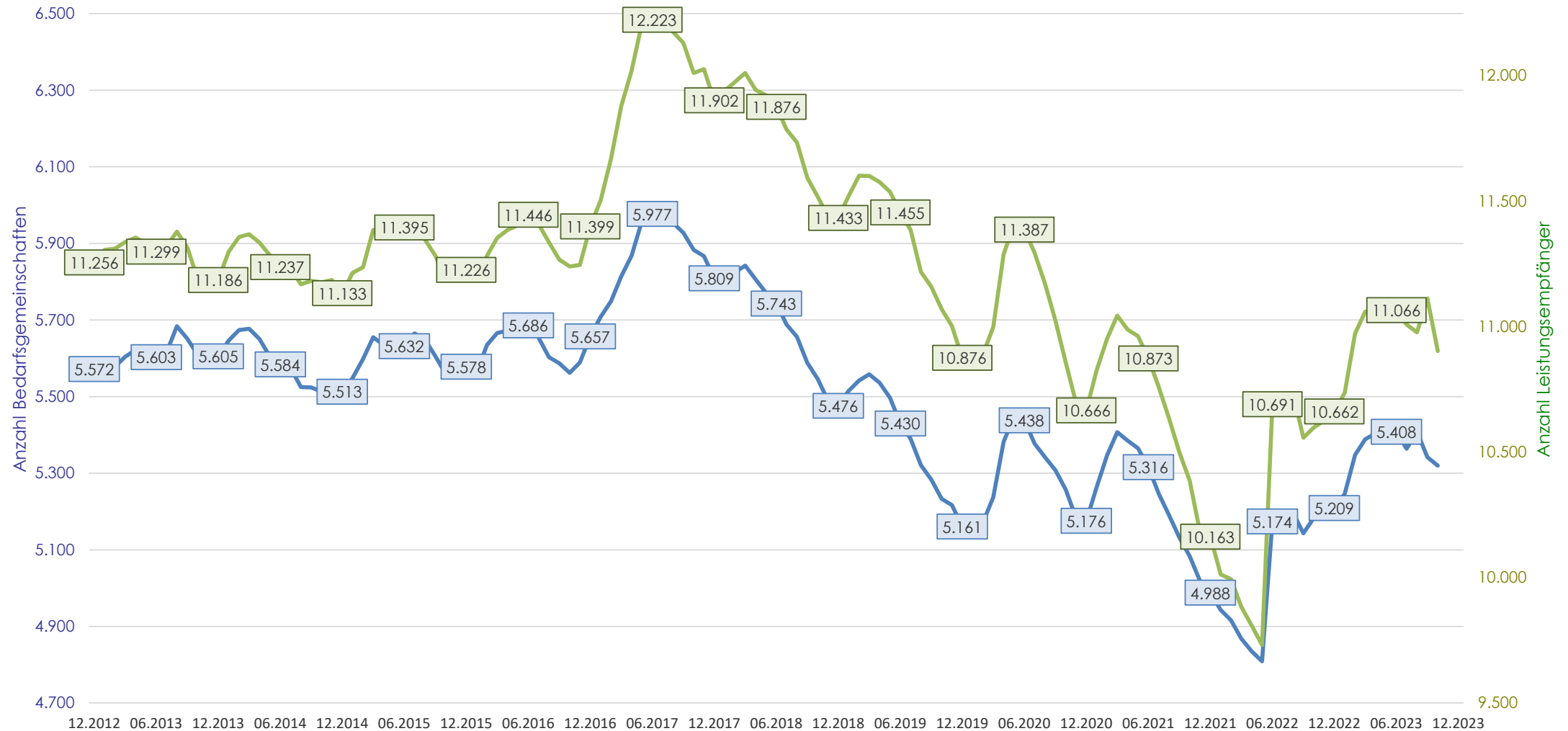
Budget 400 500 - Haushalt 2024



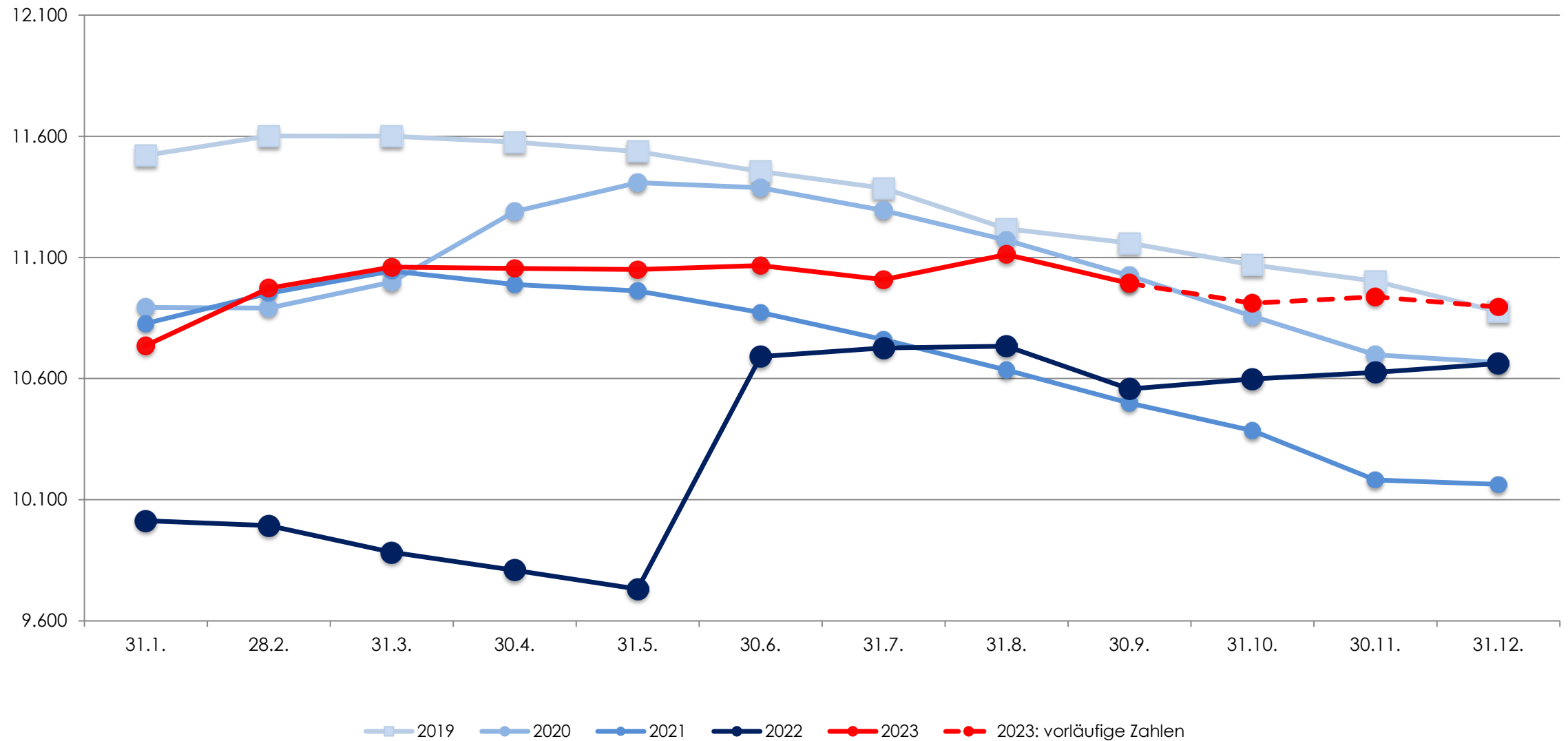
SGB II: Kosten der Unterkunft und Heizung -KdU- in Mio. €



Entwicklung Bedarfsgemeinschaften (BG) / Personen in BG (PERS)

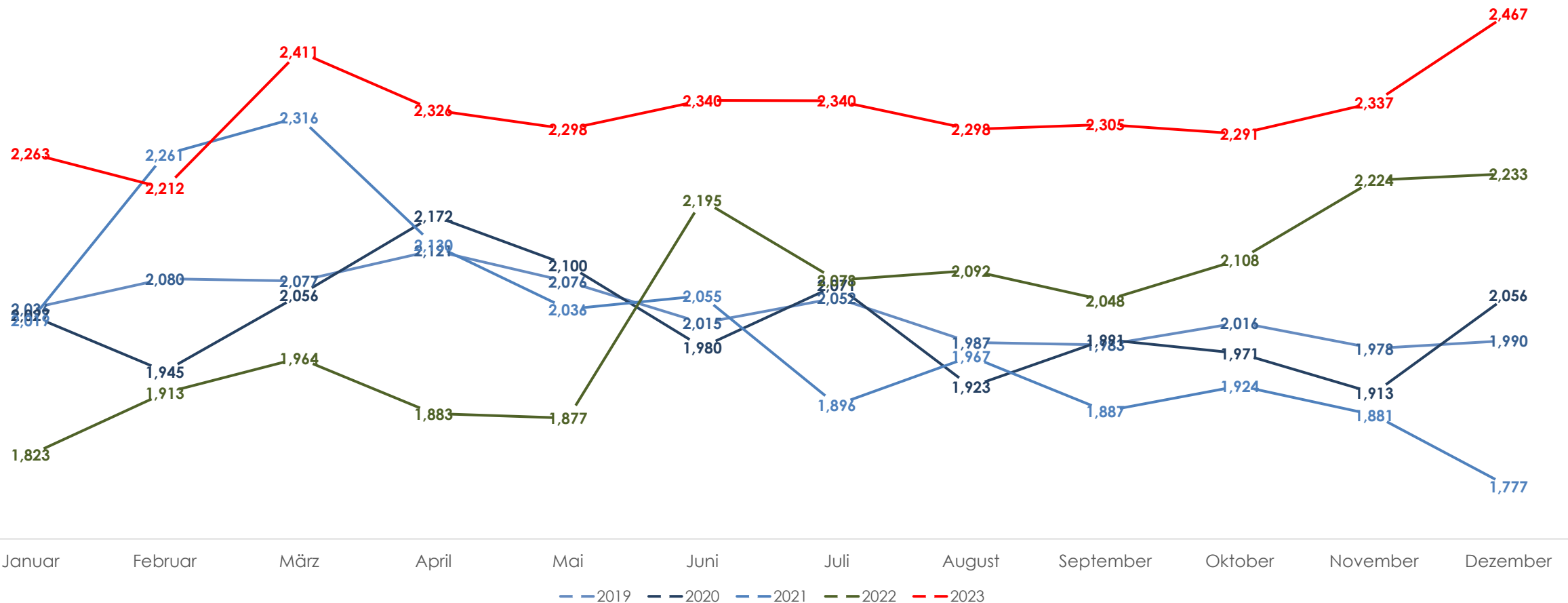


SGB II: Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften KdU (Monatsende)

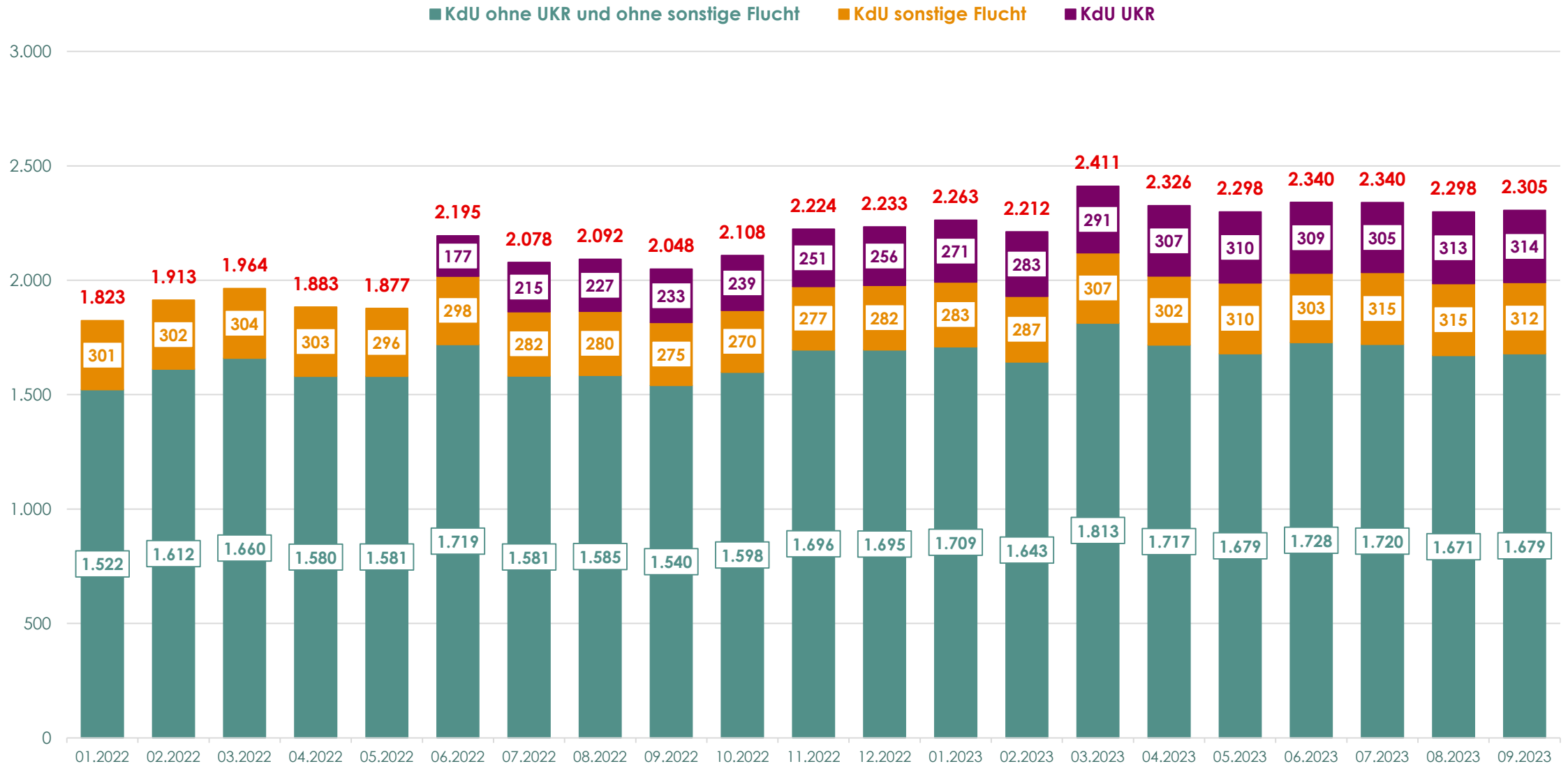


Kosten der Unterkunft nach dem SGB II

KdU Kreis Euskirchen nach Daten des MAGS NRW - Ausnahme: Dez./Jan. ab 2020 (Mio. €)



312 01: SGB II: Kosten der Unterkunft in T€



SGB II: Bundesbeteiligung KdU

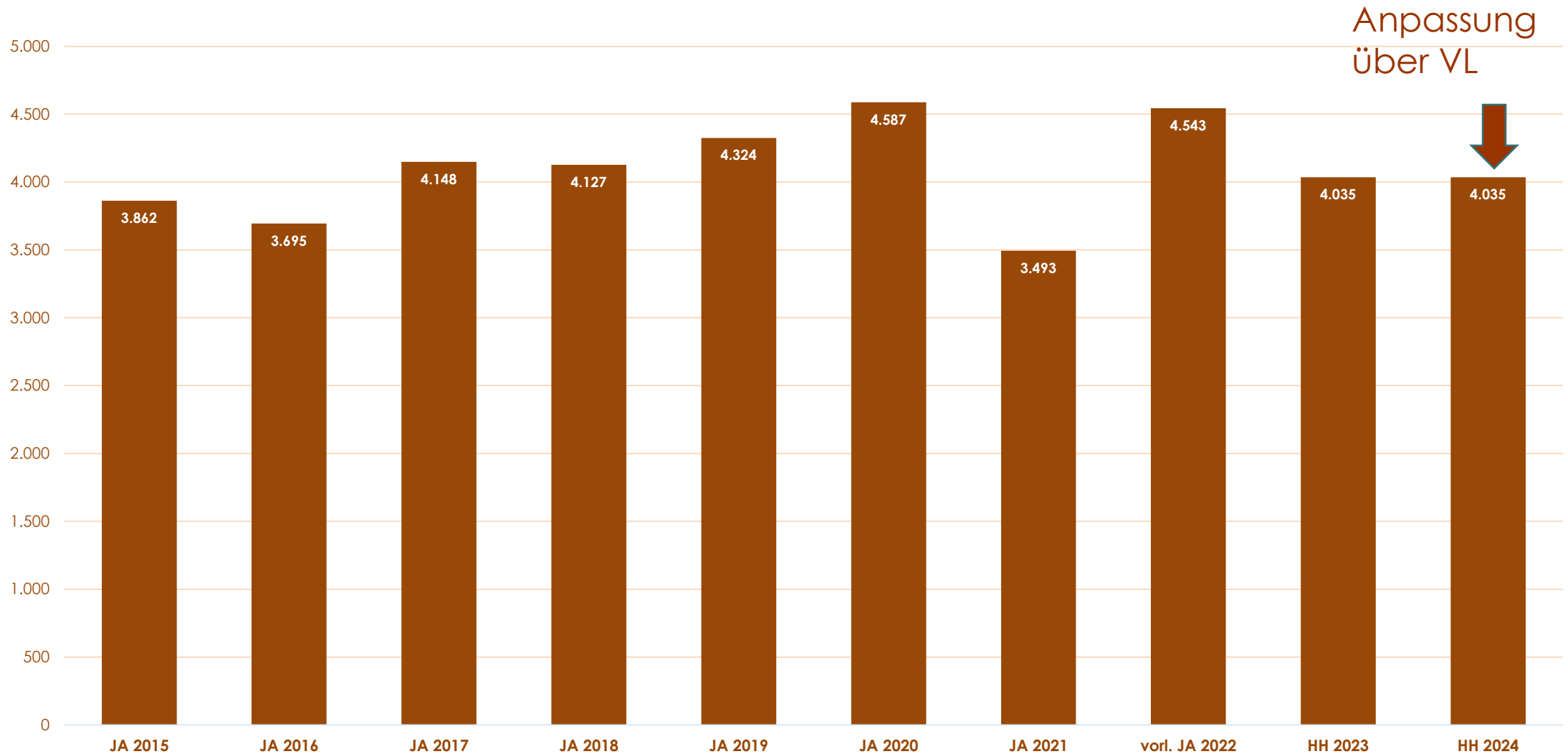
		2019	2020	2021	2022	2023	2024
Bundesbeteiligung in % der KdU	§ 46 Abs. 6 SGB II	26,4%	26,4%	26,4%	26,4%	26,4%	26,4%
<u>zzgl.:</u>							
• Leistungsaufwand Bildung und Teilhabe	§ 46 Abs. 8 SGB II	geänderte Berechnungsgrundlage					
• Verwaltungsaufwand Bildung und Teilhabe	§ 46 Abs. 6 SGB II	1,2%	1,2%	1,2%	1,2%	1,2%	1,2%
• Übergangsmilliarde / Dauerentlastung	§ 46 Abs. 7 SGB II	3,3%	27,7%	26,2%	35,2%	35,2%	35,2%
• Flüchtlingsbedingte KdU (bis 2021: § 46 Abs. 9 SGB II)	Einzelzuweisung	geänderte Berechnungsgrundlage					

2024		in %	in T€
Kosten der Unterkunft und Heizung			28.200
Bundesbeteiligung in % der KdU	§ 46 Abs. 6 SGB II	26,4%	7.445
<u>zzgl.:</u>			
• Leistungsaufwand Bildung und Teilhabe	§ 46 Abs. 8 SGB II		1.538
• Verwaltungsaufwand Bildung und Teilhabe	§ 46 Abs. 6 SGB II	1,2%	338
• Dauerentlastung	§ 46 Abs. 7 SGB II	35,2%	9.926
• Flüchtlingsbedingte KdU (bis 2021: § 46 Abs. 9 SGB II)	Einzelzuweisung		1.880

SGB II: Bundesbeteiligung flüchtlingsbedingte KdU

	Landesweit	Bescheid- datum	Betrag
MPK-Beschluss vom 7. April 2022			
1. Tranche	215,4 Mio. €	10.05.2022	409.377,11 €
Korrektur 1. Tranche (413.195,06 €)		27.06.2022	3.817,95 €
2. Tranche	107,7 Mio. €	27.06.2022	205.919,63 €
3. Tranche	107,7 Mio. €	23.12.2022	205.919,63 €
MPK-Beschluss vom 2. November 2022			
Anteil 2022	161,5 Mio. €	23.12.2022	794.482,96 €
Anteil 2023	593 Mio. €	13.11.2023	2.461.584,90 €
MPK-Beschluss vom 10. Mai 2023			
Bundesmittel	115 Mio. €	13.11.2023	477.373,13 €
Digitalisierung Ausländerbehörden	100 Mio. €	11.12.2023	464.160,13 €

SGB II: Verteilung Wohngeldersparnis

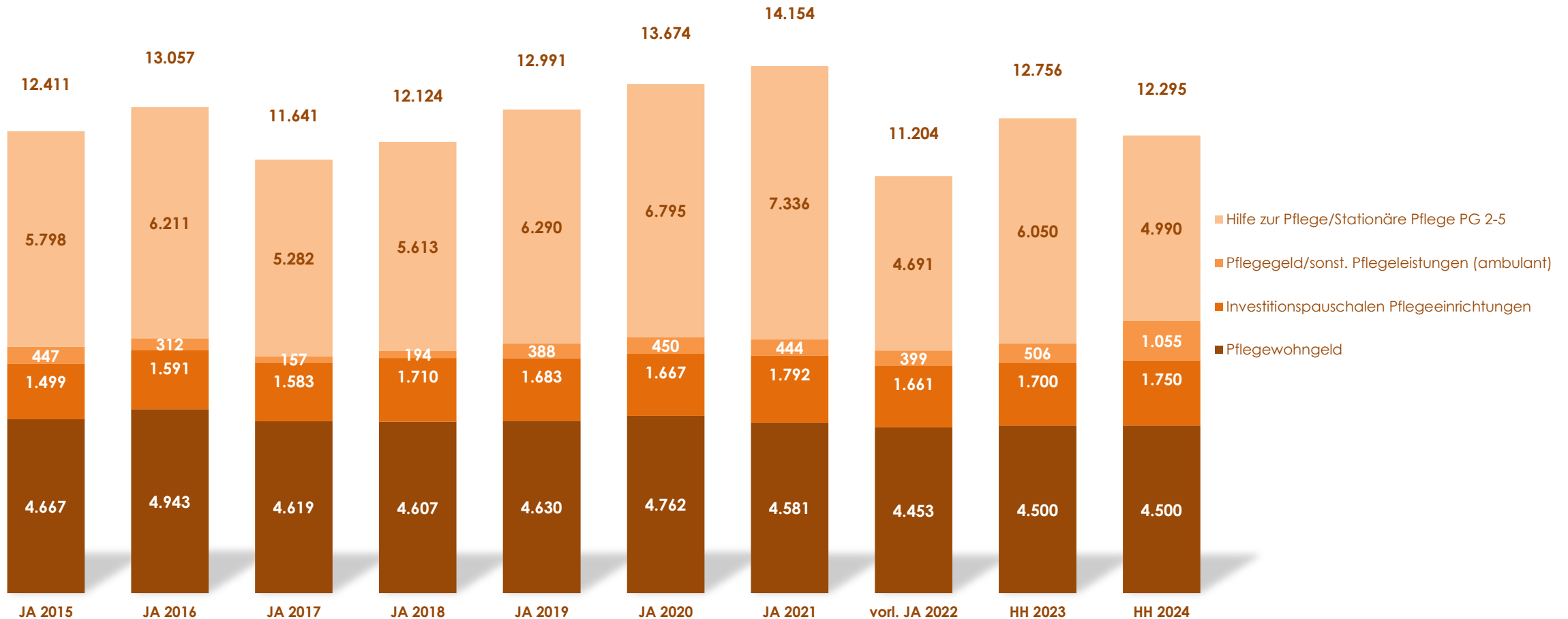


SGB II: Zusammenfassung der wesentlichen Positionen

Überblick 312 01 (in Tsd. €)	JA 2019	JA 2020	JA 2021	vorl. JA 2022	HH 2023	HH 2024	Diff. HH 24/HH 23
312 01: Kosten der Unterkunft SGB II	24.624	24.517	24.197	23.817	26.000	28.200	+ 2.200
312 01: Einmalige Leistungen SGB II	626	558	423	476	645	495	- 150
312 01: Psychosoz. Betreuung SGB II	150	82	53	143	100	145	+ 45
312 01: Erstattung Personal- und Sachkostenanteil (KFA-Anteil)	1.959	1.996	2.066	2.189	2.350	2.468	+ 118
312 01: Bundesbeteiligung (ohne BuT/Ü-Mrd.)	-6.465	-6.122	-6.394	-6.382	-6.864	-7.445	- 581
312 01: Bundesbeteiligung Übergangsmrd./Dauerentl.	-275	-6.424	-6.345	-8.510	-9.152	-9.926	- 774
312 01: Bundesbeteiligung flüchtlingsbedingt	-3.916	-3.283	-3.008	0	-1.880	-1.880	+ 0
312 01: Landeszuweisung Wohngeldersparnis	-4.324	-4.587	-3.493	-4.543	-4.035	-4.035	+ 0
Summe	12.379	6.736	7.500	7.189	7.164	8.021	+ 857

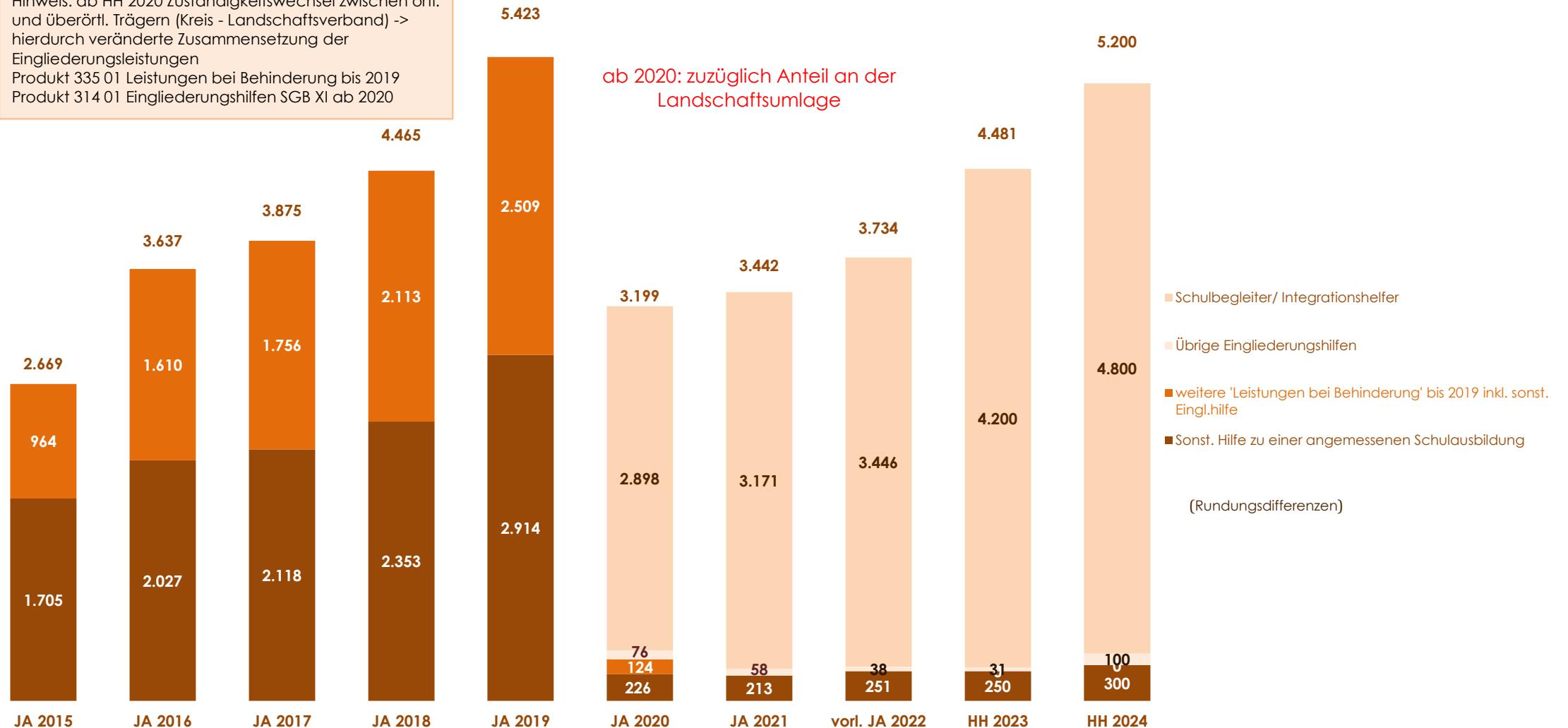


331 02 / 336 01: Pflegewohngeld u. Hilfe zur Pflege

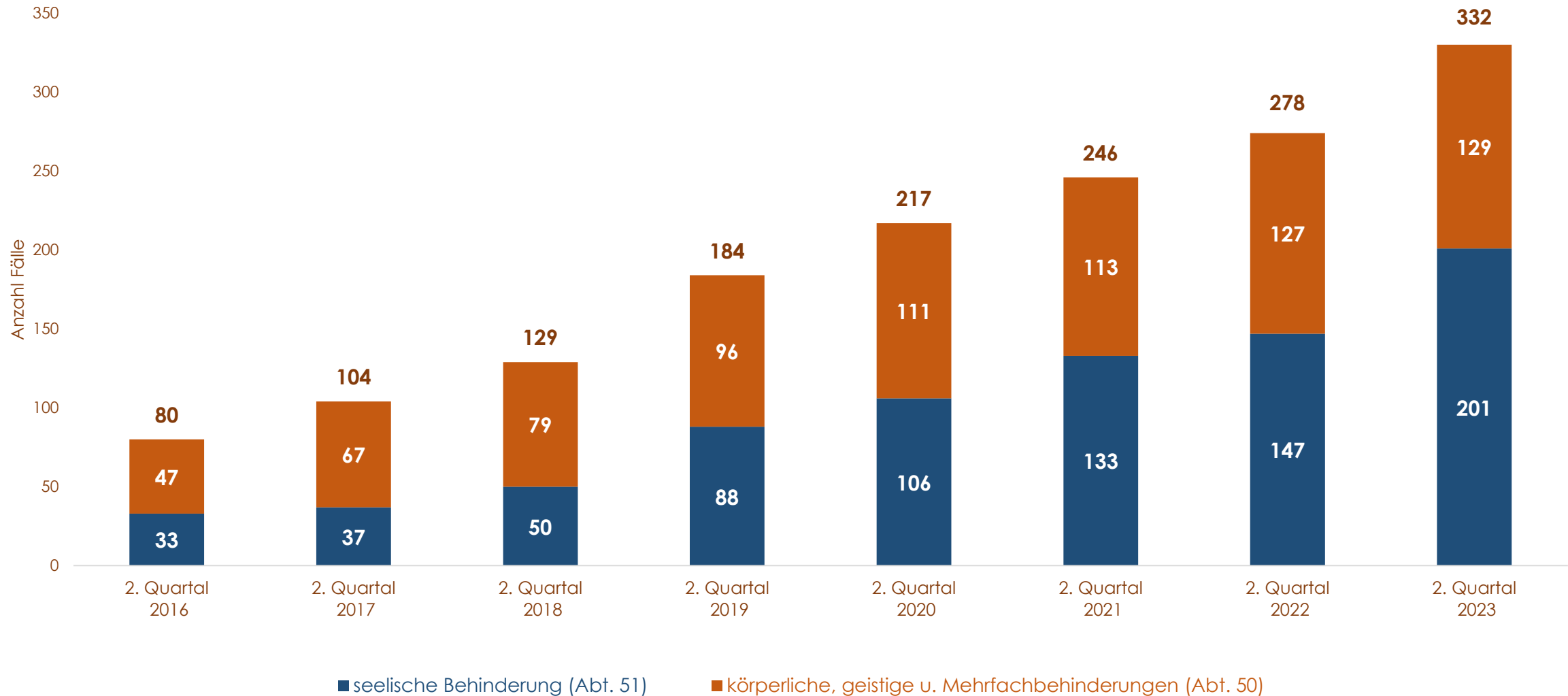


314 01: Eingliederungsleistungen

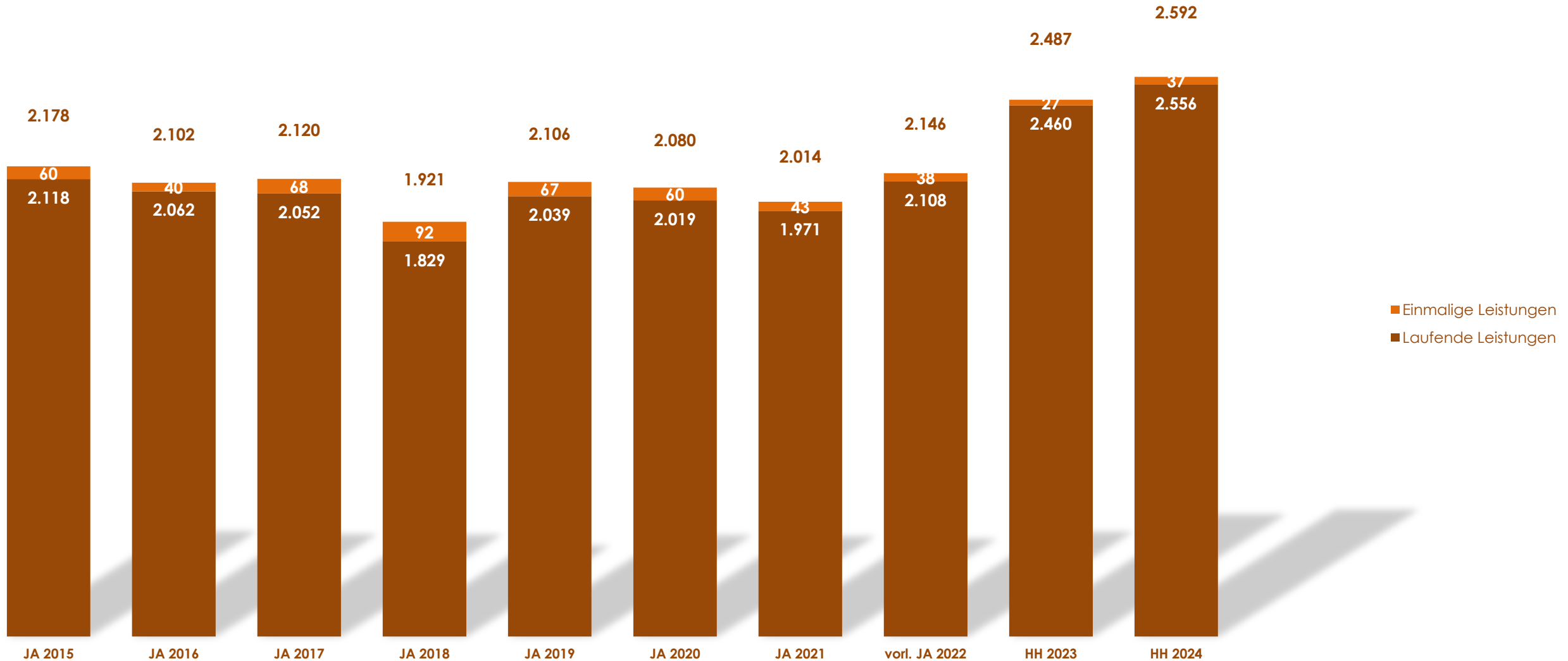
Hinweis: ab HH 2020 Zuständigkeitswechsel zwischen örtl. und überörtl. Trägern (Kreis - Landschaftsverband) -> hierdurch veränderte Zusammensetzung der Eingliederungsleistungen
Produkt 335 01 Leistungen bei Behinderung bis 2019
Produkt 314 01 Eingliederungshilfen SGB XI ab 2020



Entwicklung Integrationshilfen an Schulen (363 09 u. 314 01)



SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt



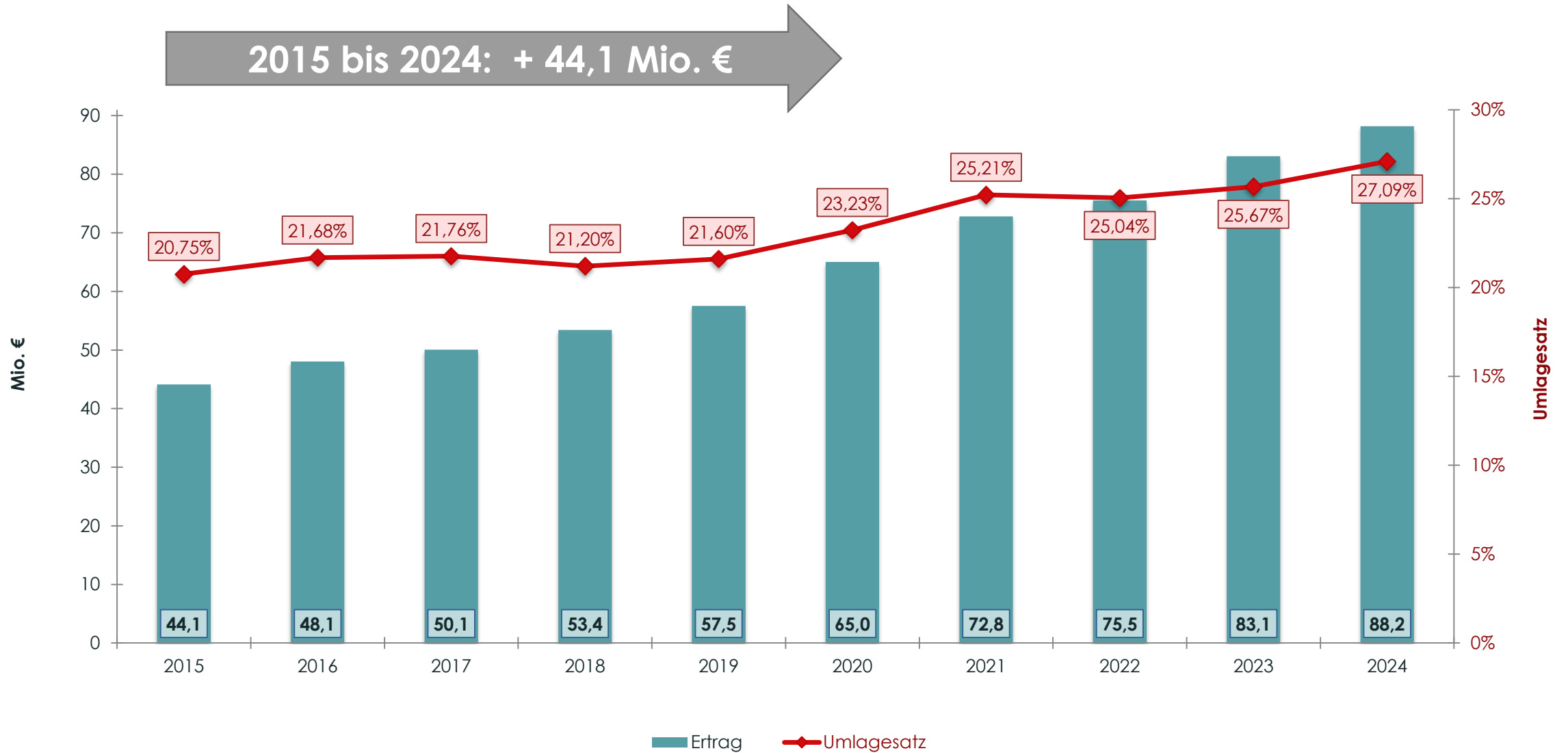
Zusammenfassung der wesentlichen Leistungen der Abt. 50

Transferleistungen Abt. 50 - in T€	JA 2019	JA 2020	JA 2021	vorl. JA 2022	HH 2023	HH 2024	Diff. HH 24/HH 23
312 01: Kosten der Unterkunft SGB II	24.624	24.517	24.197	23.817	26.000	28.200	+ 2.200
312 01: Einmalige Leistungen und psychosoz. Betreuung SGB II	776	640	476	619	745	640	- 105
312 01: Bundesbeteiligung (ohne BuT/Ü-Mrd.)	-6.465	-6.122	-6.394	-6.382	-6.864	-7.445	- 581
312 01: Bundesbeteiligung Übergangsmilliarde/Dauerentlastg.	-275	-6.424	-6.345	-8.510	-9.152	-9.926	- 774
312 01: Bundesbeteiligung flüchtlingsbedingt	-3.916	-3.283	-3.008	0	-1.880	-1.880	+ 0
312 01: Landeszuweisung Wohngeldersparnis	-4.324	-4.587	-3.493	-4.543	-4.035	-4.035	+ 0
331 02: Pflege Wohngeld	4.630	4.762	4.581	4.453	4.500	4.500	+ 0
331 02: Investitionspauschalen Pflegeeinrichtungen	1.683	1.667	1.792	1.661	1.700	1.750	+ 50
336 01: Hilfe zur Pflege	6.290	6.795	7.336	4.691	6.050	4.990	- 1.060
336 01: Pflegegeld/sonst. Pflegeleistungen	388	450	444	399	506	1.055	+ 550
332 01: Hilfe zum Lebensunterhalt	2.106	2.080	2.014	2.146	2.487	2.592	+ 106
314 01: Schulbegleiter/Integrationshelfer	0	2.898	3.171	3.446	4.200	4.800	+ 600
314 01: Übrige Eingliederungshilfen SGB XI (ab 2020)	0	302	271	288	281	400	+ 119
334 01: Krankenhilfe	286	365	134	864	975	963	- 13
Summe	31.226	24.181	25.178	22.949	25.512	26.603	+ 1.091



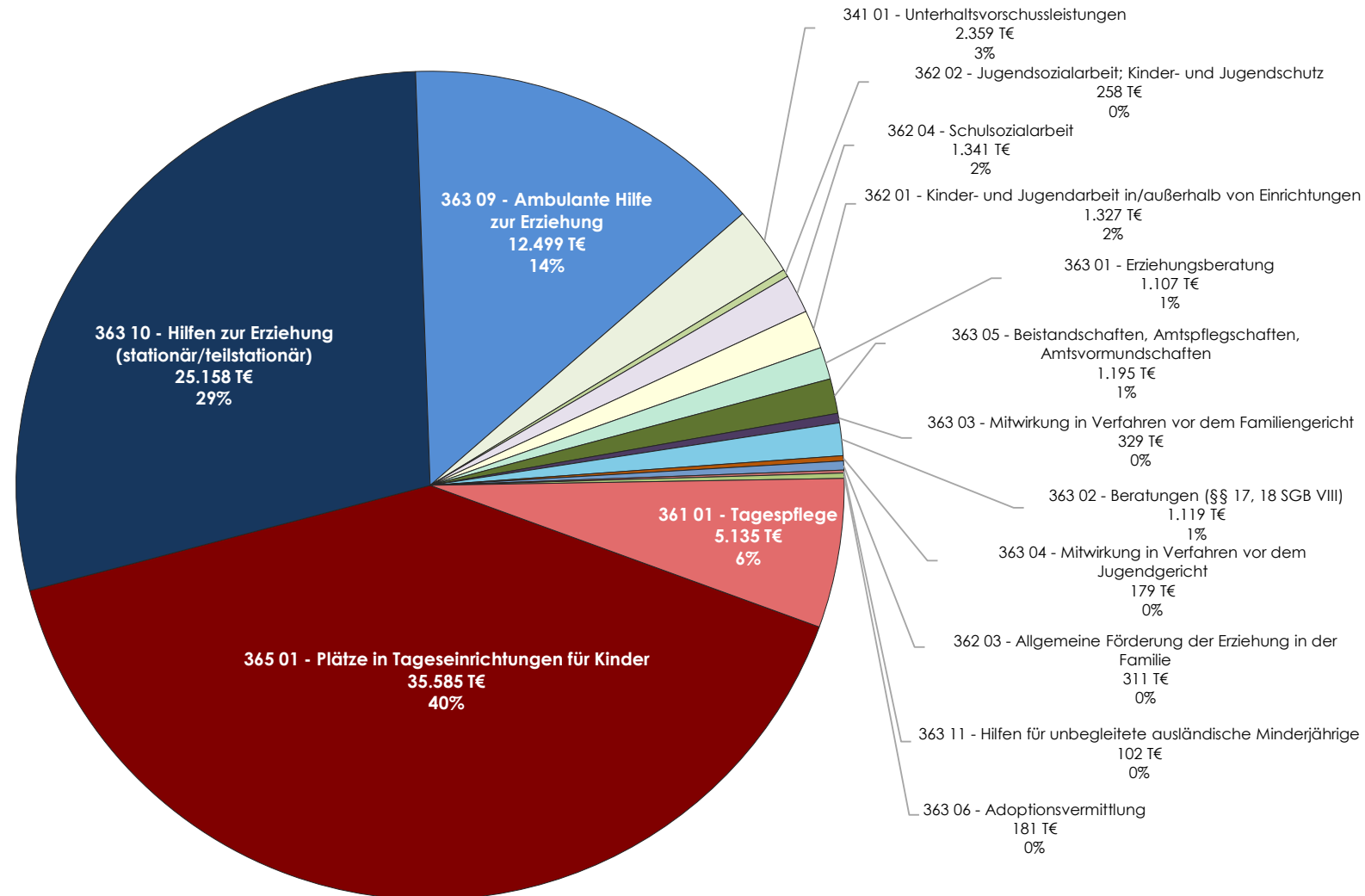
Jugend

Jugendamtsumlage

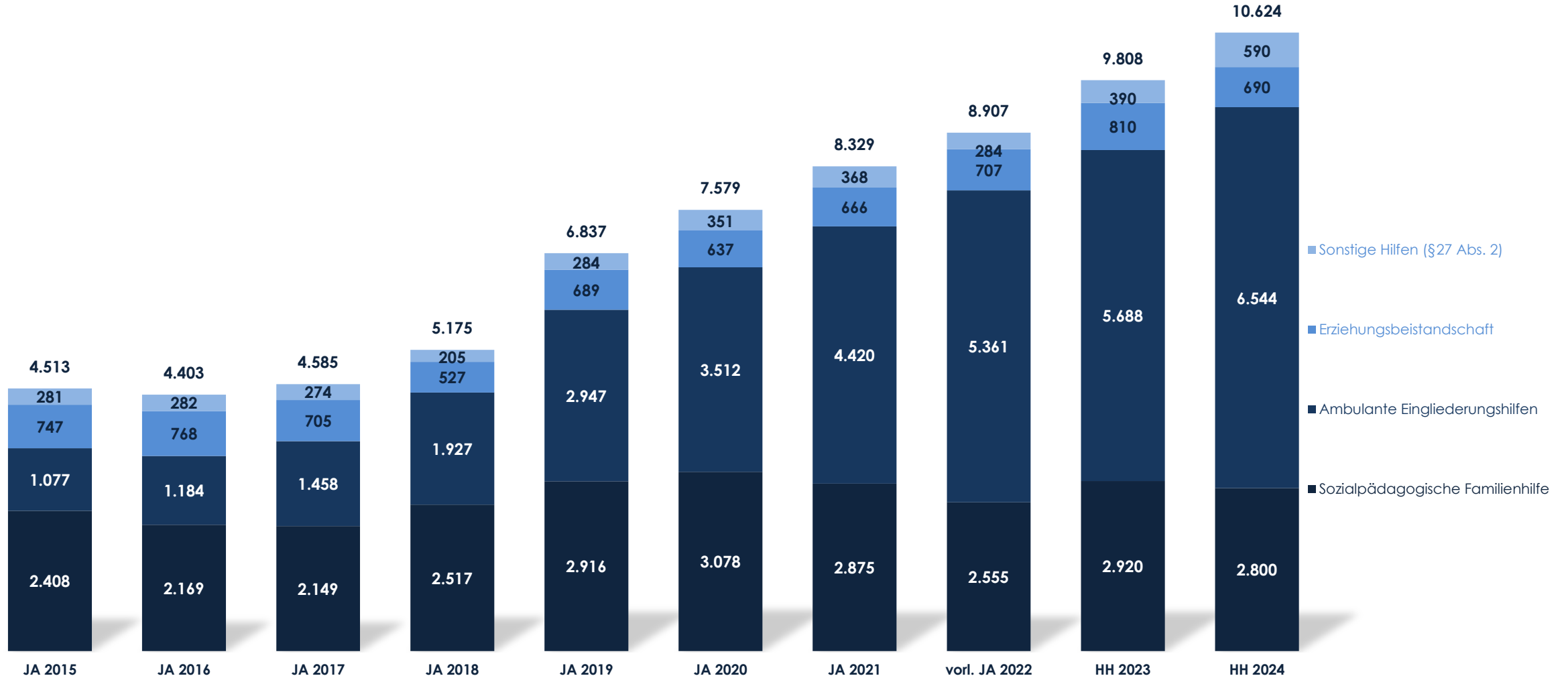


Budget 200 510 Jugend - Überblick

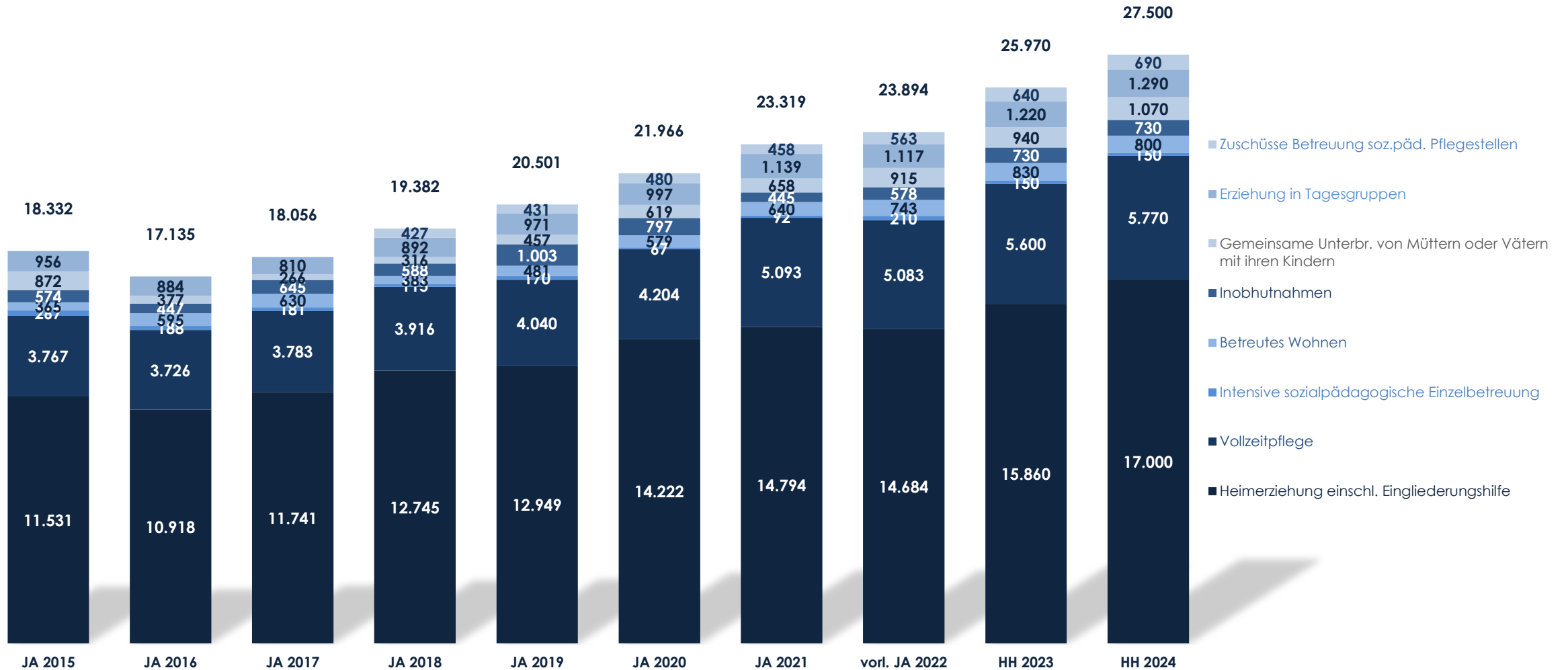
Budget 200 510 - Haushalt 2024



Jugend: Ambulante Hilfen zur Erziehung

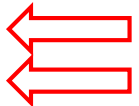


Jugend: Stationäre Hilfen zur Erziehung

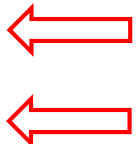


Jugend: Hilfen zur Erziehung

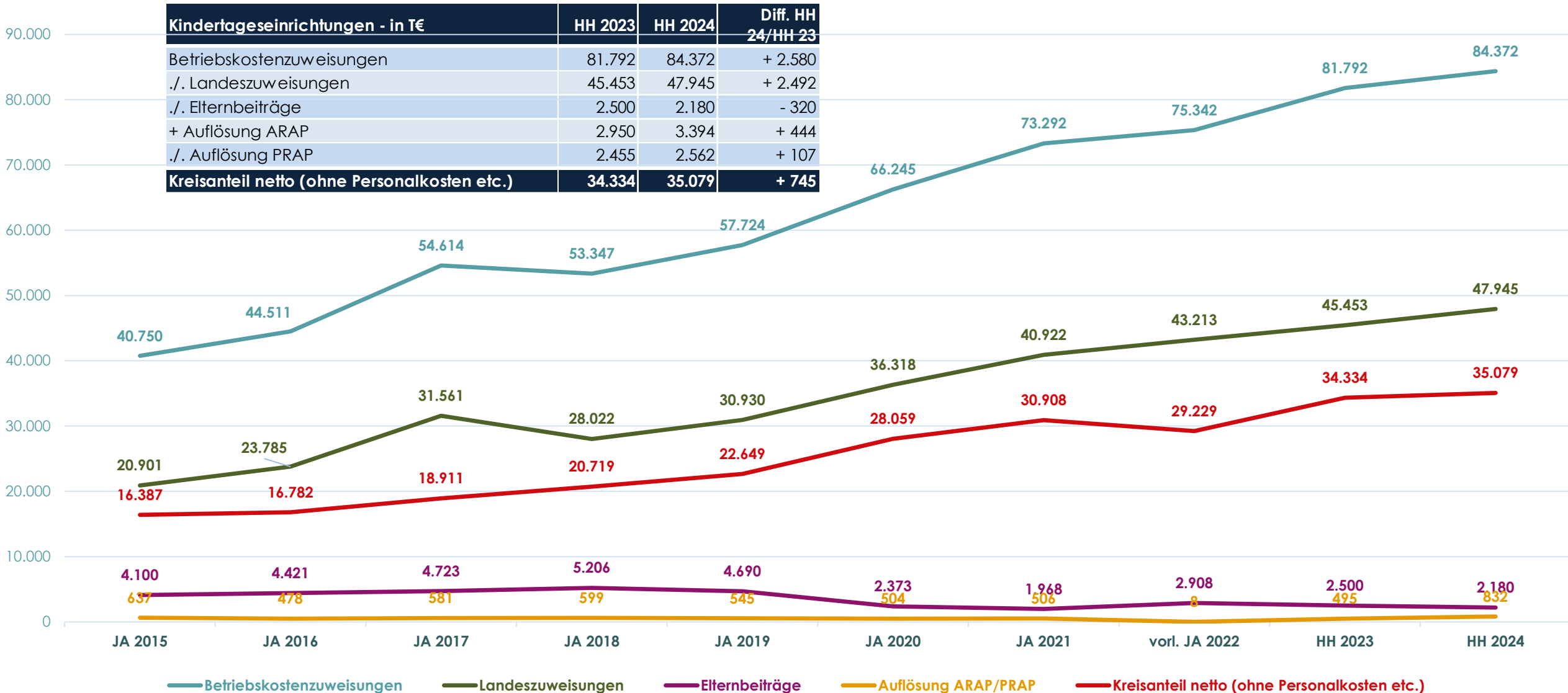
Hilfeart (stationär) - in T€	JA 2019	JA 2020	JA 2021	vorl. JA 2022	HH 2023	HH 2024	Diff. HH 24/HH 23
Heimerziehung	11.931	13.062	13.055	13.416	14.400	15.800	+ 1.400
Eingliederungshilfe (Heimerziehung)	1.018	1.160	1.739	1.268	1.460	1.200	- 260
Vollzeitpflege	4.040	4.204	5.093	5.083	5.600	5.770	+ 170
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	170	67	92	210	150	150	+ 0
Betreutes Wohnen	481	579	640	743	830	800	- 30
Inobhutnahmen	1.003	797	445	578	730	730	+ 0
Gemeinsame Unterbr. v von Müttern oder Vätern mit ihren Kindern	457	619	658	915	940	1.070	+ 130
Betreuung in Pflegefamilien/Zuschüsse sozialpäd. Pflegestellen	431	480	458	563	640	690	+ 50
Erziehung in Tagesgruppen	971	997	1.139	1.117	1.220	1.290	+ 70
Summe	20.501	21.966	23.319	23.894	25.970	27.500	+ 1.530



Hilfeart (ambulant) - in T€	JA 2019	JA 2020	JA 2021	vorl. JA 2022	HH 2023	HH 2024	Diff. HH 24/HH 23
Sozialpädagogische Familienhilfe	2.916	3.078	2.875	2.555	2.920	2.800	- 120
Ambulante Eingliederungshilfen	2.947	3.512	4.420	5.361	5.688	6.544	+ 856
Erziehungsbeistandschaft	689	637	666	707	810	690	- 120
Sonstige Hilfen	284	351	368	284	390	590	+ 200
Summe	6.837	7.579	8.329	8.907	9.808	10.624	+ 816

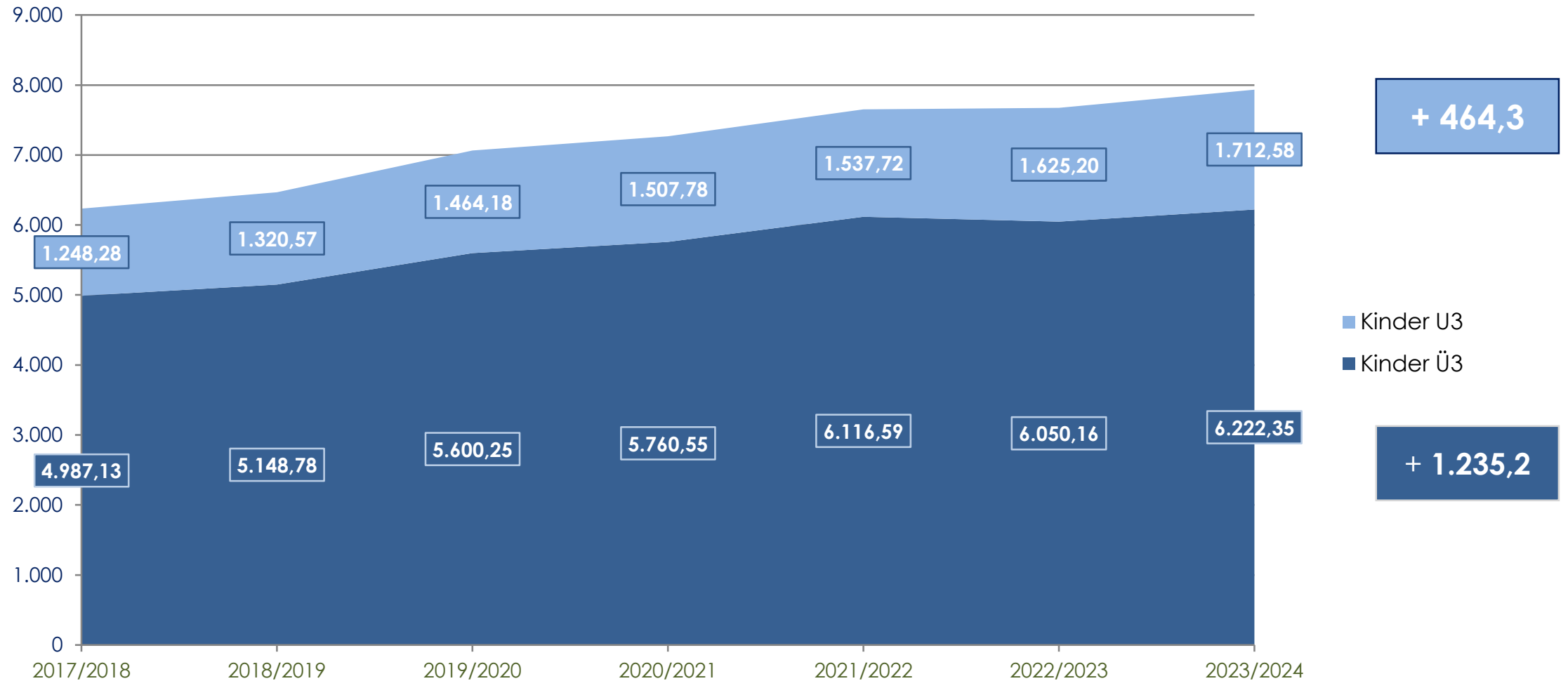


Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder (I)

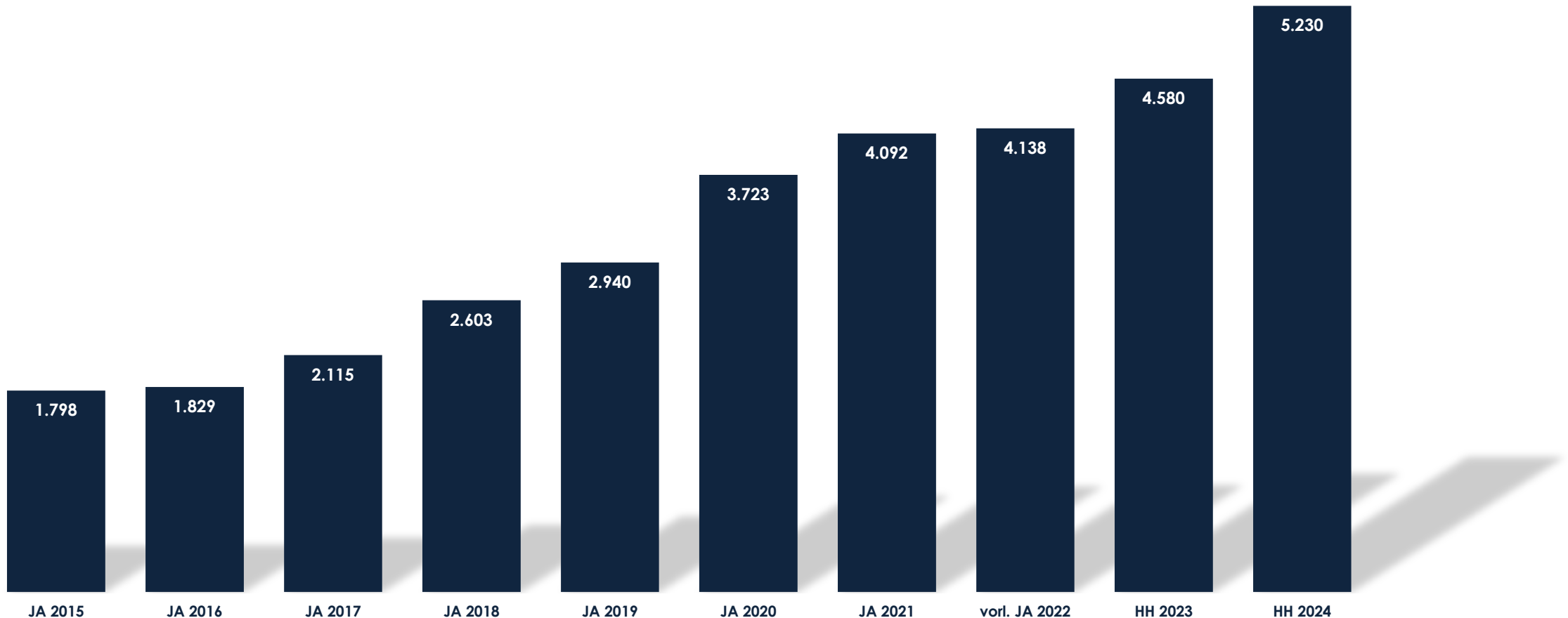


Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder (II)

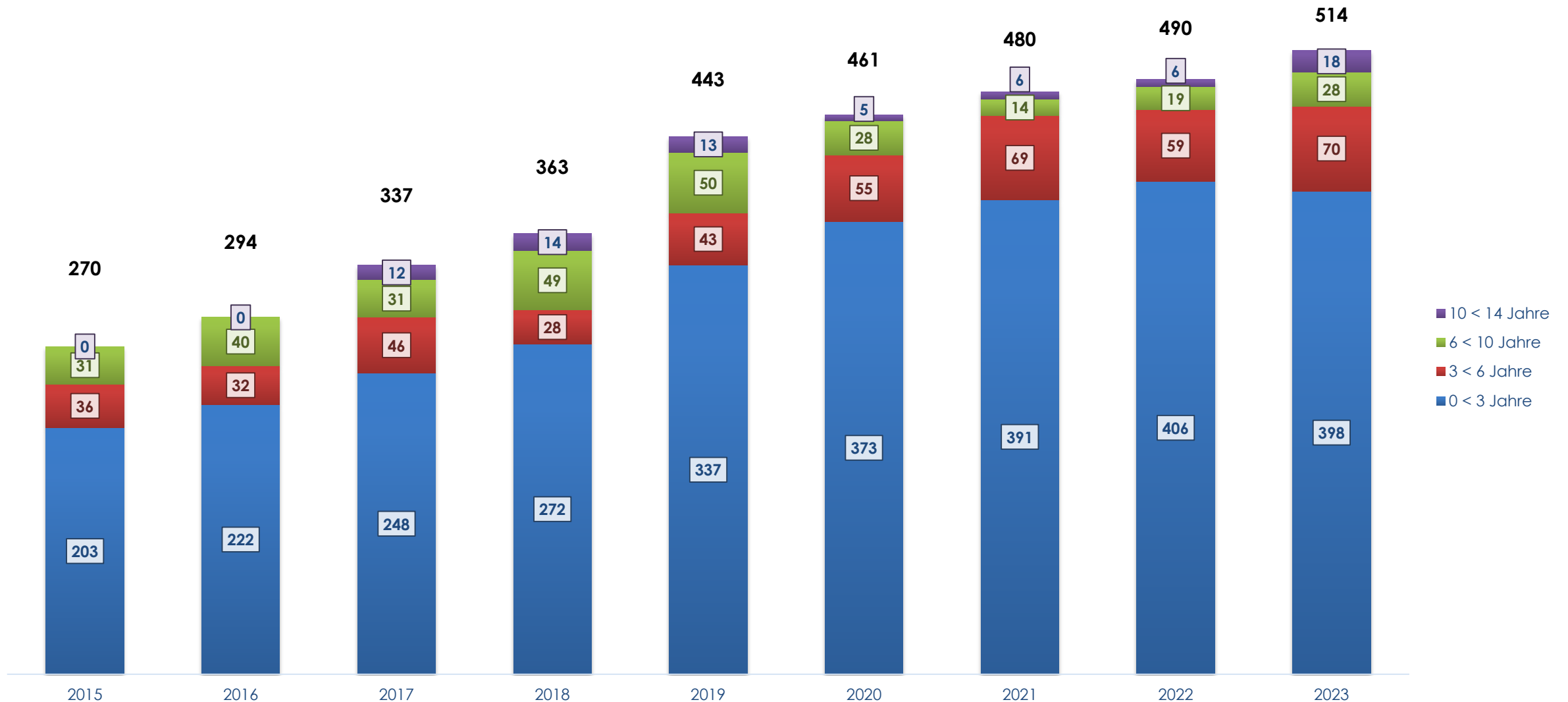
Aufteilung U 3 / Ü 3



Förderung v. Kindern in Tagespflege (in Produkt 361 01)



Produkt 361 01: Anzahl Kinder in Tagespflege am 31.12.



Überblick über den wesentlichen Transferaufwand Jugend

Abt. 51 - in T€	JA 2019	JA 2021	vorl. JA 2022	HH 2023	HH 2024	Diff. HH 24/HH 23
Stationäre Hilfen	20.501	23.319	23.894	25.970	27.500	+ 1.530
Ambulante Hilfen	6.837	8.329	8.907	9.808	10.624	+ 816
Kindertageseinrichtungen (netto)	22.649	30.908	29.229	34.334	35.079	+ 745
Tagespflege	2.940	4.092	4.138	4.580	5.230	+ 650
Summe	52.927	66.648	66.168	74.692	78.433	+ 3.741

Gesamtschau Jugendamtsumlage

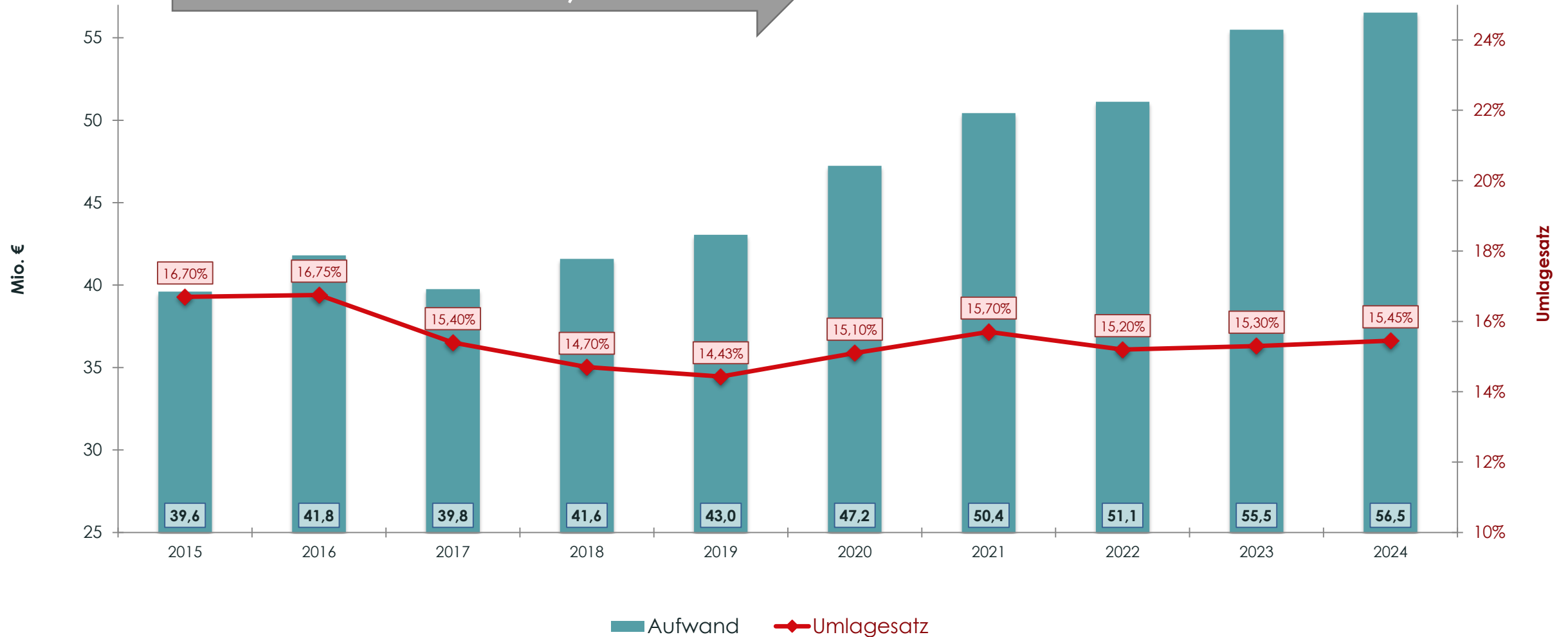
Budgetziffer	Produkt	2023	2024	Diff. 24/23
300 510 001	341 01 - Unterhaltsvorschussleistungen	2.296.900	2.358.700	+ 61.800
300 510 001	363 01 - Erziehungsberatung	982.700	1.106.800	+ 124.100
300 510 001	363 02 - Beratungen (§§ 17, 18 SGB VIII)	1.085.900	1.118.800	+ 32.900
300 510 001	363 03 - Mitwirkung in Verfahren vor dem Familiengericht	283.100	329.000	+ 45.900
300 510 001	363 04 - Mitwirkung in Verfahren vor dem Jugendgericht	280.500	179.300	- 101.200
300 510 001	363 05 - Beistandschaften, Amtspflegschaften, Amtsvormundschaften	887.800	1.194.900	+ 307.100
300 510 001	363 06 - Adoptionsvermittlung	100.000	181.300	+ 81.300
300 510 002	362 01 - Kinder- und Jugendarbeit in/außerhalb von Einrichtungen	1.173.300	1.327.300	+ 154.000
300 510 002	362 02 - Jugendsozialarbeit; Kinder- und Jugendschutz	277.700	258.300	- 19.400
300 510 002	362 04 - Schulsozialarbeit	874.000	1.340.500	+ 466.500
300 510 002	362 03 - Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	360.600	310.900	- 49.700
300 510 003	363 09 - Ambulante Hilfe zur Erziehung	11.430.400	12.498.800	+ 1.068.400
300 510 003	363 10 - Hilfen zur Erziehung (stationär/teilstationär)	23.825.900	25.157.600	+ 1.331.700
300 510 003	363 11 - Hilfen für unbegleitete ausländische Minderjährige	170.100	101.600	- 68.500
300 510 004	361 01 - Tagespflege	4.147.700	5.134.600	+ 986.900
300 510 004	365 01 - Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder	34.906.100	35.584.600	+ 678.500
Summe		83.082.700	88.183.000	+ 5.100.300



Landschaftsumlage

Landschaftsumlage

2015 bis 2024: + 16,9 Mio. €



Personal

Personal- und Versorgungsaufwand (I)

	2023	2024	Differenz
Zeile 11 - Personalaufwendungen	74.968.500	77.896.700	+ 2.928.200
Zeile 12 - Versorgungsaufwendungen	6.850.000	6.696.300	- 153.700
	81.818.500	84.593.000	+ 2.774.500

zu erläutern: Differenz 2023/2024

2,8 Mio. €

zzgl. zu hoch kalkulierter Tarifierhöhungen 2023

2,5 Mio. €

1. Finanzierung über Allgemeine Kreisumlage	2.316.800
2. Finanzierung über Jugendamtszulage	1.330.400
3. Gebühren-/drittfINANZIerte Aufwendungen, ggf. anteilig	1.627.300
Summe	5.274.500

Personal- und Versorgungsaufwand (II)

	Allg. Umlage	Jugendamtsumlage	Drittfinanziert	Summe	Anteil
Tarif- und Besoldungserhöhung, Rückstellungen, diverses	1.362.300	948.200	1.112.800	3.423.300	65%
Personalveränderungen aus dem Vorjahr	609.900	260.200	299.800	1.169.900	22%
Neu laut Stellenplan 2024	304.300	122.000	34.200	460.500	9%
Neue Zeitverträge 2024	40.300	0	180.500	220.800	4%
Summe	2.316.800	1.330.400	1.627.300	5.274.500	100%
Anteil	44%	25%	31%		

einschl. pauschaler Reduktion um

0,9 Mio. €

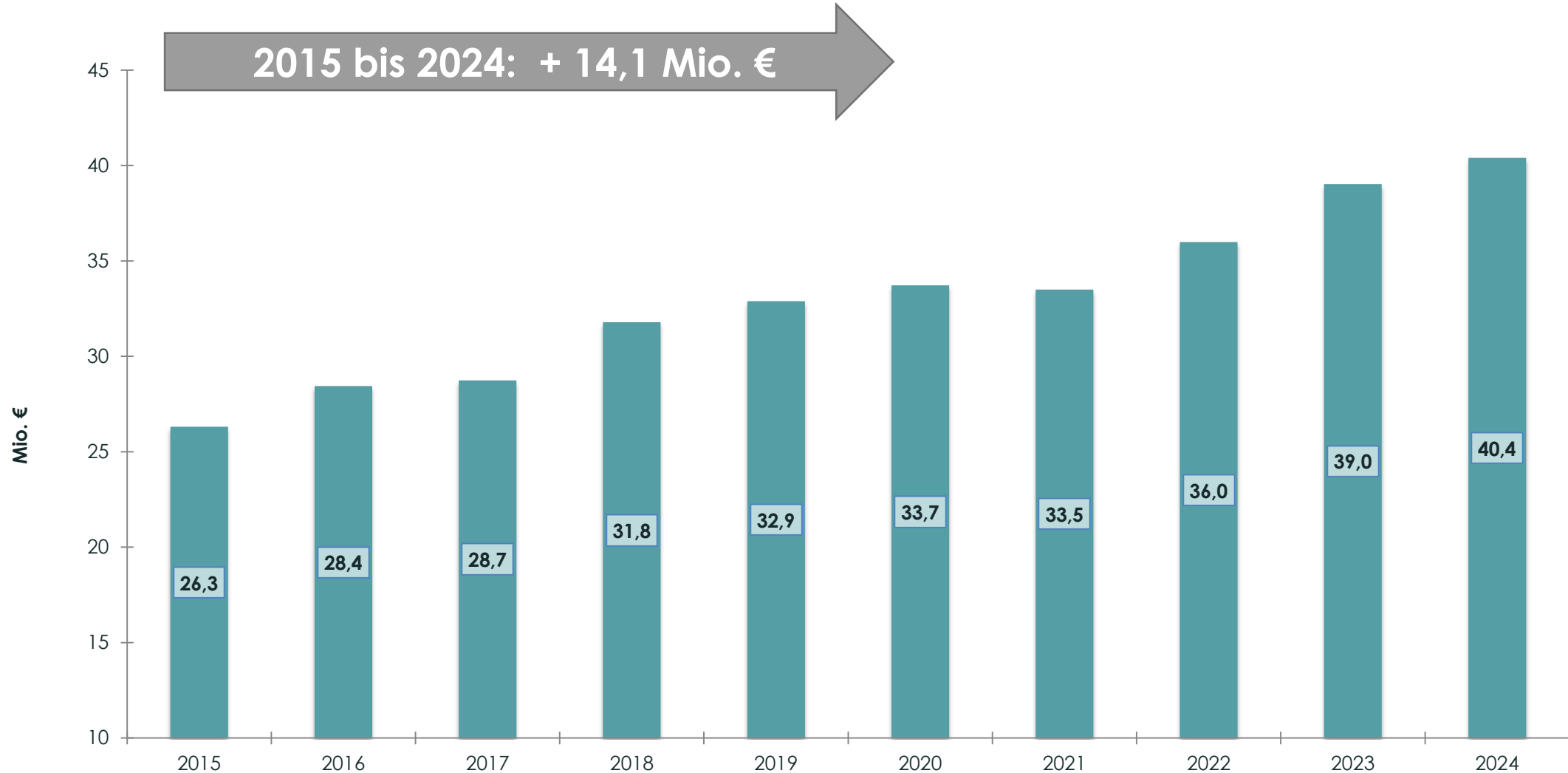
zu erläutern: Differenz 2023/2024
zzgl. zu hoch kalkulierter Tarifierhöhungen 2023

2,8 Mio. €
2,5 Mio. €



Schlüsselzuweisungen

Schlüsselzuweisungen

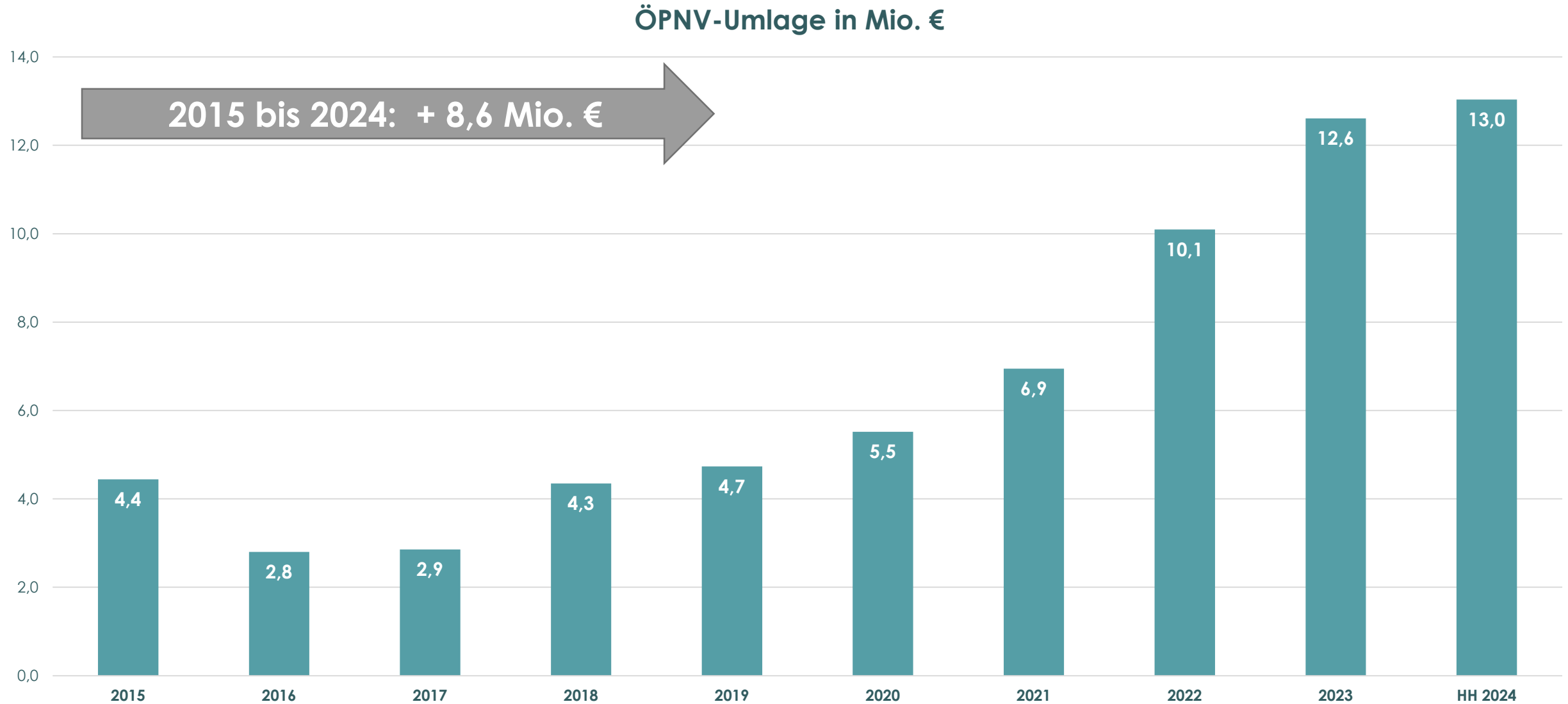


Differenzierte Umlagen

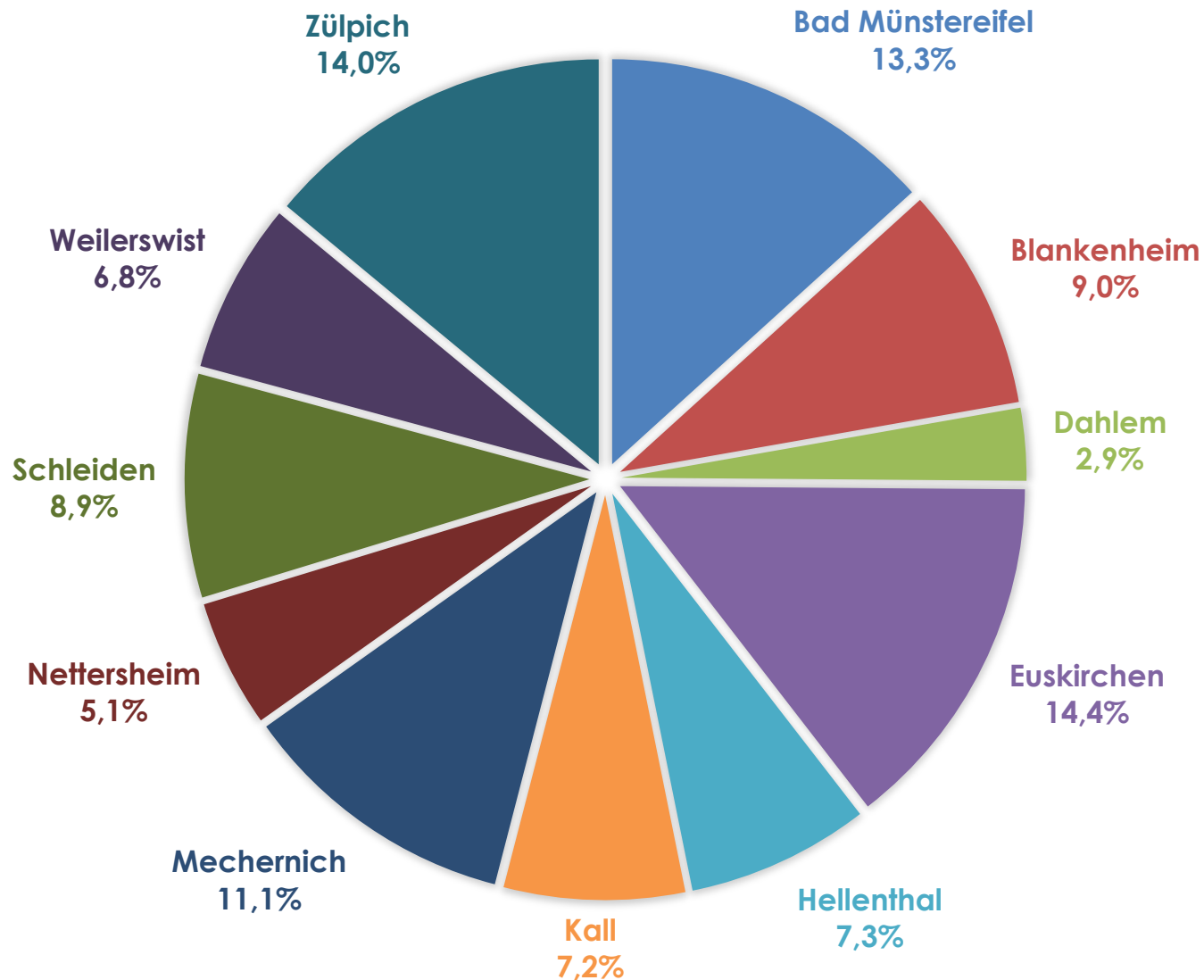
Neben allgemeiner und Jugendamtsumlage erhebt der Kreis Euskirchen zwei sogenannte Mehrbelastungen:

- a. ÖPNV-Umlage
- b. Förderschulumlage

Entwicklung der ÖPNV-Umlage



ÖPNV-Umlage (I)



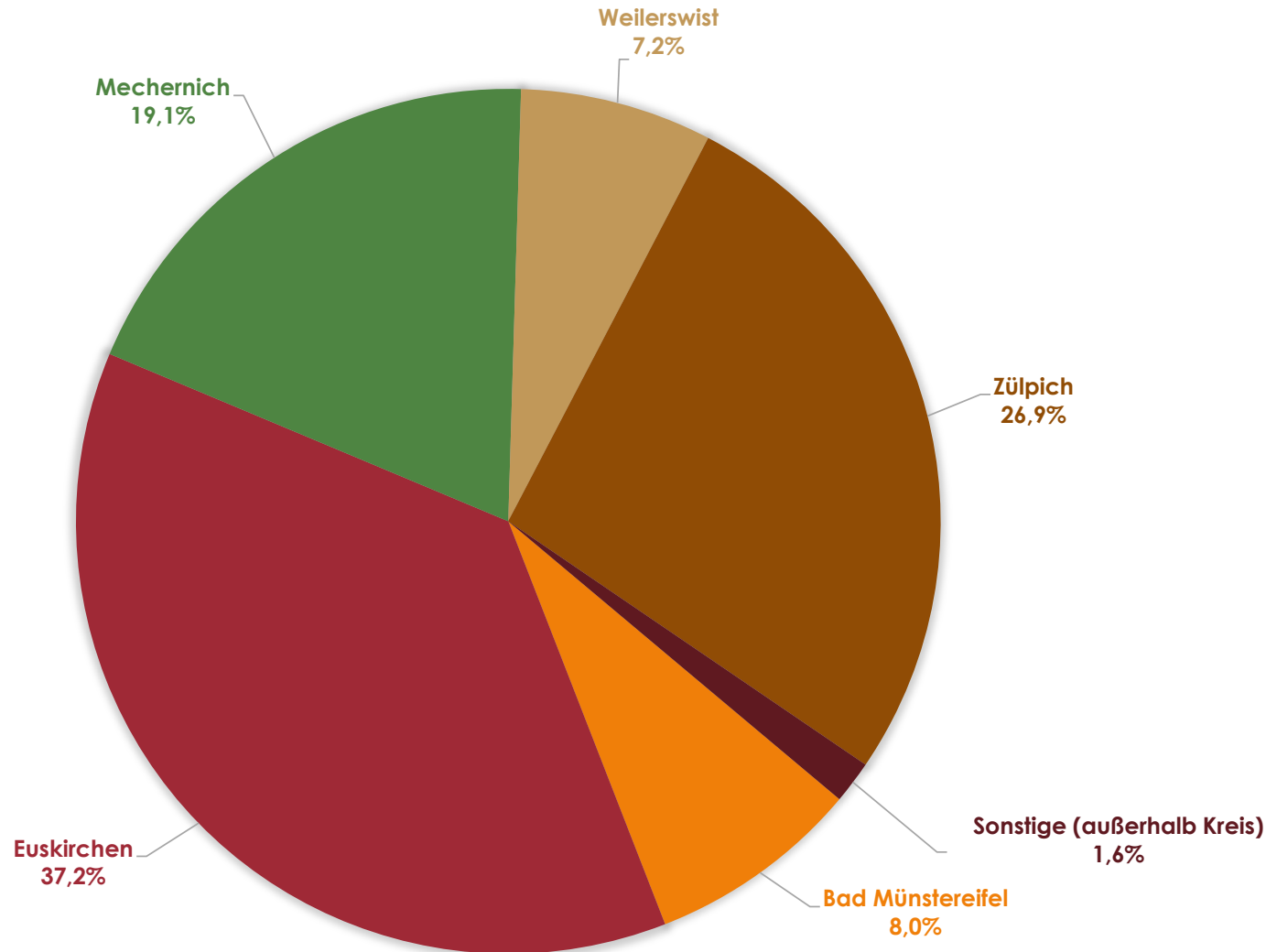
- ÖPNV ohne touristische Verkehre (z.B. NP-Shuttle, Wanderbus, Museumsbus, Fahrradbusse, Eifel-E-Bike)

Schlüssel:

- 85 % Nutzkilometer
- 15 % Umlagegrundlagen der Allgemeinen Umlage

- Die ÖPNV-Umlage steigt lt. HH-Entwurf 2024 um rd. 0,4 Mio. € auf 13,0 Mio. €.
- Eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage erfolgt wegen fehlender Guthaben aus Vorjahren nicht.
- Die ÖPNV-Umlage ist geprägt von
 - Aufwendungen aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) gegenüber RVK
 - Kostenbeteiligung bei benachbarten Aufgabenträgern für grenzüberschreitende Verkehrsleistungen
 - Zuwendungen/Förderungen/Pauschalen des Landes
 - Erstattungen von benachbarten Aufgabenträgern für grenzüberschreitende Verkehrsleistungen
 - Erstattungen kreisangehöriger Kommunen für Leistungen über NVP-Standard
 - Erträge aus Beteiligungen – Ausschüttung RVK noch nicht abschätzbar

- Prognose Zuschussbedarf RVK 2024: 14,8 Mio. € (3,2 % über Prognose 2023 i. H. v. 14,3 Mio. €)
- allgemeine Kostensteigerungen, Personal- u. Treibstoffkosten, Kostenerhöhung Auftragsunternehmen
- Fahrleistungsumfang (Kilometerleistung) in etwa wie im Vorjahr, aber Verschiebung Fahrleistungsumfang bei einzelnen Kommunen:
 - Blankenheim: zusätzliche Fahrten zur Grundschule Blankenheim
 - Zülpich: Linienwegsänderungen und Entfall einzelner Fahrten
- Änderungen werden über die Veränderungsliste nachgetragen:
 - erhöhter Zuschussbedarf RVK 2024 auf Grundlage Wirtschaftsplan 2024: 15,2 Mio. € (6,19 % über Prognose 2023 i.H.v. 14,3 Mio. €)
 - geringere Erstattungen
 - insgesamt Verschlechterung 0,477 Mio. €



Förderschulzentrum: Matthias-Hagen-Schule + Stephanusschule:

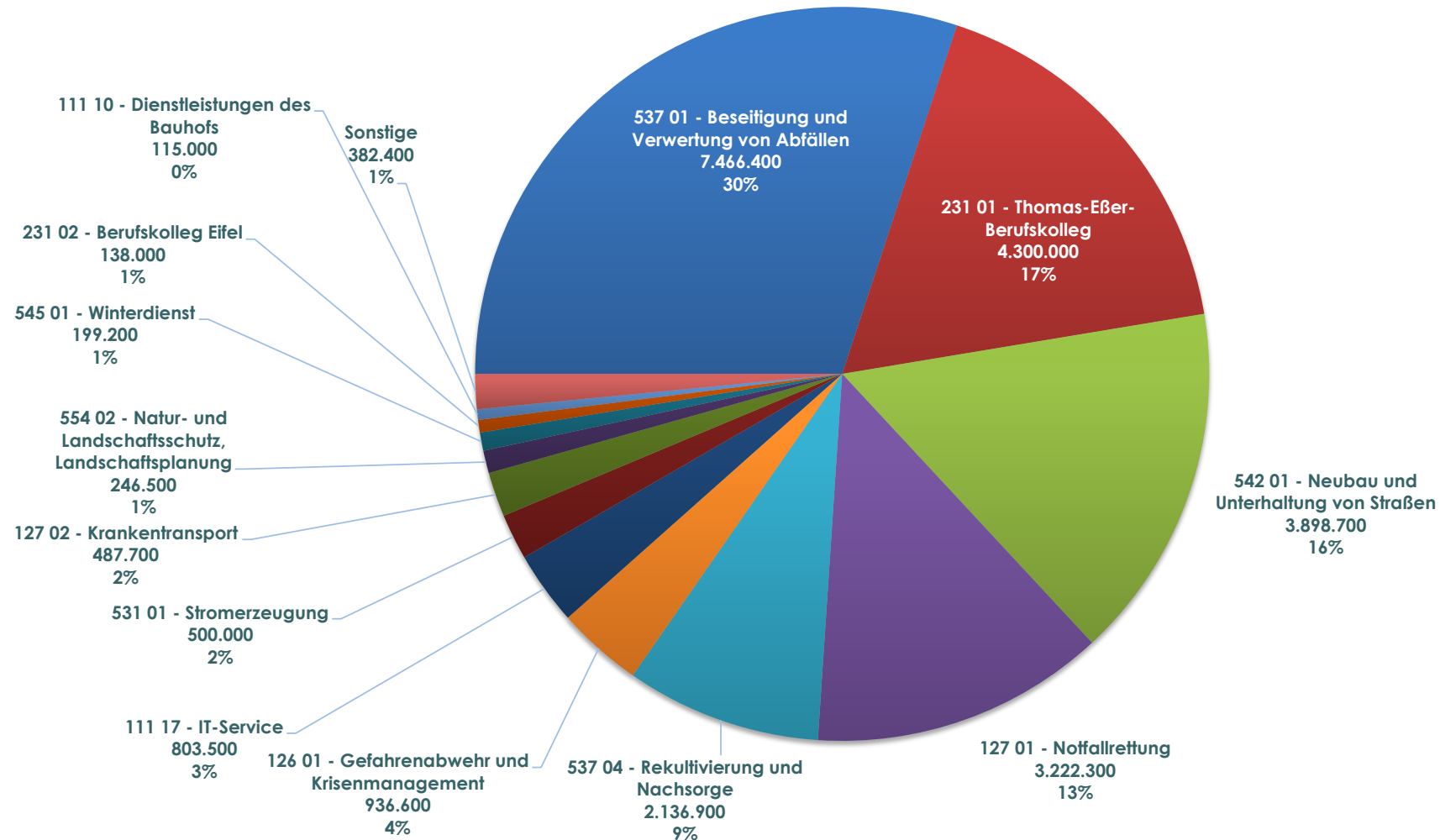
- Originärer Zuschussbedarf: 2.081.500 €
- Umlagebetrag : 2.048.300 €
 - verteilt auf Bad Münstereifel, Euskirchen, Mechernich, Weilerswist und Zülpich
- Differenz zum Vorjahr: Verbesserung von rd. 0,2 Mio. €
- Schlüssel: Schülerzahlen

Ausgleichsrücklage

- Verbesserungen aus Jahresabschlüssen werden grundsätzlich zur Senkung der Kreisumlage verwandt.
- Sockelbetrag von 2 Mio. € als Puffer für unterjährige negative Entwicklungen.
- Aufgrund von Abschlussverbesserungen
 - sind nach aktuellem Stand 10,3 Mio. € im Entwurf 2024 zur Senkung der Umlagen eingesetzt
 - sowie weitere 2,5 Mio. € aus zu hoch eingeplantem Personalaufwand 2023
 - Vergleich Vorjahre: 2022: 15 Mio. €, 2023: 12 Mio. €
- zum Zeitpunkt HH-Aufstellung noch viele Unwägbarkeiten, keine belastbare Hochrechnung zu diesem Zeitpunkt möglich
- Anpassung Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage über Veränderungsliste für endgültigen Haushalt zur Senkung der Kreisumlage

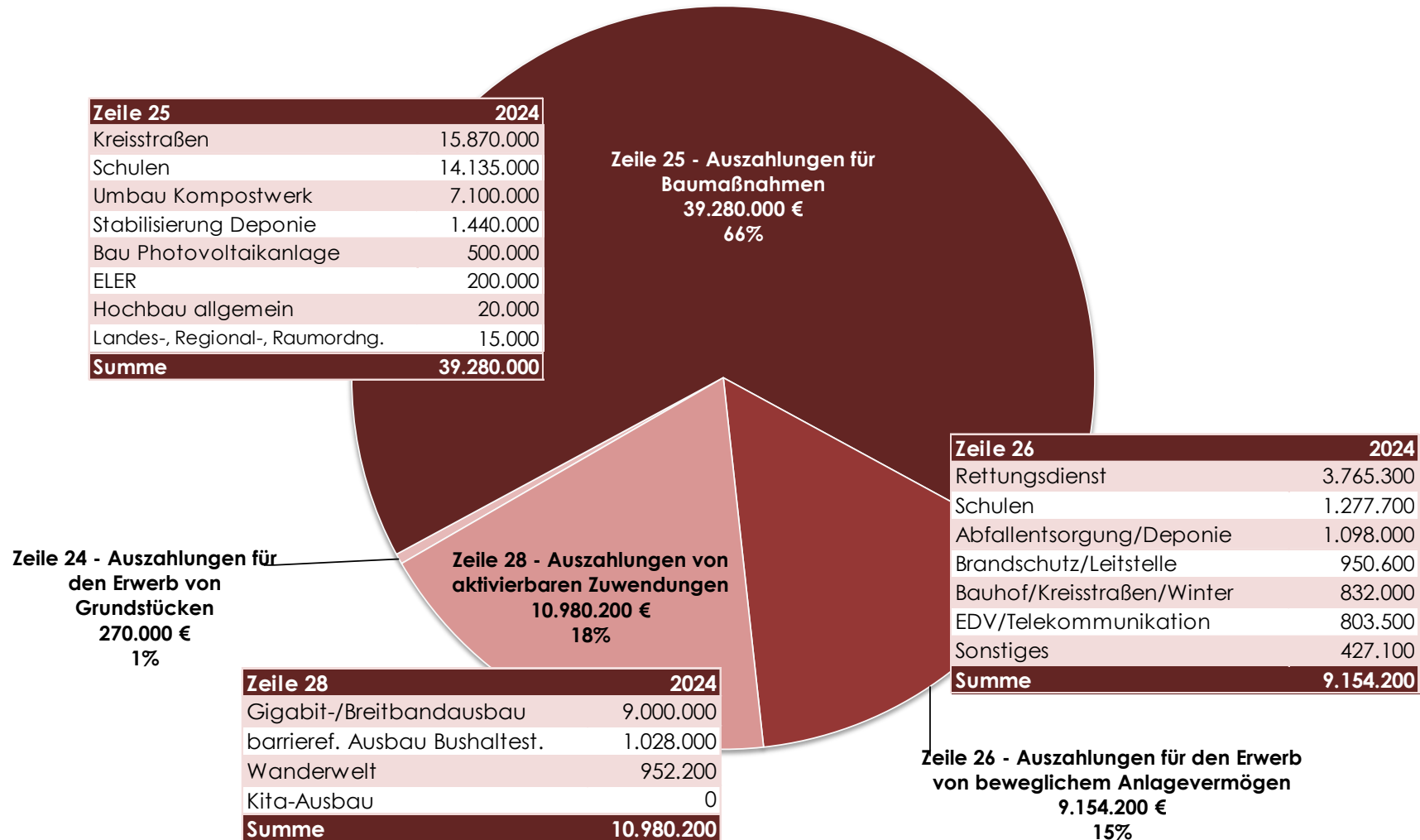
Investitionen

Saldo aus Investitionstätigkeit 2024 - Bedarfsprodukte

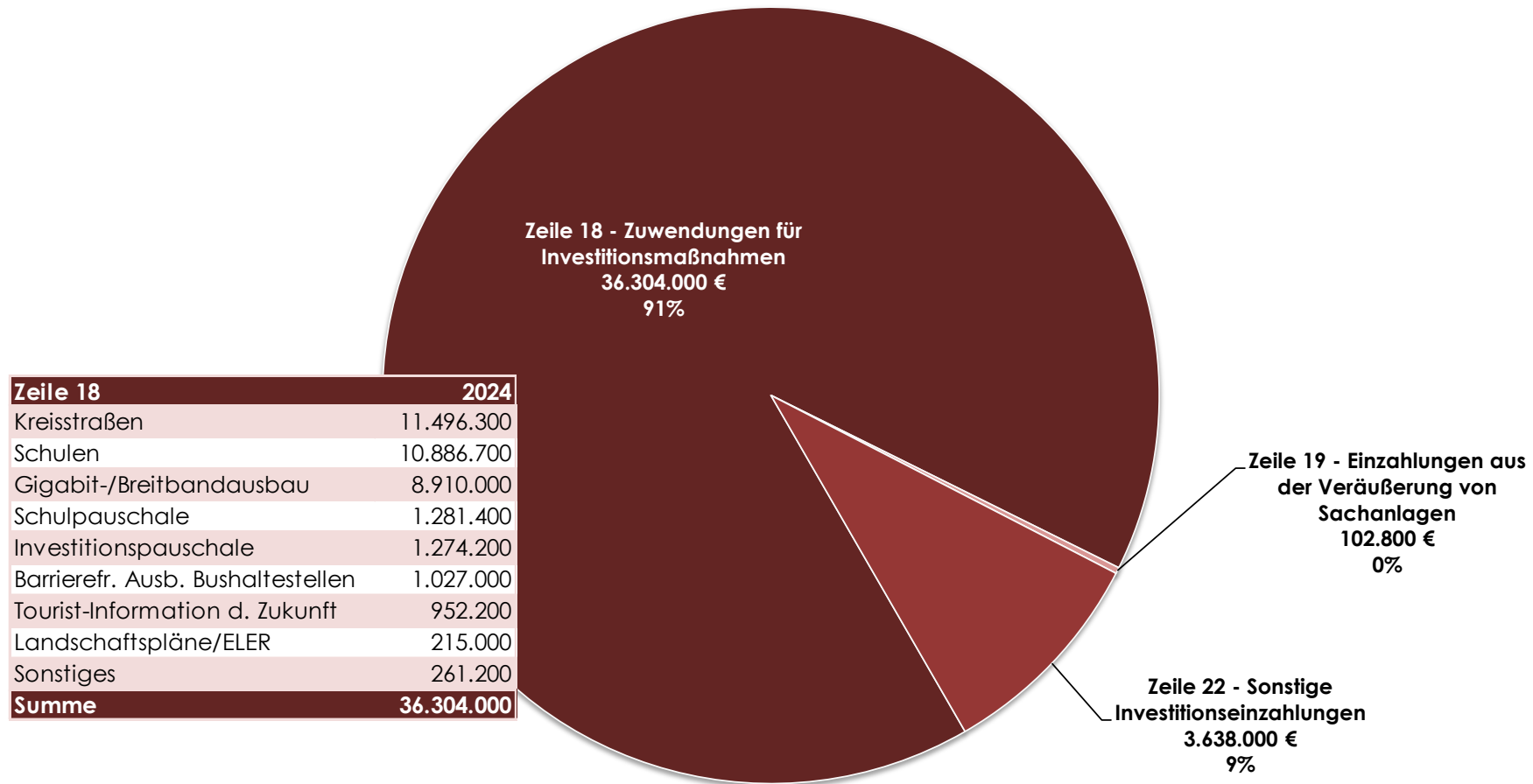


Investitionen (II)

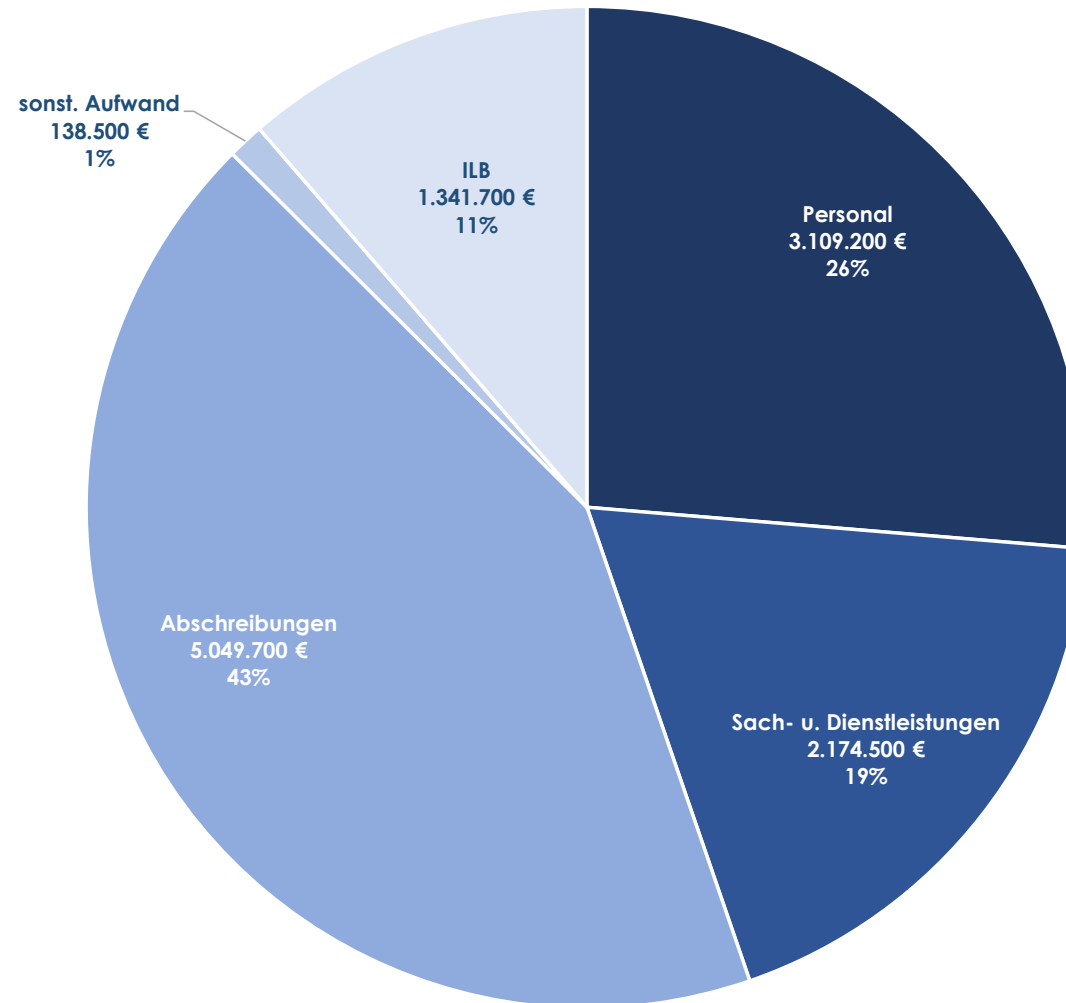
Investive Auszahlungen 2024 ohne Zeile 29



Investive Einzahlungen 2024



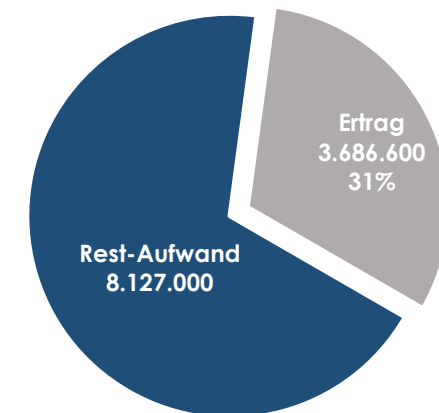
Exkurs: 542 01 – Neubau u. Unterhaltung von Straßen - konsumtiv



Netto-Abschreibung: 1,6 Mio. €

Erträge 2024	Betrag (€)
Zuwendungen	3.479.900
Leistungsentgelte (öffentl. + priv.rechtl.)	16.700
Kostenerstattungen	100.000
sonst. ordentliche Erträge	40.000
aktivierte Eigenleistungen	50.000
Summe	3.686.600

Verhältnis Ertrag - Aufwand



Teilergebnis: 8,1 Mio. €

Benahmensverfahren

Inhalte der Stellungnahme:

- Jahresabschlüsse
- Haushaltsplanung
- Globaler Minderaufwand
- Ermächtigungsübertragungen
- Mittelfristige Finanzplanung

Inhalte wurden in der Bürgermeister:innen-Konferenz am 15.01.2024 besprochen.

Stellungnahme wird dem Kreistag mit Haushaltszuleitung vorgelegt.

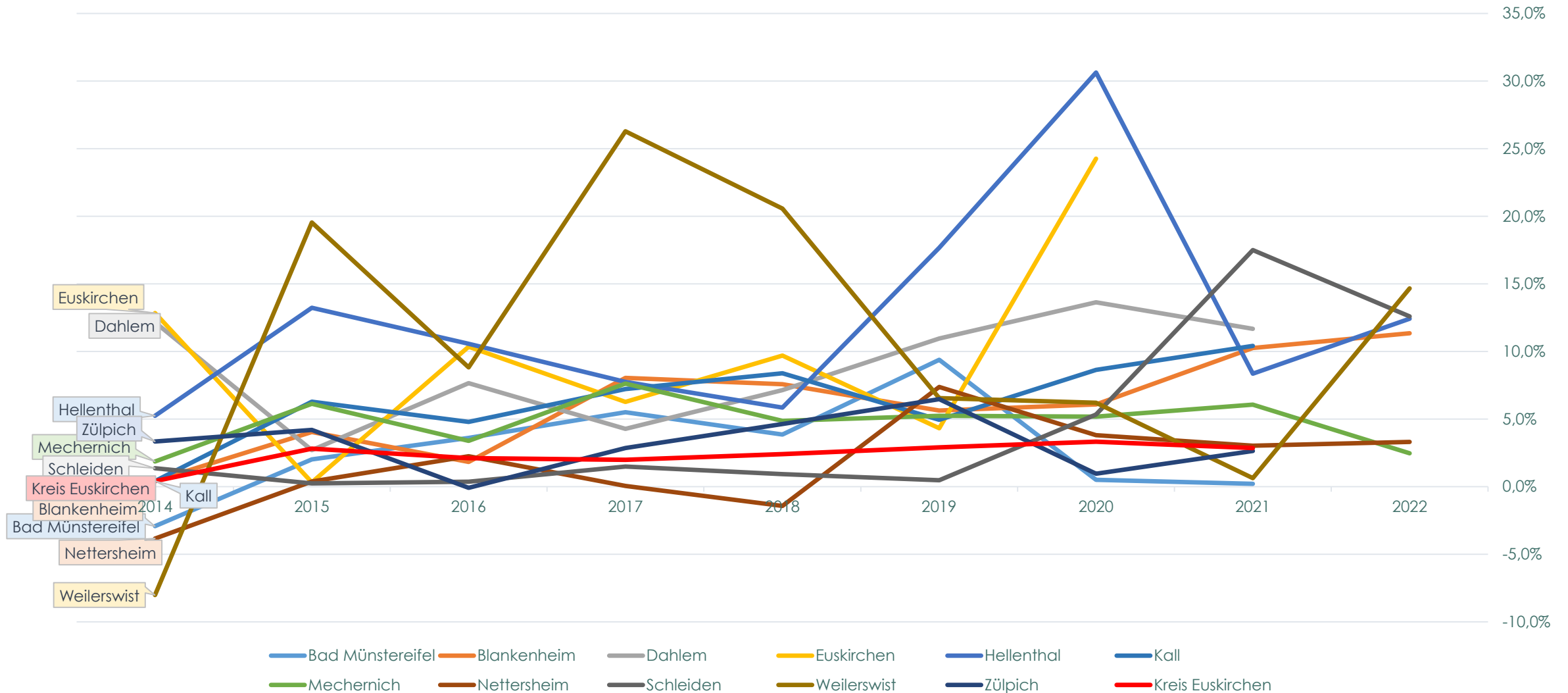
- aktuell Verzögerung von einem Jahr bei Erstellung Kreis-JA
 - ständige Sondermaßnahmen und Zusatzaufgaben führ(t)en zu Verzögerungen bei der Bearbeitung in der Kämmerei (Corona, Ukraine, Flutereignis, GPA-Prüfung) -> Stellenmehrbedarf
 - teilweise abhängig von Zulieferung Dritter (auch kreisangehörige Kommunen)
- im 3. NKFWG Frist ausgeweitet
- auch bei verzögerten Jahresabschlüssen: Überschüsse werden **generell** über Entnahme aus Ausgleichsrücklage weitergegeben, Sockelbetrag 2 Mio. €
 - HH 2024 Vorabentnahme von 2,5 Mio. € aus 2023

- auch kreisangehörige Kommunen nicht fristgerecht
(aktuell haben 6 von 11 den JA 2022 der Kommunalaufsicht angezeigt)
- auch kreisangehörige Kommunen schließen überwiegend mit (oft deutlich) verbesserten Ergebnissen gegenüber der Planung ab

– 2019: 11 von 11	davon: > 5%: 7	>10%: 2
– 2020: 11 von 11	davon: > 5%: 9	>10%: 3
– 2021: 10 von 10 (1 JA fehlt noch)	davon: > 5%: 6	>10%: 4
– 2022: 6 von 6 (5 JA fehlen noch)	davon: > 5%: 4	>10%: 4

Jahresabschlüsse (III)

Plan/Ist-Vergleich: prozentuale Ergebnisverbesserung (-verschlechterung im Minus)



- **Personalaufwendungen**

- Planung auf Basis Stellenplanhochrechnung
- Abweichungen durch vakante Stellen
- neue Stellen werden mit nur 6 Monaten beplant
- HH 2024: pauschale Reduktion um ca. 900 T€

- **Versorgungsaufwendungen**

- Beihilfe- u. Versorgungsaufwendungen auf Basis Heubeck-Gutachten ermittelt (HH-Jahr, FP-Jahre: Hochrechnung)
- keine automatisierte Steigerung
- HH 2024: ca. 150 T€ geringer als HH 2023

- **Abschreibungen**

- Verzögerungen Kreishaus(-anbau/Leitstelle), Straßen

-> der Planung liegt grds. immer eine Kalkulation zugrunde

- **wesentliche Aufwendungen: Soziales und Jugend**
 - Beeinflussbarkeit eingeschränkt
 - gewissenhafte Ermittlung
 - unterjährige Entwicklung
 - Darstellung der Veränderungen und Planungen in der Sozialkonferenz
(zuletzt: 01.12.2023)

Globaler Minderaufwand

- keine Anwendung, da Planung auf Kalkulationen unter Berücksichtigung von Vorjahresergebnissen und Hochrechnungen beruht – zudem gibt es einige Haushaltsrisiken, die nicht als worst-case im Haushalt abgebildet sind.
- in 2024 pauschaler Abzug bei zentralem Personalkostenansatz von rd. 900 T€

- Städte und Gemeinden:

	2022	2023	2024
Bad Münstereifel	ja (454.819 €)	ja (494.617 €)	
Blankenheim	ja (220.000 €)	-	-
Dahlem	-	-	
Euskirchen	-	-	
Hellenthal	-	-	-
Kall	-	ja (340.000 €)	
Mechernich	-	-	
Nettersheim	-	-	-
Schleiden	-	-	-
Weilerswist	-	-	
Zülpich	-	-	

HH in Planung ausgeglichen
geplanter Jahresfehlbetrag

- EÜ nur dann, wenn es rechtlich zulässig ist (§ 22 KomHVO)
 - Auftrag erteilt
 - Ausschreibungsverfahren eingeleitet
 - Zusage an Dritte erteilt
 - Verträge abgeschlossen
 - begonnene Maßnahmen und im Wertaufhellungszeitraum zu bezahlende Rechnungen
 - Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar
- wenn keine EÜ, dann Neuveranschlagung (konsumtiv: kreisumlagererelevant)

Bei einigen Kommunen und Kreisen könnten höhere Anforderungen an die Übertragung von Ermächtigungen dazu beitragen, dass weniger Ermächtigungen ins Folgejahr übertragen werden. Bei ihnen könnten die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen, die jede Kommune/ jeder Kreis nach § 22 Abs. 1 KomHVO NRW zu regeln hat, strenger gefasst werden.

Beim Kreis Euskirchen sieht die gpaNRW diesbezüglich jedoch keinen Handlungsbedarf. Der Kreis hat eine gute Regelung, die strenge Anforderungen stellt und auf Transparenz setzt:

- Ermächtigungsübertragungen sollen beim Kreis Euskirchen den Ausnahmefall darstellen. Die Grundsätze geben vor, dass, sofern möglich, Neuveranschlagungen im folgenden Haushalt vorzunehmen sind, um Ermächtigungsübertragungen zu vermeiden.
- Ermächtigungsübertragungen sind schriftlich zu beantragen und zwingend zu begründen. Vor Beantragung der Mittelübertragung ist eine detaillierte Prüfung vorzunehmen.
- Ermächtigungsübertragungen sind nur dann zulässig, wenn die Maßnahme bereits begonnen bzw. das Ausschreibungsverfahren eingeleitet wurde.
- Die genehmigten Ermächtigungsübertragungen sind dem Kreistag mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzplan des Folgejahres zur Kenntnis zu geben.

GPA NRW, Überörtliche Prüfung des Kreises Euskirchen 2022/2023, S. 72

- bislang nicht im Benehmensschreiben enthalten, da gesetzlich nicht vorgesehen
- im Vorbericht enthalten
- Anregung wird aufgenommen und damit künftig im Benehmensschreiben ergänzt

Ausblick

Wesentliche Haushaltsrisiken bzw. Themen, die bis zur Haushaltsverabschiedung einer Prüfung und/oder neuerer Erkenntnisse bedürfen:

- Kosten der Unterkunft SGB II, Bundesbeteiligung flüchtlingsbedingte KdU
- Wohngeldersparnis
- Hilfen zur Erziehung
- Kita-Bereich: Anmeldeverhalten für 2024/2025
- Ergebnis Jahresabschluss 2022
- ...

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit !**
